

Handlungsdokument

In der Fassung des Beschlusses der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Taunusstein
vom 29. August 2000

Aktiv - für unsere Zukunft in Taunusstein

Lokale Agenda 21



Herausgeber:

Die Arbeitsgruppen zur LA21 mit
Unterstützung der Stadt Taunusstein
- Amt für Stadtentwicklung -
Aarstraße 150, 65232 Taunusstein
Tel.: (0 61 28) 241-268, Fax: (0 61 28) 241-4268
e-mail: christa.lethmate@taunusstein.de

Moderation und Dokumentation:
memo-consulting

Dipl.-Ing. Joachim Fahrwald
Am Landbach 7, 64342 Seeheim-Jugenheim
Fon (0 62 57) 6 43 71, Fax (0 62 57) 6 43 72
e-mail: memoco@aol.com

Lokale Agenda 21 der Stadt Taunusstein

1. Vorwort

2. Einleitung

- 2.1. Agenda 21 und die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio
- 2.2. Die Lokale Agenda 21 in Taunusstein

3. Die Vorgehensweise im lokalen Agenda 21 Prozess

- 3.1. Vorbereitung und Vorarbeiten
- 3.2. Bestandserfassung und Kommunalverwaltung
- 3.3. Auftaktveranstaltung
- 3.4. Die Agenda - Beauftragte
- 3.5. Arbeitskreis der Verwaltung zur Lokalen Agenda 21
- 3.6. Arbeitskreis zur Koordination des LA21 Prozesses
- 3.7. Gesprächsrunden mit den Schulen
- 3.8. Die Arbeitsgruppen
- 3.9. Die Themengruppen
- 3.10. Die Plenums - Veranstaltungen
- 3.11. Öffentlichkeitsarbeit
- 3.12. Vorträge und Gespräche zum Thema Lokale Agenda 21

4. Die Handlungsfelder der LA 21 in Taunusstein

Bezug zur Agenda 21 und zur Nachhaltigkeit

- 4.1. Bildung und Kultur
- 4.2. Kinder, Jugendliche, Schule
- 4.3. Gesundheit
- 4.4. Soziales
- 4.5. Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
- 4.6. Eine Welt
- 4.7. Bauen, Wohnen, Siedlung
- 4.8. Verkehr
- 4.9. Arbeit, Wirtschaft, Handel
- 4.10. Natur und Landschaft
- 4.11. Energie und Klimaschutz
- 4.12. Wasser und Abwasser
- 4.13. Abfall

S. 20 u. 38

5. Die Situation in Taunusstein in den Handlungsfeldern der LA21

Nach Angaben aus der Bestandsaufnahme der Verwaltung und aus dem Kreis der Agenda - Akteure

6. Das Handlungsprogramm

6.1. Beschlussteil

- 6.1.1. Leitbild
- 6.1.2. Ziele
- 6.1.3. Schlüsselprojekte
- 6.1.4. Arbeitsblätter zu den Schlüsselprojekten
- 6.1.5. Die Weiterführung der Agenda 21

6.2. Empfehlungsteil

- 6.2.1. Projekte und Maßnahmen
- 6.2.2. Arbeitsblätter zu Projekten und Maßnahmen

7. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August 2000

8. Zusammenfassung

9. Literatur

10. Anhang

Akteure im Taunussteiner Agenda – Prozess
Texte zum „Wetzlarer Modell der Regionalen Gewaltprävention“
Auswahl von Presseartikeln

1. Vorwort des Bürgermeisters

Liebe Taunussteinerinnen und Taunussteiner,

nach über einem Jahr intensiver Arbeit in den Agenda – Arbeits- und Themengruppen liegt nunmehr das umfangreiche Agenda – Handlungsdokument ‚LA21 für Taunusstein‘ vor, entwickelt von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt unter tatkräftiger Mitarbeit der Verwaltung.

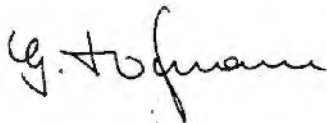
Der Beginn des Agenda – Prozesses in Taunusstein wurde mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1997 eingeleitet. Die Stadtverordneten folgten mit diesem Beschluss der Aufforderung der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro an die Staaten der Welt, eine nachhaltige Entwicklung im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich für das 21. Jahrhundert unter Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen aufzuzeigen. Denn gerade auf kommunaler Ebene ist ein intensiver Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich, sichergestellt ist er jedoch erst durch rege Beteiligung von Akteuren.

Der Agenda – Prozess in Taunusstein ist intensiv und ergebnisorientiert gelaufen, hierbei hat es durchaus kritische Auseinandersetzungen gegeben und nicht überall konnte ein Konsens gefunden werden. Das vorliegende Handlungsdokument beinhaltet viele kreative Anregungen und spiegelt die Diskussion innerhalb der Taunussteiner Bevölkerung wieder.

Mit dem Beschluss des Handlungsdokumentes durch die Stadtverordnetenversammlung am 29. August 2000 ist der Agenda – Prozess, mithin die nachhaltige Gestaltung unseres unmittelbaren Umfeldes mit all seinen - auch globalen - Auswirkungen, nicht abgeschlossen. Auch zukünftig sind die Anregungen von Akteuren gefragt, bei der Umsetzung ihrer Vorschläge sollen sie ebenfalls eingebunden werden. Eine sinnvolle Veränderung der bestehenden Verhältnisse hin zur Nachhaltigkeit setzt aber auch eine Verhaltensänderung jedes Einzelnen voraus. Insofern kann der von der Stadt Taunusstein initiierte Agenda – Prozess nur Anstoß für das Umdenken im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie im Abschlussdokument der Konferenz von Rio 1992 gefordert wurde, sein.

Ich hoffe auf das weitere Engagement der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Taunusstein, im September 2000















Gerhard Hofmann
Bürgermeister

Lesehilfe Lesehilfe Lesehilfe Lesehilfe

Das vorliegende Agenda - Dokument ist ein relativ umfangreiches Werk, bei dem auf vielfachen Wunsch der Akteure das Haupt- Augenmerk auf die Darstellung der Ergebnisse in Kapitel 6 gelegt wurde. Die Einführung in das Thema "Nachhaltigkeit" ist für bisher noch nicht am Prozess Beteiligte wichtig. Die Beschreibung wurde jedoch bewusst knapp gehalten. Zur vertiefenden Lektüre wird auf eine Literaturliste (Kapitel 8) verwiesen.

Einen großen Teil des Umfangs machen außerdem die insgesamt 39 Arbeitsblätter zu Maßnahmen und Projekten in Kapitel 6.2.2. aus, von denen man sich für die weitere Agenda - Arbeit inspirieren lassen kann, die aber sicher nicht jede(r) im Detail studieren muss.

Für den eiligen Leser und die eilige Leserin mit bestimmten Interessen ist daher die folgende Lesehilfe gedacht.

Ich habe Interesse an Informationen über...	siehe Kapitel	
... alles, aber kurz und knapp		8.
... wie ist der Prozess abgelaufen ?		3.
... welche Taunussteiner Bürger / Bürgerinnen haben mitgemacht ?		10.
... wo stehen die konkreten Arbeitsergebnisse ?		6.
... was soll gemeinsam von der Stadt und ihren Bürgern/Bürgerinnen und Organisationen beschlossen werden ?		6.1.
... die Schlüsselprojekte		6.1.4.
... und die weiteren Projekte und Maßnahmen		6.2.
... den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung		7.
... was haben die in Taunusstein besprochenen Handlungsfelder mit Nachhaltigkeit zu tun und was sagt die Agenda von Rio darüber aus ?		4.
... welche Daten liegen zu den einzelnen Handlungsfeldern vor ?		5.
... was ist die Vorstellung der Akteure von einem Taunusstein der Zukunft, woran sollen sich Politik, Verwaltung und jede(r) Einzelne orientieren?		6.1.1.
... wie soll es weitergehen ?		6.1.5.

2. Einleitung

2.1. Agenda 21 und die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro

"Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt. Durch eine Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen und ihre stärkere Beachtung kann es uns jedoch gelingen, die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft zu gewährleisten. Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist."

So umreißt die Präambel zur Agenda 21 von Rio die Situation, in der wir uns heute befinden und lenkt den Blick auf die Größe und Tragweite der Aufgabe.

Vielerorts wird heute die Auffassung vertreten, dass die Entwicklungen in vielen gesellschaftlichen Teilsystemen nicht mehr zukunftsfähig sind: ökologische Probleme, die Frage der Alters- und Gesundheitssicherung, Probleme des Arbeitsmarktes und der Bildungssysteme, der Entscheidungsprobleme der Politik seien hier genannt. Welche Schwerpunkte aber **im Zieldreieck Ökologie – Wirtschaft – Soziales** gesetzt werden, muss Gegenstand immer neuer Auseinandersetzungen der gesellschaftlichen Kräfte sein.

Im Kern geht es darum, was die so genannte "Brundtland - Kommission", Vorläufer der Rio - Konferenz etwa so formuliert hat: **nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen befriedigt werden in einer Weise, die auch zukünftig lebenden Generationen eine menschenwürdige Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht verbaut.**

Die Diskussion darüber war Anfangs geprägt durch die Vorstellung, dass die Knappheit der Ressourcen die Entwicklung begrenzen wird, getragen beispielsweise durch den Bericht des Club of Rome (1973). Später wurde erkannt, dass die Belastbarkeit der Umwelt unter Umständen noch engere Grenzen setzt. Überschreitung der Grenzen führt zwangsläufig zu Einschränkungen der Handlungsspielräume künftiger Generationen.

Mittlerweile ist man zu der Auffassung gelangt, dass nicht nur bei ökologischen Systemen, sondern auch bei ökonomischen und sozialen Ordnungen Grenzen der Belastungsfähigkeit existieren, die berücksichtigt werden müssen. Auch wenn angesichts absehbarer ökologischer Belastungsgrenzen in der Politik der Umwelt ein Vorrang vor anderen Bereichen eingeräumt würde, wäre der Sache letztendlich nicht gedient. Auch aus ökologischer Sicht wird man erst dann wirklich weiterkommen, wenn die Umweltpolitik integraler Bestandteil aller Ressorts geworden ist.

Die Ziele einer Sicherung und Verbesserung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit bedingen einander und es kann nicht ein Einzelnes für sich optimiert werden, ohne die Leistungsfähigkeit des Entwicklungsprozesses als Ganzes in Frage zu stellen. Die Enquete - Kommission des 13. deutschen Bundestags "Schutz des Menschen und der Umwelt" nennt dazu anschauliche Beispiele

(Konzept Nachhaltigkeit, S. 33): "So ist die Herstellung der Gerechtigkeit oder Chancengleichheit aus primär sozialpolitischem Interesse nicht allein ein soziales Ziel, sondern auch Voraussetzung für langfristige ökonomische Leistungsfähigkeit und folglich auch ein ökonomisches Ziel. Auch ökologische Ziele können kaum umgesetzt werden, wenn es Menschen aufgrund ihrer materiellen Bedingungen schwer gemacht wird, Rücksicht auf ökologische Ziele zu nehmen."

In der Agenda 21 wird dabei vornehmlich auf die Verantwortung nationaler und Länder übergreifender Organisationen, der nationalen Regierungen und der Vereinten Nationen, hingewiesen.

Für gesetzliche und gesellschaftliche Rahmensetzung und für internationale Vereinbarungen sind diese Ebenen verantwortlich. Andererseits ist auf nationaler Ebene in vielen Fällen eben auch nur die Rahmensetzung möglich - ausgefüllt werden muss er von Politik und Verwaltung und von Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden.

Darauf wird in Kapitel 28 der Agenda 21 hingewiesen:

"Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der Örtlichen Ebene zurückzuführen sind, **ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele.** Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit.

Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung"

Die Agenda 21 beschreibt in Kapitel 28 als Ziel, dass sich bis 1996 eine Mehrzahl der Kommunalverwaltungen gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen und eine Konsens über eine kommunale Agenda 21 erzielt haben soll.

"Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert."

2.2. Die Lokale Agenda 21 in Taunusstein

Diesem Auftrag aus dem Kapitel 28 der Agenda 21 ist die Stadt Taunusstein inzwischen nachgekommen:

"Bezug nehmend auf den Handlungsauftrag des durch den Bundeskanzler unterzeichneten und durch den Bundestag bestätigten Beschlusses der internationalen Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED, Rio de Janeiro 1992) zum Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert (Agenda 21), beabsichtigt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Taunusstein in den Prozess der Erstellung und Umsetzung einer lokalen Agenda 21, als lokales Handlungsprogramm für Umwelt und Entwicklung, einzutreten. Dieses soll die Grundlage für die zukünftige Entwicklung Taunussteins sein."

So steht es im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von Taunusstein vom 1. Oktober 1997, der auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von B90/GRÜNE, SPD und FWG zurückgeht. Dies war sozusagen der Startschuss für die Lokale Agenda 21 in der Stadt.

Zu dem in einem Jahr intensiver Diskussion erarbeiteten Agenda - Dokument ist noch anzumerken, dass einige der dort erwähnten Maßnahmen und Projekte inzwischen bereits realisiert oder auf gutem Wege sind. Dennoch sind sie hier aufgenommen, denn sie gehören in den Zusammenhang einer zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt.

Als Beispiele können hier aufgeführt werden:

- die Leitstelle "Älter werden"
- das Internet-Café
- eine Wanderausstellung "Wohnen im Alter" (für August 2000 geplant)
- das Erzähl-Café im "Alten Bahnhof" in Bleidenstadt
- Training für "Schlichter" an der IGS in Hahn
- Treffen für ausländische und deutsche Frauen im Mütterzentrum
- Sprachkurs für ausländische Frauen.

Das Dokument wurde nach vorhergehender Beratung im Magistrat, im Ausschuss für Soziales, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr sowie im Haupt- und Finanzausschuss von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Taunusstein in ihrer Sitzung am 29. August 2000 beraten und der Beschlussteil im Handlungsprogramm (Kapitel 6 des Dokumentes) beschlossen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist im Kapitel 7 zu finden.

3. Vorgehensweise im lokalen Agenda 21 Prozess

3.1. Vorbereitung und Vorarbeiten

Vorbereitende Gespräche mit potentiellen Akteuren, Umfrage nach Mitarbeit und Beiträgen:

Bereits vor der Beauftragung von memo-consulting wurde die Bevölkerung nach Vorschlägen für Agenda - Themen gefragt. Bei der Auftaktveranstaltung wurden Fragebögen ausgeteilt, auf denen man sein grundsätzliches Interesse und Vorschläge für Schwerpunktthemen äußern konnte.

3.2. Bestandserfassung der Kommunalverwaltung:

Als Grundlage für die weitere Arbeit haben die Ämter der Kommunalverwaltung eine Bestandserfassung in Bezug auf agendarelevante Inhalte, vorhandene Grundlagendaten für die Arbeit der AG und bereits vorhandene Beschlüsse erarbeitet, die neben weiteren Unterlagen u.a. aus dem Kreis der Akteure Grundlage des Kapitels 5. der Agenda wurden.

3.3. Auftaktveranstaltung:

Am Sonntag, dem 4. Oktober 1998 von 11:00 bis 17:00 Uhr fand die Auftaktveranstaltung im Bürgerhaus Taunus statt. Eine thematische Einführung durch Frau Dr. Claudia Gallikowski (Hess. Ministerium für Umwelt), ein Ideenworkshop zur Gestaltung des Agenda - Prozesses, Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Vertreter/innen Taunussteiner Vereine und Organisationen, Kinderprogramm, Musik und Unterhaltung waren Bestandteile des Programms. Unternehmen, Kirchen, Vereine und die Stadtverwaltung stellten auf Plakatwänden ihre Aktivitäten und Wünsche mit Bezug auf die Agenda 21 vor. An der Veranstaltung nahmen etwa 200 Bürger/innen teil.

3.4. Die Agenda - Beauftragte

Zur Bündelung der verschiedenen Aufgaben in der Kommune: der Unterstützung der Kommunikation zwischen, Politik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern sowie dem mit der Moderation beauftragten Büro wurde Frau Dipl. Biol. Christa Lethmate mit der Funktion der Agenda - Beauftragten betraut. Sie stellt die organisatorische Drehscheibe des Agenda - Prozesses in Taunusstein dar. Als Ansprechpartner/in für die Arbeitsgruppen wurde jeweils ein weiteres Mitglied der Verwaltung aus dem entsprechenden Zuständigkeitsbereich nominiert.

3.5. Arbeitskreis der Verwaltung zur Lokalen Agenda 21:

In mehreren Sitzungen der Verwaltung wurde der Agenda - Beschluss, Vorschläge für die thematische Abgrenzung der Arbeitsgruppen und erste Schritte zur Einleitung der Agenda besprochen. In dieser Gruppe wurde auch die Bestandsaufnahme vorbereitet und die verwaltungsinterne Vernetzung der Arbeit angestoßen.

3.6. Arbeitskreis zur Koordination des LA21 Prozesses:

Zur Abstimmung der Agenda-21-Aktivitäten mit Politik und Verwaltung wurde ein Arbeitskreis eingerichtet, der die Verfahrensweise abspricht, Termine und Räumlichkeiten koordiniert und allgemein den Informationsfluß zwischen Politik, Verwaltung und Agenda - Arbeitsgruppen gewährleisten soll. Inhaltlich soll er nur insoweit Einfluß nehmen, als er auf Fragen der lokalen Zuständigkeit und Machbarkeit eingeht

und eine Abstimmung der Projekte der verschiedenen AG bezüglich inhaltlicher Zielsetzung und Umsetzung gewährleisten muß.

3.7. Gesprächsrunden mit den Schulen

Auf Einladung von Bürgermeister Gerhard Hofmann fanden Gespräche mit Leitung und Elternbeiräten der Taunussteiner Schulen statt, um sie in Agenda - Aktivitäten einzubeziehen. Das Thema sollte in den Schulprogrammen verankert werden. Es ist vorgesehen, Schüler/innen durch Wettbewerbe zur aktiven Mitarbeit anzuregen.

3.8. Die Arbeitsgruppen

Drei AG wurden ins Leben gerufen, konstituierende Sitzungen fanden Anfang November 1998 statt.

- AG Stadtentwicklung
- AG Energie- und Klimaschutz
- AG Ökologische Bildung, Soziales, Kultur

In den ersten Sitzungen der AG verständigte man sich jeweils auf bestimmte Regeln für die Zusammenarbeit und Kommunikation und arbeitete die wichtigsten Probleme in Taunusstein sowie die zukünftigen thematischen Schwerpunkte für die Arbeit der AG heraus.

Die thematischen Schwerpunkte wurden in nicht moderierten Teilgruppen (Themengruppen, siehe unten), die alternierend mit den Agenda - AG tagten, diskutiert. Die Zwischenergebnisse der TG wurden dann in die AG eingebracht. Dort wurde gemeinsam besprochen, wie die Themen weiter verfolgt werden sollen. Näheres zu den bisherigen Schwerpunkten sind den Protokollen zu entnehmen.

Fachliche Zuarbeit wurde bisher über kompetente Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung und über externe Experten als Mitglieder von Agenda - Arbeitsgruppen geleistet.

3.9. Die Themengruppen

In der Zeit zwischen den moderierten Arbeitsgruppen fanden sich die Akteure zu selbst organisierten Themengruppen zusammen. Dadurch vergrößerte sich die Zahl der Agenda - Sitzungen und der besprochenen Themen, und eine vertiefte Behandlung wurde möglich. Gleichzeitig förderte dieses Vorgehen auch die Selbstorganisation und wird die Fortsetzung des Prozesses nach dem Ende des Auftrags von memo-consulting erleichtern.

Acht Themengruppen wurden gebildet: die TG Frauen, TG Energie/Klimaschutz, TG Wirtschaftliche Entwicklung, TG Verkehr, TG Kultur, TG Grünentwicklung, TG Soziales, TG Siedlungsentwicklung.

3.10. Die Plenums - Veranstaltungen

Das Erste Plenum fand im Saal des Bürgerhauses Taunus statt. Begleitend zu den Vorträgen und Diskussionen war von den Themengruppen eine Ausstellung mit Diskussionsbeiträgen der Gruppen aufgebaut worden. An ihren Ständen hatten die Agenda - Teilnehmer/innen auch weiteres Infomaterial zum Mitnehmen über die Themengruppe oder zu bestimmten Teilthemen ausgelegt. Ein Faltblatt mit einer

Umfrage nach Anregungen für den Agenda - Prozess lag ebenfalls aus. Im Foyer stand eine Ausstellung des BUND Hessen zum Thema Agenda 21. Mit nahezu hundert Teilnehmer/innen war das Plenum erfreulich gut besucht.

Im Unterschied zum Ersten Plenum, bei dem die Agenda - Arbeit einem breiteren Publikum vorgestellt werden sollte, war beim Zweiten Plenum die Vorstellung und Abstimmung mit politischen Entscheidungsträgern Ziel der Veranstaltung.

Von den Themengruppen war im Foyer eine Ausstellung mit Diskussionsbeiträgen der Gruppen aufgebaut worden. An ihren Ständen hatten die Agenda - Teilnehmer/innen auch weiteres Infomaterial zum Mitnehmen über die Themengruppe oder zu bestimmten Teilthemen ausgelegt. Neben den Aktiven aus den Agenda - Arbeitsgruppen und Interessierten aus der Bevölkerung waren Parlamentarier/innen aus fünf Fraktion vertreten: B90/GRÜNE, CDU, FDP, FWG und SPD (in alphabetischer Reihenfolge). Es waren ca. 50 - 60 Personen anwesend.

Das Dritte Plenum, mit ca. 100 Teilnehmern, diente vorwiegend der Abstimmung des Entwurfs des Agenda - Dokumentes. Hier wurden die beschlussrelevanten Teile des Dokuments - Leitbild, Ziele, Schlüsselprojekte und Weiterführung - präsentiert und nach lebhafter Diskussion mit einigen Änderungen beschlossen.

3.11. Öffentlichkeitsarbeit

Über die Treffen der Arbeitsgruppen, den Agenda - Stammtisch, die Plena und anderen öffentlichen Veranstaltungen zur Agenda 21 wurde regelmäßig in der lokalen und regionalen Presse berichtet. Da in Taunusstein mehrere Zeitungen gelesen werden und besonders die kommunalen STADTNACHRICHTEN einen hohen Verteilungsgrad erreichen, sind für jeden Bürger und jede Bürgerin Informationen über den Agenda - Prozess leicht zugänglich.

Die Veranstaltung "Alle Kinder dieser Welt" der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Ausstellung zum Thema in der Stadtbibliothek waren weitere Maßnahmen, um die öffentliche Wahrnehmung der Agenda zu steigern.

3.12. Vorträge und Gespräche zum Thema Lokale Agenda 21

Zur weiteren Verbreitung des Nachhaltigkeitsgedankens und Motivation zur Mitarbeit fanden Vorträge und Gespräche an Schulen, in der Stadtbibliothek, beim Verein der Guttempler sowie bei der Jahreshauptversammlung des Gewerbevereins statt.

4. Handlungsfelder der Lokalen Agenda 21 der Stadt Taunusstein

Die Bedeutung der Handlungsfelder der LA21 Taunusstein für eine nachhaltige Entwicklung.

Zu den Handlungsfeldern allgemein:

Bei der Identifikation der Fragen, die Gegenstand der Lokalen Agenda 21 sein sollten, war wichtig, welche Handlungsfelder tatsächlich hier in Taunusstein von den beteiligten Akteuren für örtlich relevant bzw. prioritär angesehen wurden. Die Nennung erhebt damit allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit - auftretende Lücken sollen Ansporn sein für die weitere Agenda - Arbeit in der Stadt.

Das vorliegende Agenda - Dokument ist sowohl in der Bestandserfassung in Kapitel 5 als auch im Ergebnisteil (Kapitel 6) durchgehend nach den anschließend genannten Handlungsfeldern gegliedert. Zu beachten ist dabei, dass etwa die in Kapitel 6 genannten Ziele oft mit gleicher Berechtigung zwei oder gar mehreren Handlungsfeldern hätten zugeteilt werden können. Die Zuordnung wurde jeweils da vorgenommen, wo der inhaltliche Schwerpunkt lag.

1. Bildung und Kultur
2. Kinder, Jugendliche, Schule
3. Gesundheit
4. Soziales
5. Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
6. Eine Welt
7. Bauen, Wohnen, Siedlung
8. Verkehr
9. Arbeit, Wirtschaft, Handel
10. Natur und Landschaft
11. Energie und Klimaschutz
12. Wasser und Abwasser
13. Abfall

4.1. Handlungsfeld Bildung und Kultur

Die Agenda 21 selbst macht die Bedeutung von Bildung und Kultur vor allem an Schulbildung und wissenschaftlicher Forschung fest. Ein weitergehender Kulturbegriff ist dort nicht thematisiert. Zentral sind die Kapitel 35 (Die Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung) und 36 (Förderung der Schulbildung und des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung).

Der Bericht der Enquete Kommission (Konzept Nachhaltigkeit) dagegen führt explizit Kultur und Bildung neben Ökonomie, Ökologie und Soziales als vierte Seite eines "magischen Vierecks der Nachhaltigkeit" auf. Dort heißt es unter anderem: "Denn eine Veränderung des Konsumverhaltens wird nicht per Verordnung, noch weniger per Bekehrung zu leisten sein. Sie wird sich zusammen mit erforderlichen, z.B. preislichen Rahmenbedingungen (...) nur als sozio - kultureller Prozess mit den nötigen

Bildungs- und Kulturrinhalten organisieren lassen. Damit müssen sowohl die Wertorientierungen der Individuen als auch die kulturellen Trends, soll das Überleben unter menschenwürdigen Bedingungen gesichert sein, den ökologischen Notwendigkeiten angepasst werden."

Die Ausführungen weisen Kultur und Bildung, die letztendlich die drei anderen Dimensionen Ökologie, Sozialwesen und Ökonomie beeinflussen, die wichtige Rolle einer vierten Dimension zu. Kultur und Bildung werden künftig bestimmen, wie behutsamer Umgang mit der Natur, sparsamer Umgang mit den Ressourcen aber auch die Rücksicht auf Mitmenschen und Vorsorge für die Zukunft verstanden werden. Dazu gehört auch, dass der angemessene Umgang mit Natur und Umwelt als auch die Aufrechterhaltung eines lebendigen Kulturbetriebes finanziell ermöglicht wird.

Auch in der Themengruppe Kultur der LA21 in Taunusstein wird die Bedeutung der Kultur als Ausgangspunkt für Entwicklung besonders herausgestellt, sie weist ihrer gesellschaftlichen Funktion einen zentralen Ort zu.

In einem Schreiben der TG heißt es: *"Das Menschenrecht auf Entwicklung wird gemessen in einem weiten Spektrum von Handlungsmöglichkeiten, von politischer, wirtschaftlicher und sozialer Freiheit bis hin zu individuellen Chancen. Es ist die Kultur, die definiert, wie Menschen sich der Natur und ihrer physischen Umgebung gegenüber verhalten. Die Menschenrechte können erst dann an Bedeutung gewinnen, wenn sie als das "Recht auf Entwicklung" in ihrer Totalität betrachtet werden. Die aufklärende und sensibilisierende Wirkung von Kunst ist unverzichtbar, damit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Interessen in Frieden miteinander leben können."*

4.2. Handlungsfeld Kinder, Jugendliche, Schule

Die Jugend als die Generation, die die Zukunft noch mehr als die Älteren vor sich hat, ist von einer nachhaltigen (oder auch nicht nachhaltigen) Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Es sollten besondere Anstrengungen unternommen werden, Kinder und Jugendliche in den Agenda - Prozess mit einzubeziehen, wie das auch von den Agenda - Akteuren in Taunusstein gefordert, aber nur unzureichend erreicht worden ist. Es geht darum, nicht nur über die Jugend, sondern mit der Jugend zu reden.

Die Agenda 21 hat zu dem Handlungsfeld ein eigenes Kapitel: "Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung" (Kap. 25). Dort heißt es: "Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat. Zusätzlich zu ihrem intellektuellen Beitrag und ihrer Fähigkeit, unterstützende Kräfte zu mobilisieren, bringen sie einzigartige Ansichten ein, die in Betracht gezogen werden müssen."

4.3. und 4.4. Handlungsfelder Soziales und Gesundheit

Unter dieser Überschrift werden hier verschiedene Themenbereiche subsumiert: angefangen bei Gleichstellungsfragen von Mann und Frau über die Integration von

Minderheiten, Gewaltprävention und Armutsbekämpfung bis zur Gesundheitsvorsorge und der Wahrung von Interessen älterer Menschen reicht das Spektrum.

Die Agenda 21 macht dazu in verschiedenen Kapiteln nähere Aussagen: Kapitel 3 (Armutsbekämpfung), Kapitel 6 (Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit), 24 (Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung) sind Schwerpunkte, aber auch andere Kapitel sind in dem Zusammenhang wichtig, etwa Kapitel 7 (Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung).

Im Bereich Gesundheit legt die Agenda 21 ihr Haupt - Augenmerk auf die Eindämmung von Krankheiten und die Gewährleistung gesundheitsfördernder menschlicher Lebensbedingungen, wobei der Vorsorgeaspekt besonders hervorgehoben wird.

"Trotz nachhaltiger, schonender Ressourcen - Bewirtschaftung muss eine Umweltpolitik, die in erster Linie auf die Erhaltung und den Schutz der Ressourcen ausgerichtet ist, auch in gebührender Weise auf diejenigen Menschen Rücksicht nehmen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf diese Ressourcen angewiesen sind. Andernfalls könnte eine solche Politik nachteilige Auswirkungen sowohl auf die Armut als auch auf die Chancen für eine auf lange Sicht erfolgreiche Ressourcen- und Umwelterhaltung haben." (Kap. 3.2)

"Eine stabile Entwicklung ist ohne eine gesunde Bevölkerung nicht möglich; zugleich aber wirken sich viele Entwicklungsmaßnahmen zu einem gewissen Grad schädlich auf die Umwelt aus, was wiederum viele Gesundheitsprobleme mit sich bringt und bestehende verschärft. Umgekehrt wirkt sich gerade ein Entwicklungsdefizit negativ auf den Gesundheitszustand vieler Menschen aus und dagegen lässt sich wiederum nur mit Entwicklung etwas tun. Der Gesundheitssektor kann die Grundbedürfnisse und Ziele von sich aus nicht erfüllen; er ist auf die soziale, wirtschaftliche und geistige Entwicklung angewiesen, zu der er gleichzeitig einen direkten Beitrag leistet. Er ist auch auf eine intakte Umwelt angewiesen, wozu unter anderem die Versorgung mit hygienisch unbedenklichem Wasser und die schadlose Entsorgung anfallenden Abwassers gehören sowie die Gewährleistung einer gesicherten Nahrungsmittelversorgung und ausreichenden Ernährung." (Kap. 6.3)

Programmbereiche der Agenda 21, die in Taunusstein eine Rolle spielen, sind:

- Lösung der Gesundheitsprobleme in den Städten (in Taunusstein beispielsweise verkehrsbedingte Lärmbelastungen) und
- Reduzierung der durch die Umweltverschmutzung bedingten Gesundheitsrisiken und Gefährdungen.

4.5. Handlungsfeld Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Die Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen und ihrer Beteiligung an der Erarbeitung und Umsetzung von Zielen widmet die Agenda 21 einen ganzen Abschnitt.

In Kapitel 23.1. heißt es: "Ein wesentlicher Faktor für die wirksame Umsetzung der Ziele, Maßnahmen und Mechanismen, die von den Regierungen in allen Programmbereichen der Agenda 21 beschlossen worden sind, ist das Engagement und die

echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.(...). Darüber hinaus hat sich im spezifischeren umwelt- und entwicklungspolitischen Zusammenhang die Notwendigkeit neuer Partizipationsformen ergeben. Dazu gehören die Mitwirkung von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen an Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie ihre Unterrichtung und ihre Beteiligung an Entscheidungen, insbesondere an solchen, die eventuell die Gemeinschaft betreffen, in der sie leben und arbeiten."

Als spezielle Zielgruppen für eine Stärkung der Partizipation sind Frauen, Kinder und Jugendliche sowie nichtstaatliche Organisationen (NGO) genannt.

Eminent wichtig ist, dass der Agenda 21-Prozess breiten Bevölkerungskreisen überhaupt erst einmal bekannt und bewusst gemacht wird. Es ist immer wieder festzustellen, dass der Begriff und die Ziele der Agenda 21 noch weitestgehend unbekannt sind. Es ist anzustreben, dass sich möglichst viele Bürger und Institutionen an dem Prozess beteiligen, um auf diesem Wege einen größeren Konsens bereits vor der Umsetzung der angestrebten Maßnahmen zu erzielen. Auch die *Fortschritte* müssen auf eine Weise sichtbar sein, dass sie nicht übersehen werden können. Für diese Zwecke sollten möglichst viele verschiedene Publikationsmittel eingesetzt werden.

Dem Konsens förderlich ist eine regelmäßige Kommunikation innerhalb der tätigen Gruppenmitglieder und zwischen den Gruppen.

4.6. Handlungsfeld "Eine Welt"

Im übergreifenden Sinne ist mit "Eine Welt" die gemeinsame Verantwortung aller auf dem "Raumschiff Erde" gemeint, was immer wieder von den Agenda - Akteuren und bei allen Themen angesprochen wurde. Kapitel 28 der Agenda 21, in dem die Lokale Agenda beschrieben wird, geht ja geradezu davon aus, dass globale Probleme nicht nur "von oben" lösbar sind, sondern Initiativen "von unten" dazukommen müssen. Die Themengruppe Energie und Klimaschutz beschreibt dies in einer Stellungnahme mit dem Zitat: "Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, verändert sich das Gesicht der Welt". Gerade beim Klimaschutz wird auch deutlich, dass viele Probleme nicht auf eine Region begrenzt sind. Für den globalen Klimawandel ist es letztendlich gleich, wo auf der Erde klimarelevante Gase emittiert werden.

Nach dem Konzept des Umweltraums, in den Grundzügen von Opschoor in den Niederlanden entwickelt, wird jedem Menschen ein Raum zugewiesen, den er von seiner natürlichen Umwelt nutzen kann, ohne wesentliche Charakteristika davon nachhaltig zu beeinträchtigen. Der Umweltraum ergibt sich aus der ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen und der Verfügbarkeit und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen. Der Begriff des Umweltraums enthält neben der ökologischen Dimension eine weitere notwendige Dimension: die der internationalen Gerechtigkeit. In Mitteleuropa wird der Umweltraum in vielerlei Hinsicht übernutzt, in Drittweltländern wird er dagegen oft nicht ausgeschöpft. Nicht nur die zukünftigen Generationen haben ein Anrecht auf eine intakte Umwelt und auf nachhaltige Befriedigung ihre Lebensbedürfnisse, sondern auch die derzeit in der "Einen Welt" lebenden Menschen.

In der Taunussteiner Lokalen Agenda 21 wurde das Thema "Eine - Welt" vor allem in Bezug auf die Verständigung zwischen den Kulturen und die Unterstützung von Menschen in Entwicklungsländern, unter anderem auch durch Verkauf fair gehandelter Produkte, aufgegriffen.

4.7. Handlungsfeld Bauen, Wohnen, Siedlung

Dieses Handlungsfeld umfasst verschiedene Bereiche, von Ordnung der städtebaulichen Entwicklung, Gewährleistung einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden, sozial gerechten Bodennutzung, Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt sowie Schutz und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Agenda - Gruppen in Taunusstein haben besonders auf die folgenden Ausschnitte aus der Agenda 21 hingewiesen:

In Kapitel 7.16 d heißt es, die Länder sollen zusammen mit den Kommunen und nichtstaatlichen Organisationen Maßnahmen einleiten für "die Entwicklung von örtlichen Strategien für die Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität, für die Integration von Entscheidungen im Bereich der Flächennutzung und der Flächenwirtschaft, für Investitionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft und für die Mobilisierung menschlicher und materieller Ressourcen, um so Arbeitsplätze zu schaffen, die umweltverträglich und gesundheitlich unbedenklich sind."

"Daher sollen alle Länder ggf. eine Überprüfung des Urbanisationsprozesses und des von ihm verfolgten Kurses veranlassen, um die Umweltfolgen des Wachstums der Städte abzuschätzen und städtische Planungs- und Entwicklungskonzepte einzuführen, die speziell auf die Bedürfnisse in Mittelausstattung und spezifischen Merkmale der wachsenden Mittelstädte zugeschnitten sind." (Kap. 7.19)

"Gegebenenfalls sollen die einzelnen Städte die städtische Wohn- und Lebenswelt durch Förderung der Sozialstruktur und des Umweltbewusstseins verbessern und zwar durch eine Beteiligung der örtlichen Gemeinschaften an der Ermittlung des Bedarfs an öffentlichen Dienstleistungen, an der Bereitstellung der kommunalen Infrastruktur, am Ausbau der Gemeinschaftseinrichtungen sowie dem Schutz und der Sanierung alter Gebäude, historischer Bezirke und andere Kulturdenkmale". (Kap. 7.20)

4.8. Handlungsfeld Verkehr

Im Handlungsfeld "Verkehr" gilt, was auch unter 4.11. bei "Energie und Klimaschutz" gesagt wird. Gerade der Verkehr ist ein wesentlicher Emittent klimarelevanter Gase, er belastet die von seinen Auswirkungen direkt Betroffenen und mittlerweile auch die Teilnehmer am Verkehrsgeschehen selbst. Wer im Stau steht und über den Stau schimpft, muss wissen, dass er selbst ein Teil des Problems ist.

Gerade im Problembereich Verkehr zeigt sich allerdings häufig, dass die Lösung von Teilproblemen das Problem im Ganzen nicht löst, sondern oft nur verlagert oder gar noch verschlimmert. So sehr die Entlastung von Anliegern einer Straße wünschenswert ist, muss auch das Problem des wachsenden motorisierten Individualverkehrs

dringend aus der übergeordneten Verantwortung für den Klimaschutz entschärft werden. Dazu kann beispielsweise eine auf die Beziehungen zwischen Arbeits- und Wohnorten Rücksicht nehmende Siedlungspolitik Einfluss nehmen und die Stärkung von öffentlichen Verkehrsmitteln, wie dies auch in Taunusstein als Ziel vorgeschlagen worden ist.

Kapitel 7e der Agenda 21 widmet sich der Förderung umweltverträglicher Energieversorgungs- und Verkehrssysteme in Städten und Gemeinden. Dort heißt es: "Etwa 30% des Energieverbrauchs für kommerzielle Zwecke und etwa 60% des weltweiten Gesamtverbrauchs an Flüssigtreibstoff entfallen auf den Verkehrssektor. In den Entwicklungsländern bringt die rasche Motorisierung (...) immer mehr Probleme in Form von Unfällen und Verletzungen, Gesundheitsschäden, Lärmbelästigungen, chaotischen Verkehrsverhältnissen und Produktivitätseinbußen mit sich, wie sie in ähnlicher Weise in vielen Industrieländern zu beobachten sind. Alle diese Probleme bringen gravierende Belastungen für die Stadtbewohner mit sich, insbesondere für diejenigen, die nur über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen."

Auch in Taunusstein wurde das Verkehrsproblem als eines der gravierendsten Probleme für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt genannt. Nach Äußerungen der Agenda - Akteure müssen die Funktionsfähigkeit der Verkehrsbeziehungen erhalten, die Anlieger entlastet und die Umweltauswirkungen des Verkehrs insgesamt reduziert werden. Letzteres auch unter Berücksichtigung, dass sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, bis 2005 die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 25% zu senken. Dieses Ziel kann nicht erreicht werden, wenn nicht auch der Verkehrsbereich in entscheidendem Maße einen Beitrag leistet.

4.9. Handlungsfeld Arbeit, Wirtschaft, Handel

Die Privatwirtschaft einschließlich der sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein, wird im Dokument der Agenda 21 in Kapitel 30 (Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft) gefordert.

Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftskreislaufs, die Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen und die Wahrung sozialer und ökologischer Verantwortung sind dabei Aufgaben der Wirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit. Zugleich ist die Wirtschaft angewiesen auf die Schaffung eines günstigen Umfelds von Seiten des Staates und der Kommunen, bei dem wiederum Aspekte der Nachhaltigkeit zu beachten sind.

4.10. Handlungsfeld Natur und Landschaft

Natur und Landschaft sind von allen Tätigkeiten des Menschen betroffen. Zuvorderst ist der Umgang mit unverbauter Fläche zu nennen, Grundlage und Voraussetzung für die Erhaltung einer gesunden Umwelt, einer erlebenswerten Landschaft für die Naherholung, als Grundlage für Land- und Forstwirtschaft und einer dem Standort entsprechenden Artenvielfalt.

Die Enquete Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt hat in ihrem "Konzept Nachhaltigkeit" die Forderung erhoben, dass der Flächenverbrauch vom Wirt-

schafts- und Bevölkerungswachstum entkoppelt und die Umwandlung unbebauter Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen deutlich verlangsamt werden muss. Anzustreben sei eine Verringerung der Umwandlungsrate bis 2010 auf 10% der Rate, die für die Jahre 1993 bis 1995 festgestellt wurde.

4.11. Handlungsfeld Energie und Klimaschutz

Energie und Klimaschutz ist das Handlungsfeld, an dem die globale Verantwortung lokalen Handelns am stärksten deutlich wird. Abwärme und Abgase machen an keiner Grenze halt. Die Gewinnung der Träger der am Ort benötigten Energie und ihr Transport belasten die Umwelt an anderen Stellen.

So fordert die Agenda 21 in Kapitel 4 ("Veränderung der Konsumgewohnheiten") ausdrücklich die Förderung einer effizienten Nutzung von Energie und Ressourcen: "Die Senkung des Energie- und Materialverbrauchs je Produktionseinheit bei der Erzeugung von Gütern und dem Erbringen von Dienstleistungen kann sowohl zu einer Verringerung der Umweltbelastungen als auch zu einer Steigerung der wirtschaftlichen und industriellen Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit beitragen."

In Kapitel 7.69 c wird dabei auch der Baubereich angesprochen: "Normen und andere ordnungsrechtliche Maßnahmen einführen, die eine vermehrte Hinwendung zu einer energiesparenden Bauweise und Technik und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen in ökonomisch und ökologisch angemessener Form unterstützen." Es ist nahe liegend, dass hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden können und so der wirtschaftliche Aspekt des Agenda 21-Prozesses gestützt wird. Besonders deutlich wird dies bei der in der Vergangenheit vernachlässigten Wärmedämmung von Gebäuden.

In Taunusstein haben die verantwortlichen Gremien bereits Schritte zur Reduzierung der Schadstoffbelastung unternommen, beispielsweise durch verschiedene Förderprogramme und die Gestaltung von Bebauungsplänen. Dieser Weg soll weiter fortgesetzt und verstärkt werden. Taunusstein kann in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle in der Region übernehmen.

Die Energienutzung wird auf ein nachhaltiges Fundament gestellt werden. Die Nachhaltigkeit wird erreicht durch Schonung der von Natur aus begrenzten Ressourcen und entsprechender Minimierung des Schadstoffausstoßes. Hierfür unabdingbar ist eine sozial und wirtschaftlich vertretbare Reduzierung des Energieverbrauchs, effiziente Energieerzeugung und -einsatz sowie die Nutzung regenerativer Energiequellen.

Es werden Energiekonzepte entwickelt. Die Umsetzung wird erreicht durch finanzielle Förderung, administrative Maßnahmen, ideelle Anreize und eine Vorbildfunktion der Stadt für ihre Bürger. Mittels ansprechender Kommunikationsmittel werden Anregungen gegeben und Fortschritte aufgezeigt.

Die weitere Verbesserung des Klimas in Taunusstein und Umgebung wird von kommunaler Seite verfolgt und es werden entsprechende private Initiativen unterstützt.

4.12. Handlungsfeld Wasser und Abwasser

Dieses Handlungsfeld wird in Kapitel 18 der Agenda 21 behandelt: "Wasser wird in allen Lebensbereichen benötigt. Oberstes Ziel ist die gesicherte Bereitstellung von Wasser in angemessener Menge und guter Qualität (...) bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hydrologischen, biologischen und chemischen Funktionen der Ökosysteme." Es wird eine integrierte Vorgehensweise für alle Arten von untereinander in Verbindung stehenden Gewässern gefordert.

Für Taunusstein geht es hierbei um die Versorgung der Bürger und Gewerbebetriebe, die landwirtschaftliche Nutzung und die Reinhaltung von Grund- und Fließwasser. Die Stadt ist auf einem guten Weg, der weiter verfolgt wird. Investitionen in eine intensivere Nutzung des Niederschlagswassers können sich durch eine Reduzierung des Verbrauchs teuren Trinkwassers bezahlt machen.

4.13. Handlungsfeld Abfall

Abfallarmes Wirtschaften wird in der Agenda 21 an verschiedenen Stellen erwähnt: von der Veränderung der Konsumgewohnheiten in Kap. 4 über die Vermeidung und umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle in den Kapiteln 19 und 20 bis zum Transfer umweltverträglicher Technologien zur Stärkung von Produktionskreisläufen werden sowohl die Produzenten als auch die Verbraucher angesprochen.

5. Die Situation in Taunusstein in den Handlungsfeldern der LA 21

Im Verlauf der Arbeit an der Lokalen Agenda 21 in Taunusstein haben sich die beteiligten Akteure vornehmlich mit den in Kap. 4 genannten Handlungsfeldern befasst. Damit ist das "Zielquadrat" der Agenda 21 mit den Eckpunkten Ökologie, Wirtschaft, soziale Belange und Kultur inhaltlich abgedeckt.

Um sich in einer Lokalen Agenda 21 mit Zukunftsperspektiven zu befassen, ist es erforderlich, auch einen Blick auf die aktuelle Situation im jeweiligen Handlungsbe-
reich zu werfen. Agenda - Akteure und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtver-
waltung haben dazu Beiträge zusammengetragen, die hier nur stichwortartig erwähnt
sind.

Es wird deutlich, dass trotz bestehender Defizite in manchen Bereichen bereits eini-
ges im Sinne nachhaltiger Entwicklung erreicht worden ist. Nicht erst "seit Erfindung
der Agenda 21" werden Anstrengungen im Umweltschutz unternommen oder richten
Unternehmen Betriebskindergärten ein, damit Erziehung und Berufstätigkeit sich
nicht ausschließen müssen.

Die Situation in den Handlungsfeldern der Agenda unterliegt einer ständigen Verän-
derung, nicht zuletzt auch dadurch, dass im Agenda - Prozess erarbeitete Vor-
schläge bereits umgesetzt worden sind, etwa die Herausgabe einer Förderbroschüre
oder verstärkte Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Frauen. Die Präzi-
sierung und Fortschreibung der Bestandserfassung wird daher auch Gegenstand
einer Dokumentation der Fortschritte im Agenda-Prozess selbst sein.

5.1. Handlungsfeld Bildung und Kultur

Hier nur einige Stichpunkte zu Aktivitäten und Institutionen im Kulturbereich:

- Durchführung internationaler Kunstaussstellung des Ausländerbeirates,
- Stadt- und Schulbücherei in der IGS Hahn mit regelmäßig fahrendem Bücherbus
nebst Sonderaktionen,
- das Vereinsverzeichnis ist im Internet abrufbar (www.taunusstein.de),
- es gibt ein Kulturbüro der Stadt Taunusstein, der Veranstaltungskalender
erscheint halbjährlich,
- die Volkshochschule (VHS) wird finanziell unterstützt,
- Regional - Museum im Wehener Schloss mit Dauer- und Sonderausstellungen,
- Kulturförderung durch die Stadt Taunusstein (ideell, finanziell, Sachmittel),
Unterstützung der aktiven Kulturvereine mit vielfältigem, anspruchsvollem
Kulturprogramm für alle Altersklassen.

5.2. Handlungsfeld Kinder, Jugendliche, Schule

Aktivitäten mit und für Kinder und Jugendliche:

- "Klassenzimmer im Wald" in Kooperation mit der Forstverwaltung
- Eine Broschüre "Umweltschutz in Schulen" liegt vor.
- Im Kindergarten-Bedarfsplan sind alle Kinderbetreuungsangebote in Taunusstein
aufgeführt und nach Stadtteilen getrennt aufgeschlüsselt.
- Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen kirchlicher und freier Träger
durch die Stadt.

In Taunusstein gibt es an Räumlichkeiten für Jugendliche:

- 9 dezentrale städtische Jugendclubs (JC) in den Stadtteilen (außer Hahn),
 - ein städtisches Jugendcafé im alten Bahnhof Hahn – Wehen,
 - ein Jugend- und Kulturzentrum (Jukuz),
 - kirchliche Jugendräume.
-
- Im Juni 1997 wurde ein Jugendparlament gegründet,
 - Pfadfinder u.a. Jugendvereine werden finanziell unterstützt,
 - ein Gesprächskreis der in der Jugendarbeit Tätigen (AK Jugendarbeit) im Rheingau-Taunus-Kreis dient der Vernetzung,
 - schulnahe Jugendarbeit im Schüler/innen - Café Mandela läuft an der IGS Hahn.

Kulturelle städtische Angebote für die Jugend: Konzerte, Kino, Theaterveranstaltungen, Ferienprogramme, Mädchenprojekte.

Seit 1988 bestehen Verträge für den Kindertransport mit der Firma Mohn (Busunternehmen) und dem ASB Taunusstein, um Kinder aus den Stadtteilen, in denen kein Kindergarten existiert, abzuholen. Vorhandene städtische Busse werden für Ausflüge der Kinderbetreuungseinrichtungen, Jugendpflege etc. eingesetzt.

Weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten:

- Mütterzentrum Taunusstein - Hahn (für Kinder unter 3 Jahren),
- evang. Kirchengemeinde Bleidenstadt, Minikindergarten (für Kinder unter 3 Jahren),
- Spielkreise der katholischen Kirchengemeinden in Bleidenstadt, Hahn, Neuhoß und Wingsbach,
- „Tagesmütterpool“ über den Rheingau – Taunus - Kreis,
- Vermittlung von Pflegestellen durch den Rheingau – Taunus – Kreis.

Die Anbieter werden durch die Stadt Taunusstein finanziell unterstützt.

Auf der Agenda - Veranstaltung "Alle Kinder dieser Welt" am 06.06.1999 haben alle städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen zu diesem Thema Projekte dargestellt und angeboten. Die Veranstaltung wurde positiv gewertet. Die Vernetzung aller Kinderbetreuungseinrichtungen Taunussteins hat nachhaltig positive Entwicklungen der pädagogischen Arbeit zur Folge.

5.3. Handlungsfeld Gesundheit

Von 6.703 ha Gesamtfläche der Stadt sind mehr als die Hälfte Wald und ein weiteres Viertel Grünland bzw. Ackerfläche. Die Stadt verfügt damit über günstige Naherholungsmöglichkeiten.

Die hohe Verkehrsbelastung durch die Lage an der Bundesstraße 275 / B54 belastet die Bevölkerung durch Lärm und Abgase.

Zwei Sportvereine bieten mit Behindertensport gemeinsame Aktivitäten von Behinderten und nicht Behinderten an.

Betreuungsmöglichkeiten behinderter Kinder: Die Stadt bietet vier Plätze an sog. "Einzel-Integrations-Maßnahmen" im Kindergarten "Wünostraße" in Taunusstein-

Wingsbach an. Der Kindergarten der Firma BRITA in Taunusstein - Wehen bietet weitere zwei Plätze an.

Gesundheitsprävention in Kindergärten: In jeder städtischen Kinderbetreuungseinrichtung wird gesundheitspräventiv gearbeitet (Ernährung, Suchtprävention, Bewegungserziehung, ärztl. Untersuchungen).

Es gibt in Taunusstein ein "Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe" für die Drogenprävention (Einrichtung der evangelischen Kirche).

5.4. Handlungsfeld Soziales

680 Männer und 830 Frauen bezogen 1999 in Taunusstein Sozialhilfe. Davon waren 601 bis 18 Jahre, 543 19 bis 39 Jahre, 250 40 bis 60 Jahre und 116 über 60 Jahre alt. (Quelle: Kreisverwaltung RTK, Sozialamt. Stand: 02/1999)

Arbeitslose in Taunusstein: (Quelle: Landesarbeitsamt Hessen, Stand 09/1998)

insgesamt	Frauen	Deutsche	Unter 20 J.	Unter 25 J.	Ab 55 J.
728	313	603	22	86	203

Senioren in Taunusstein:

Senioren	Gesamt	60 - 64		65 - 69		70 - 74		75 - 79		Über 79	
		m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Bleidenstadt	1.673	244	253	198	184	145	192	76	132	80	169
Hahn	1.455	205	210	147	166	98	161	70	128	74	196
Hambach	74	11	8	13	10	4	8	5	7	4	4
Neuhof	480	68	76	57	52	40	52	28	42	25	40
Niederlibbach	113	12	13	11	12	11	18	9	6	5	16
Orlen	208	39	34	24	19	17	14	7	18	14	22
Seitzenhahn	240	52	45	19	20	20	25	8	17	5	29
Watzhahn	52	8	11	10	2	5	3	1	5	2	5
Wehen	1.234	237	217	151	146	133	155	81	114	53	134
Wingsbach	149	21	23	19	19	14	12	8	12	7	14
Taunusstein	5.865	897	890	649	630	487	640	239	481	269	629

Zufriedenheit Taunussteiner Senioren mit dem vorhandenen Angebot nach einer Umfrage des Seniorenbeirats (1995/96) unter ca. 1200 älteren, (noch) rüstigen Mitgliedern der Seniorenclubs, das sind ca. 22,5% aller in Taunusstein lebenden Senioren:

vorhandene Einrichtungen angebotene Leistungen	reichen aus (in %)	reichen nicht aus (in %)
Häusliche Betreuung	70	30
Essen auf Rädern	80	20
Fahrdienste, Verkehrsmittel	70	30
Kleine Handwerksarbeiten	80	20

Bürodienste	68	32
Beratung	80	20
Ehrenamtliche Tätigkeiten	40	60
Betreuung bei kulturellen Wünschen	70	30

Institutionen der Seniorenarbeit:

Über die Stadtteile von Taunusstein verteilt gibt es 26 Senioren-"Clubs", die sich im einzelnen als Seniorentreff, -kreis, -gemeinschaft, -kulturkreis etc. bezeichnen.

Taunusstein hat

- einen Seniorenbeauftragten: Herrn Willy Freund
- ein Seniorenbüro: Herrn Peter Habermehl, Tel. 93 41 90
- einen Seniorenbeirat

In Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro und dem Seniorenbeirat wurde von der Stadt ein Seniorenwegweiser erarbeitet, der regelmäßig fortgeschrieben wird.

Der Seniorenbeirat hat Kriterien für seniorengerechtes Wohnen erarbeitet "Wohnen im Alter", die am 06.11.1997 vom Magistrat beschlossen wurden und bei Bauvorhaben berücksichtigt werden.

Geplant ist die Einrichtung einer sogenannten Leitstelle 'Älter werden', in der Senioren/innen übergreifend beraten werden sollen.

Das Seniorenprogramm erscheint jährlich (u.a. der 'Seniorensommer').

Der Seniorenbeirat bietet für sozial Schwache vorweihnachtliche Veranstaltungen "Miteinander" an.

Sozial Benachteiligte

Die Integration von sozial Schwächeren in das gesellschaftliche Leben wird durch die Stadt Taunusstein unterstützt durch:

- ermäßigten Eintritt für das Freibad für Alleinerziehende und sozial schwache Familien,
- Zuschüsse an psychologische Begegnungsstätte,
- sozial-integrative Altenhilfe,
- Beratung nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG),
- Hinweise zu Krankenversicherungsangelegenheiten,
- Hilfsgespräche für Personen in besonders schwierigen Lebenssituationen,
- Krankenversicherung, Pflegeversicherung,
- Hinweise zu Versorgungsamt (z.B. Kindergeld, Erziehungsgeld),
- Stadtranderholung,
- Mutter-Kind-Kuren,
- Zuschuss an Frauenhaus und Spielkreise,
- Fraueninitiativen und
- Schülerhilfe.

Für sozial Benachteiligte stehen 504 Sozialwohnungen (davon 27 städtische) zur Verfügung. Die Vergabe erfolgt durch die Stadt Taunusstein. Zwanzig weitere Sozialwohnungen werden im Zeitraum 2000 / 2001 gebaut.

Zur größeren Akzeptanz und Berücksichtigung von Frauenbelangen wurde 1990 die Frauenbeauftragte der Stadt eingestellt, die für interne (Verwaltungsmitarbeiterinnen) und externe (Bürgerinnen) Frauenbelange zuständig ist. Ihre Aufgabe ist die

Herstellung der Vernetzung mit Institutionen, Gruppierungen und Behörden bezüglich der frauenpolitischen Arbeit, die Erarbeitung von Konzepten und die Begleitung der Umsetzung sowie Öffentlichkeitsarbeit durch Presse, Informations-, Diskussions- und Kulturveranstaltungen.

Das Mütter- und Frauenzentrum dient als Bildungs- und Begegnungsstätte für Frauen, für Vorträge und Seminare und bietet Hilfe zur Selbsthilfe als Beratungsstelle in besonderen Lebenslagen. Frauen erhalten dort auch Adressen von Babysittern. Vom Mütter und Frauenzentrum werden außerdem Flohmärkte und Kleiderverkauf organisiert.

Situation von Frauen mit pflegebedürftigen Angehörigen: eine Gesprächsgruppe für pflegende Angehörige ("Hängematte") gibt es bei der Caritas. Auch das Haus Ferrutius engagiert sich in der Entlastung der privaten Pflegenden.

Ein Projekt zur Gewaltprävention an Schulen (Klasse 2000) läuft probeweise an der Bleidenstädter Grundschule. Es wird von der Schulleitung positiv bewertet und soll ab 2000 an allen Taunussteiner Grundschulen eingeführt werden.

5.5. Handlungsfeld Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Die Taunussteiner Stadtnachrichten werden seit 1994 als Mitteilungsblatt der Stadt sowie der Vereine und Verbände an alle Haushalte Taunussteins verteilt.

Seit 1980 wird in Taunusstein alle zwei Jahre ein Umweltschutzpreis für besondere Leistungen, die nachhaltig eine Verbesserung der Umwelt bewirken, verliehen.

Bürgerbeteiligung über Anrufe, Anschreiben, direkt oder indirekt über Anfragen oder Anregungen aus Ortsbeiratssitzungen oder über Mängelanzeigen der Ortsbeiräte ist jederzeit möglich.

Über Planungen werden die Bürger/innen in Form von Bürgerversammlungen, aber auch durch ausführliche Beiträge in der Presse, informiert. Bei der Aufstellung oder Änderungen von Bauleitplänen ist die Beteiligung der Bürger durch Offenlage der Pläne gewährleistet.

Die Stadt beteiligt sich seit 1988 an den Kosten der konfessionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

5.6. Handlungsfeld Eine Welt

Die Stadt Taunusstein hat derzeit drei Partnerstädte: Herblay – Frankreich, Yeovil – England und Caldes de Montbui – Spanien. Hinzu kommt noch eine Städtefreundschaft mit Wünschendorf in Thüringen.

Taunussteiner Vereine (Freundeskreise) haben einen ständigen Kontakt zu diesen Städten, der stetig ausgebaut und vertieft wird.

Seit mehr als zehn Jahren findet ein grenzüberschreitender Austausch der Kulturen statt bei steigender Anzahl der Austauschgruppen. Der Austausch ist nicht unbedingt an die Partnerstädte gebunden, es gibt Austausch auch mit Amerika und Albanien.

Darüber hinaus existiert eine Partnerschaft der katholischen Kirchengemeinde Hahn mit dem Bistum Jasikan in Ghana, die Grundschule Bleidenstadt unterhält eine Partnerschaft mit Bolivien. Die IGS Hahn hat Kontakte nach Albanien.

Eine-Welt-Aktionen werden überwiegend von christlichen Kirchen getragen. In einzelnen Geschäften werden Produkte aus Entwicklungsländern verkauft.

Es gibt die Institution des Ausländerbeirates mit großer Vielfalt an Ideen, die aber nicht immer verwirklicht werden können. Beispielsweise werden Ausstellungen organisiert. Der Beirat arbeitet mit anderen Ausländerbeiräten, auch auf Kreisebene, und mit der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAH) zusammen.

5.7. Handlungsfeld Bauen, Wohnen, Siedlung

Bevölkerung in Taunusstein (Stand 06/1998):

Deutsche: 28.231 (männl. 13.889, weibl. 14.342)

Nichtdeutsche: 2.971 (männl. 1.605, weibl. 1.366)

Das Einwohner- / Arbeitsverhältnis der Stadt Taunusstein liegt bei 236,2 Arbeitsplätze pro 1000 Einwohner und somit deutlich unter einem ausgewogenen Verhältnis von Arbeitsplätzen und Einwohnern. Im Raumordnungsgutachten (ROG, 1997) ist ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeitsplätzen und Einwohnerzahl mit 350 – 500 Arbeitsplätzen pro 1000 Einwohner angegeben.

Zielsetzung ist das Zusammenführen der Funktionen „Wohnen“ und „Arbeiten“. Beispiel für die Ausweisung von Wohngebieten im Zusammenhang mit der Entwicklung von Gewerbegebieten sind die geplanten Wohngebiete „Gutenbergstraße“ und „Oberhalb der Gartenstraße“ im Stadtteil Neuhof.

Der seit 1980 rechtsverbindliche Flächennutzungsplan wird nach Erstellung des Landschaftsplanes fortgeschrieben.

Ökologische Zielsetzungen in Baugebieten werden derzeit schon durch folgende Festsetzungen / Empfehlungen in Bebauungsplänen berücksichtigt:

- Zu jedem Bebauungsplan wird ein Landschaftsplan bzw. Grünordnungsplan erstellt und in den Bebauungsplan integriert. Hierbei wird konsequent auf die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen geachtet,
- Berücksichtigung des Landschaftsbildes durch Festsetzungen zur höhenangepassten Bebauung und durch Ein- und Durchgrünung der Baugebiete,
- Festsetzung von Zisternen einschließlich Festlegung von Mindestgrößen,
- Empfehlung zur Brauchwassernutzung,
- bei Ausweisung von Baugebieten auf Basis des städtischen Bodenbevorratungsprogrammes wird die Niedrigenergiebauweise vertraglich festgelegt und eine baubegleitende Energieberatung durch ein Fachbüro angeboten,
- Zulässigkeit und Empfehlung für solarthermische und photovoltaische Dachanlagen,

- Prüfung und Festlegung der Energieversorgung unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten (z.B. BHKW),
- Minimierung der Flächenversiegelung durch Festsetzung einer angemessenen GRZ und durch Festsetzungen bezüglich wasserdurchlässigen Befestigungen und Versickerungsmöglichkeiten (Stellplätze, Zufahrten, etc.),
- Festsetzung von Gehölzarten und – qualitäten auf öffentlichen Grünflächen,
- Empfehlungen von Gehölzarten und – qualitäten auf privaten Grünflächen,
- Festsetzungen von zu erhaltenen Bäumen und Sträuchern,
- Festsetzungen von Eingrünungen als Ortsrandgestaltung bzw. Ausgleichsmaßnahmen,
- Festsetzung von Dachbegrünungen bei Flachdächern (Beispiel: Garagen),
- sparsamer Umgang mit Grund und Boden durch Festlegung der Größe von Baugrundstücken,
- Festsetzung von Emissionsbeschränkungen (Lärm, Geruch und Schadstoffe) so weit erforderlich,
- Berücksichtigung klimatischer Belange (soweit erforderlich, z. B. Bebauungsplan "Freiäcker"),
- Prüfung, ob Trennsysteme zur Schmutz- und Niederschlagswasser-Ableitung möglich sind

Für die Dach-, Fassaden- und Freiflächenbegrünung und Flächenentsiegelung werden im Rahmen eines städtischen Förderprogrammes Zuschüsse gewährt.

Seit 1980 hat Taunusstein eine kommunale Baumschutzsatzung, die jedoch unter Akzeptanzproblemen leidet.

Die Stadt gewährt bei privaten Baumaßnahmen für die Erhaltung baulicher Anlagen von geschichtlicher, städtebaulicher und künstlerischer Bedeutung Zuschüsse im Rahmen eines Förderprogrammes.

Für die Stadtteile Bleidenstadt und Wingsbach wurden städtebauliche Rahmenpläne aufgestellt und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Im Stadtteil Neuhof ist die Dorferneuerung (Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen) zur Zeit im Gange.

Soziale Ziele finden in der Bebauungsplanung in folgender Weise Berücksichtigung:

- Kostengünstige Abgabe von städtischen Bauplätzen auf der Grundlage der Bodenbevorratung (Eigentumsbildung);
- Ausstattung, je nach Größe der Baugebiete, mit Kindergärten, Spiel- und Bolzplätzen, Gemeinschaftsanlagen etc.;
- Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung bei Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen; der Eigentumsbildung weiter Kreise der Bevölkerung und der Bevölkerungsentwicklung; der sozialen und kulturellen Bedürfnisse, insbesondere der Bedürfnisse der Familien; der jungen und alten Menschen und der Behinderten, der Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung.

Seit 1991 gibt es ein Förderprogramm zur Schaffung von zusätzlichem Mietwohnraum in Taunusstein mit dem Ziel der Schaffung von Sozialwohnungen.

Soziale Ziele in Neubaugebieten: Im Rahmen der Baulandpolitik weist die Stadt dort Bauland aus, wo sie überwiegend Eigentümer ist, um die Bauplätze zu erschwinglichen Preisen an Taunussteiner nach sozialen Gesichtspunkten zu veräußern. Bisher konnten 100 Grundstücke veräußert werden. Im Jahre 2000 werden weitere 40 Grundstücke zur Veräußerung freigegeben.

Taunusstein verfügt über eine gute Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen in allen Stadtteilen (Gemeindehäuser, Kindergärten, Feuerwehrgerätehäuser, Trauereinrichtungen).

5.8. Handlungsfeld Verkehr

In Taunusstein sind zur Zeit ca. 30.000 Kraftfahrzeuge angemeldet, das entspricht etwa einem Auto pro Einwohner.

Aussagen des Verkehrsentwicklungsplans 1999 (Büro Dorsch-Consult):

Die Verkehre in Taunusstein setzen sich zusammen aus 30% Binnenverkehr, 50% Ziel/Quell-Verkehr und 20% Durchgangsverkehr. Der Binnenverkehr wiederum fließt zu etwa 3/4 zwischen den Stadtteilen und zu knapp 1/4 innerhalb der Stadtteile. Der Schwerverkehrsanteil (über 2,8 t) ist in Taunusstein relativ gering und liegt bei ca. 5%.

Unter Berücksichtigung der geplanten Neubaugebiete in Taunusstein für ca. 4.500 Einwohner wird der Verkehr auf der Aartalstraße für das Jahr 2010 mit bis über 20.000 Fahrzeugen in 24 Stunden prognostiziert, dies entspricht gegenüber derzeit einer Zunahme von 21%. Wird die Aartalbahn ausgebaut, so wird ein Verlagerungspotential von ca. 1.900 Kfz pro Tag angenommen. Der oben genannte Zuwachs fällt dann mit +19% etwas geringer aus.

Im Entwurf des Regionalplans ist die Reaktivierung der Aartalbahn über Bad-Schwalbach bis Limburg enthalten.

Seit 01.08.1987 fährt ein eigener Stadtbusverkehr mit 3 Linien. Bis zu zehn Busse von zwei privaten Unternehmen werden angemietet. Die Busse verkehren montags bis freitags von 6 bis 18 Uhr stündlich, teilweise öfter - in der Talachse teilweise im 30-Minuten-Takt. Samstags, Sonntags und an Feiertagen verkehrt nur eine Linie im 90-Minuten-Takt von 8 bis 18 Uhr.

1995 wurde ein Einkaufsbus angeboten mit zwei Fahrten-Paaren mittwochs. Das Angebot wurde nach einem 3/4 Jahr mangels Inanspruchnahme wieder eingestellt.

An allen Tagen zwischen 20 und 24 Uhr besteht für Fahrgäste der letzten drei ORN-Busse aus Wiesbaden ab Hahn die Möglichkeit der Weiterfahrt in die Stadtteile in Anschlussstaxis.

Die Stadt subventioniert die Taunussteiner Pendlerkarte zusammen mit der Stadt Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis. Sie gilt zwischen Taunusstein und Mainz/Wiesbaden sowie im gesamten Netz der Stadtwerke Mainz und Wiesbaden.

Der Stadtbusverkehr Taunusstein hat 500.000 Fahrgäste im Jahr, darunter 450.000 Schüler/innen.

Alle Ortsteile sind über Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen miteinander verbunden, weitere Straßen als Ortsteilverbindungen sind nicht geplant.

Zusätzlich bestehen zwischen den meisten Ortsteilen Radwegeverbindungen.

Im Jahre 1983 wurde ein Radwegeplan für das Stadtgebiet Taunusstein aufgestellt. Dieser wurde 1991 überarbeitet. Das derzeitige Radwegenetz der Stadt umfasst ca. 93 km Radwege mit unterschiedlichen Oberflächenbefestigungen (davon 38 km mit einer wassergebundenen Decke) und Trassenführungen, ca. 5 km sind gem. StVO ausgeschildert, der Rest ist als Radwanderwege deklariert. 22 km verlaufen auf öffentlichen Straßen, 4 km an öffentlichen Straßen anliegend, 27 km auf landwirtschaftlichen Wegen, 26 km auf forstlichen Wegen, 1 km ist unabhängig geführt. Eine Anbindung an überregionale Radwegenetze ist vorhanden.

Im Rahmen von Straßen- und Wegebaumaßnahmen wird nach Erfordernis und Möglichkeit das Radwegenetz erweitert. Die Radwegeführung Seitzenhahn – Neuhof wurde bereits mit einer Wegweisung für Radwanderwege ausgeschildert. Weitere Beschilderungen sollen folgen. In Verbindung mit dem Amt für Straßen und Verkehrswesen (ASV) wird derzeit eine Radwegeverbindung zwischen Bleidenstadt und Bad Schwalbach geplant, weitere Radwegeverbindungen zwischen den Ortsteilen werden im Rahmen der Radwegeplanung verfolgt.

Gehwege sind an so gut wie allen innerstädtischen Straßen vorhanden. Reine Fußwegverbindungen zwischen den Stadtteilen bestehen nicht, hier können aber die vorhandenen Radwege und gut ausgebaute landwirtschaftliche Wege genutzt werden.

Bei Um-, Aus- und Neubauten von Straßen wird sukzessive versucht, bestehende Gehwege, die eine Breite von unter 1,50 m aufweisen, durch Grunderwerb oder durch Verschmälerung der Fahrbahnen zu verbreitern. Entsprechende Beschlüsse werden jeweils im Rahmen von Einzelprojekten gefasst.

5.9. Handlungsfeld Arbeit, Wirtschaft, Handel

Ca. 30% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Taunussteiner haben ihren Arbeitsplatz in Taunusstein. Andererseits sind nur knapp 40% der Taunussteiner Arbeitsplätze mit Taunussteiner Bürgern besetzt. Die übrigen Beschäftigten sind Pendler, von denen etwa zwei Drittel in Wiesbaden arbeiten.

Nach Daten vom Dezember 1998 gibt es in Taunusstein 728 Arbeitslose, davon 600 Deutsche, 26 unter 25 Jahren, ca. die Hälfte Frauen.

Ein Förderprogramm zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze für Taunussteiner Jugendliche wurde in den vergangenen drei Jahren erfolgreich eingeführt. Eine Lehrstellenbörse läuft an der IGS Bleidenstadt in Verbindung mit Taunussteiner Firmen.

Landwirtschaftliche Betriebe in Taunusstein (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Mai 1996):

Landwirtschaftliche Nutzfläche	Zahl der Betriebe
1 - 2 ha	11
2 - 5 ha	20
5 - 10 ha	10

10 - 15 ha	10
15 - 20 ha	5
20 - 25 ha	3
25 - 30 ha	6
Über 50 ha	6
Insgesamt: 1208 ha	74 Betriebe

5.10. Handlungsfeld Natur und Landschaft

Der Landschaftsplan ist als Fachplan des Naturschutzes und der Landschaftspflege von der Stadt Taunusstein als Trägerin der Bauleitplanung in eigener Verantwortung aufzustellen. Zur Zeit wird der Landschaftsplan auf Flächennutzungsplan - Ebene im Maßstab 1:5000 in digitaler Form durch ein Fachbüro aufgestellt. Die entsprechenden Fachbehörden sind eingebunden; auch die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Naturschutzverbände. Nach Vorlage und Prüfung des Entwurfes wird die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit sowie auch die Beteiligung der Ortsbeiräte und städtischen Gremien erfolgen. Der Landschaftsplan stellt die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zur Sicherung und Entwicklung der Landschaft und des Naturhaushaltes einschließlich des besiedelten Bereiches dar.

Die Landschaft im Aartal: Die Aar fließt auf einer Länge von ca. 12,1 km von der Quelle in Orlen durch die Gemarkungen Neuhoof, Wehen, Hahn, Bleidenstadt und Seitzenhahn bis sie Taunusstein an der Gemarkungsgrenze Bad Schwalbach – Hettenhain verlässt. Die an das Gewässer angrenzenden Flächen werden – so weit landwirtschaftlich bewirtschaftet – vornehmlich als Intensivgrünland oder zur Beweidung, hauptsächlich mit Pferden und Rindern, weniger als Extensivgrünland genutzt.

Im gesamten Oberlauf bis zur Ortslage Neuhoof ist die Aar nicht Gehölzbestanden. Mächtige, teilweise überalterte Weiden stocken vornehmlich auf den Abschnitten zwischen Wehen und Hahn sowie in der Gemarkung Bleidenstadt. An einigen Gewässerabschnitten wurden Erlen- und Weidenanpflanzungen vorgenommen, unterhalb von Hahn z. B. bilden Weiden einen geschlossenen Saum. *hat m. sehr feinst!*

Die Aar wurde im Rahmen der Flurbereinigung (60iger Jahre) teilweise verlegt, begradigt und gestückt. Das Aartal ist auf weite Strecken frei geblieben, in den Ortsteilen Neuhoof, Wehen, Hahn und Bleidenstadt ist das Gewässer stark eingeeengt, tlw. wurde bis an den Uferrand bebaut.

Zum Schutz der Gewässer und ihrer Ufer werden von der Stadt, sofern möglich, 10m breite Schutzstreifen angekauft. Die Uferrandstreifen werden nicht verpachtet, können aber vom Pächter extensiv als Grünland bewirtschaftet werden. Ausbringung von Düngemittel, Klärschlamm und Pestiziden ist untersagt.

Naturnahe Gewässer: eine Bestandsaufnahme und Beurteilung der Gewässer erfolgt im Landschaftsplan. Für die Aar und ihre Nebengewässer soll ein Renaturierungskonzept erstellt werden, die Stadtverordnetenversammlung hat am 25.11.1998 hierzu einen Beschluss gefasst. Ein Hegeplan für die Aar, erstellt durch die Fischereigemeinschaft Einrich – Aar, liegt seit 1994 vor und wird fortgeschrieben. Er macht Angaben zum Natürlichkeitsgrad, Fauna und Flora des Gewässers und seiner

Ufer, dem Fischbestand, geologischen Gegebenheiten und enthält auch Vorschläge zur Renaturierung.

Einzelmaßnahmen zur Gewässerrenaturierung werden ständig durchgeführt. Die Umsetzung ist allerdings problematisch, da es Kollisionen mit diversen Eigeninteressen, insbesondere der Landwirtschaft, gibt.

Seit 1991 gehen städtische Flächen mit Naturschutzwert nicht mehr in die landwirtschaftliche Nutzung, sondern werden von Landwirten oder über den Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e.V. (LPV) im Auftrag gepflegt oder im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen aufgewertet und unterhalten. Im Jahr 1998 wurden vom LPV auf 33,1 ha Fläche Landschaftspflegemaßnahmen durchgeführt, zwischenzeitlich sind komplette Seitentäler der Aar in der Obhut des LPV (z.B. „Hübschgrundtal“ in Seitzenhahn, Tal „In der Hambach“ in Bleidenstadt und Seitzenhahn).

Städtische Bedienstete schneiden jährlich Feldgehölze entlang von Wegen maschinell, teilweise auch in Handarbeit. Die Aufforderung dazu ergeht durch das Ordnungsamt im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht bzw. durch die Jagdgenossenschaften oder die Ortsbeiräte.

Naturschutz und Naherholung: Es gibt in Taunusstein drei rechtskräftig ausgewiesene Naturschutzgebiete (NSG), in Neuhofer das NSG „Neuhofer Heide“ mit einer Größe von 9,54 ha, in Wehen die NSG „Silberbach / Schwarzbach“ mit einer Größe von 30,12 ha und das „Eschbachtal“ mit einer Größe von 11,14 ha. Die als Naturschutzgebiet ausgewiesene Fläche in Taunusstein beträgt somit 0,76 % der Gesamtfläche. Die NSG sind auf den entsprechend gekennzeichneten Wegen der Allgemeinheit zugänglich. Alle drei NSG liegen mehr oder weniger nah an Siedlungsbereichen, was zu einer teilweise erheblichen Beanspruchung durch Erholungssuchende und durch Freizeitaktivitäten führt.

Bei Seitzenhahn ist ein Streuobstbestand als Geschützter Landschaftsbestandteil ausgewiesen. Außerdem existieren neun rechtsverbindlich festgesetzte Naturdenkmale (ND).

Fast der gesamte Außenbereich der Gemarkungen Taunussteins liegt im Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Taunus“ und ist durch Rechtsverordnung besonders geschützt. Der Zweck dieser Verordnung ist der Schutz der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere für die Erholung der Bevölkerung in den geschützten Naturräumen. dahier!

Artenschutz: in Niederlibbach und Orlen wurden stationäre Leitzäune zum Schutz wandernder Amphibien, die durch Naturschutzverbände und Förster betreut werden, errichtet. Im Stadtwald sind diverse Maßnahmen zum Schutz bedrohter Arten (Greifvögel, Fledermäuse) durchgeführt worden.

Erhaltung und Schutz des Ökosystems Wald sowie die optimale Kombination seiner Wirkungen auf die Umwelt-, Wirtschafts- und Lebensverhältnisse: Die Forsteinrichtung als mittelfristige Planung gibt für den Stadtwald Taunusstein die Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung eines im Gefüge und nach Baumartenzusammensetzung (Baumartenwahl nach Waldstandort) stabilen Waldes unter Berücksichtigung seiner Schutzwirkungen für Boden, Wasser, Luft und Klima sowie seiner Funktionen

für Naturschutz und Erholung vor. Zum Stichtag 01.10.1996 wurde die Forsteinrichtung als mittelfristige Betriebsplanung erneuert. Der Stadtwald Taunusstein wird treuhänderisch vom Hessischen Forstamt Chausseehaus in Wiesbaden verwaltet. Zu den Zielen der Waldbewirtschaftung im Taunussteiner Stadtwald gehören das Streben nach ungleichaltrigen, vielfältig geschichteten Waldbeständen und die Ausrichtung von Pflege und Nutzung auf wertvolle Einzelbäume. Naturverjüngung wird gefördert, besonders in Altbeständen. Dies ist allerdings wegen nicht angepasster Wildbestände zur Zeit nur in gegatterten Flächen optimal möglich. Kahlschläge werden unterlassen. Stetige Waldpflege erfolgt durch zeitgerechte, häufig wiederkehrende, mäßige Durchforstung. Waldränder werden gesichert und Maßnahmen zur Wasserrückhaltung im Wald getroffen. Auf Biozideinsatz im Wald wird weitgehend verzichtet. Im Stadtwald erfolgt eine schonende und ertragreiche Holznutzung mit Bereitstellung aller Holzsortimente verschiedener Baumarten.

Die Funktionen des Stadtwaldes und des Waldes allgemein werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Forstamtes – insbesondere in Kindergärten und Schulen, aber auch bei Waldbegängen – vermittelt. Dazu dienen auch zahlreiche Projekte mit Schulen und Kindergärten im Stadtwald.

Bauen und Landschaft: Taunusstein weist eine stark strukturierte Landschaft auf, dadurch werden auch die neuen Baugebiete geprägt. In den neuen Bebauungsplänen wird daher auf folgende Punkte geachtet:

- gute Besonnung / Belichtung,
- Dachflächen parallel zur Höhenlinie der Topografie, angepasste Höhenabwicklung,
- entsprechende Grüngestaltung, Festsetzungen von Material und Farbe zur besseren optischen Einbindung der Gebäude in die vorhandene Landschaft.

5.11. Handlungsfeld Energie und Klimaschutz

Ein solarthermisches Förderprogramm ist seit 1992 (Beschluss Stadtverordnetenversammlung vom 26.03.1992) vorhanden. Solarthermische Anlagen in Privatgebäuden und Gewerbebetrieben werden mit bis zu 2000,- DM pro Anlage gefördert. Im Jahr 1998 wurden insgesamt 74 solarthermische Anlagen gefördert. Seit 1992 hat Taunusstein im Rahmen des städtischen Förderprogramms 140 000,- DM in Solarförderung investiert, das Land Hessen noch mal etwa den gleichen Betrag.

Aufgrund neuer Förderrichtlinien des Bundes und wegen des Wegfallens der Landesförderung wird das städtische Förderprogramm derzeit überarbeitet. Das solarthermische Förderprogramm soll jedoch fortgeführt und Photovoltaik - Anlagen ebenfalls gefördert werden.

Das Freibad in Hahn wird solarthermisch beheizt.

Für alle Stadtteile wurde ein Energiekataster erstellt. Die Gebäudedaten beruhen auf Begehung und Berechnung. Das Energiekataster weist Einsparmöglichkeiten bis 30% durch Heizungsumstellung, Wärmedämmung etc. nach.

Standorte für Windkraftanlagen werden im Landschaftsplan ausgewiesen.

Im Bereich Energiesparen an Schulen ist das Energie-Beratungszentrum (EBZ) in Taunusstein aktiv. Die Stadt ist Mitglied im EBZ. Die Beratungsleistungen zur Motivierung zur Energieeinsparung werden fortgeführt

dahin

Der Kindergarten Neuhof ist in Niedrigenergiebauweise erstellt.

Outsourcing des Energiemanagement und Wärmeversorgung ist in allen Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises vollzogen. Bei den meisten Schulen ist die Heizanlage bereits saniert (Beispiel IGS Bleidenstadt: hier wurde bereits 1992 von Stromheizung auf Gas umgestellt und zusätzlich eine solarthermische Anlage installiert). Energierundgänge an Schulen werden auf Anfrage von den Mainkraftwerken angeboten. Ein Energiesparkoffer mit Messgeräten etc. steht zur Verfügung. EBZ und die Hess. Landesanstalt für Lehrerfortbildung Wiesbaden planen im Jahre 2000 eine Energiesparkampagne.

Hausmeisterschulungen zum Thema Energiesparen wurden durchgeführt. Themen waren die Optimierung des Betriebes der vorhandenen Heizungsanlagen und Sensibilisierung für Einsparpotentiale wie Beleuchtung und Lüftung.

Die Straßenbeleuchtung wurde 1994/95 optimiert (Umstellung auf Natriumdampflampen (NAV) und Optimierung der Schaltzyklen) mit dem Erfolg einer Energieeinsparung von 25.000,- DM. 1995/96 wurden 214 Leuchten umgerüstet mit einer Einsparung von 50.000 kWh/a oder 27.500 kg CO₂/a. Neubaugebiete werden anschließend mit NAV-Lampen ausgerüstet

Effiziente Energienutzung, Nahwärmeversorgung: Zwei öffentliche Gebäude arbeiten seit 1997 mit BHKW (die Silberbachhalle in Wehen, das Bürgerhaus Taunus in Hahn), ein drittes BHKW wird im Sport- und Jugendzentrum in Bleidenstadt installiert. Bei Neubaugebieten wird überprüft, ob die Installation von BHKW sinnvoll ist. Zur Zeit werden die Möglichkeiten eines Energie-Contractings für alle öffentlichen Gebäude überprüft.

Der Abwasserverband Obere Aar betreibt ein Blockheizkraftwerk (BHKW) auf der Kläranlage zur Eigenstromerzeugung und Nutzung der Abwärme zu Heizzwecken. Mit dem bei der Schlammbehandlung entstehenden Faulgas werden über Gasmotoren Generatoren zur Stromerzeugung schadstoffarm angetrieben. So kann jährlich eine Stromenergie von ca. 500.000 kWh aus dem Abfallprodukt Faulgas gewonnen werden. Diese Strommenge muss somit nicht vom EVU bezogen werden.

Im Neubaugebiet Helleberg (Rechtskraft 1998) in Seitzenhahn ist die Niedrigenergiehaus (NEH) - Bauweise beim Verkauf städtischer Baugrundstücke in den Kaufverträgen festgeschrieben. Verschiedene Varianten zur Energieversorgung wurden untersucht (BHKW, Brennwerttechnik, Wärmepumpen etc.).

NEH-Bauweise wird nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beim Verkauf städtischer Flächen in privatrechtlichen Verträgen vorgeschrieben. Ein Mustervertrag liegt im Amt für Stadtentwicklung vor.

dahin,
jedenfalls die Besch.

Das Amt für Stadtentwicklung, Sachgebiet Betrieb/Unterhaltung, ist zuständig für die Unterhaltung einschließlich der Energieversorgung der städtischen Gebäude. Dabei

finden sowohl die Aspekte der Ökologie als auch der Wirtschaftlichkeit Beachtung. Städtische Wohnhäuser sind fast alle mit isolierverglasten Fenstern, Zentralheizungen, zentrale Brauchwasserheizung (einzelne elektrische Boiler entfallen) ausgerüstet. Gebäude mit Elektroheizungen sollen umgerüstet werden. Handlungsbedarf besteht noch im Bereich Wärmeschutz der Gebäude. *glücklicherweise!*

Neues Rathaus: Einzelboiler!

5.12. Handlungsfeld Wasser und Abwasser

Die Stadtwerke Taunusstein fördern für die öffentliche Trinkwasserversorgung jährlich ca. 1 Mio. cbm Grundwasser aus eigenen Gewinnungsanlagen und beziehen ca. 500.000 cbm vom Wasserbeschaffungsverband. Es werden insgesamt 20 Tiefbrunnen, 8 Quellen, 12 Aufbereitungsanlagen und 14 Hochbehälter betrieben. Dabei vorkommende Wasserverluste konnten durch Rohrnetzüberwachung deutlich reduziert werden.

Beim Trinkwasserverbrauch im Stadtgebiet ist nach Aussage der Stadtwerke eine positive Tendenz im Verbrauchsverhalten zu erkennen. Trotz steigender Einwohnerzahlen stagniert der Trinkwasserverbrauch.

Aktuelle kartographische Darstellungen bezüglich des Nitratrückhaltevermögens von Böden, der Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers sowie eine Karte der Hintergrundgehalte umweltrelevanter Schwermetalle in Gesteinen und im oberflächennahen Untergrund liegen vor.

Der Bau von Regenwassernutzungsanlagen (RWNA) wird seit 1991 (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.04.1991, zuletzt geändert am 20.11.1997) von der Stadt gefördert.

Der Zuschuss für Regenwasseranlagen zur Grünflächenbewässerung beträgt max. 1.800,- DM, für die Einspeisung in Toilettenanlagen max. 3.000,- DM. 10 m²/m³ für Bewässerung und 20 m²/m³ für die Regenwassernutzung im Haus wird von gebührenpflichtiger, versiegelter Fläche abgezogen.

In neuen Bebauungsplänen wird die Installation einer Zisterne (mind. 3 m³) vorgeschrieben. Dies hat zu einer steigenden Zahl von RWNA in den Neubaugebieten geführt. Bei vorhandenen Zisternen reduzieren sich die Abwassergebühren.

Im Bauhof der Stadt ist eine Regenwasserzisterne mit 50m³ Fassungsvermögen installiert.

Eine städtische Richtlinie dient der Förderung von Maßnahmen zur Verringerung von Grundwasserentnahmen und zur Sicherung und Verbesserung der Grundwasservorkommen. Gegenstand der Förderung ist der Einbau von Wohnungswasserzählern in Mehrfamilienhäusern sowie Toilettenspülkästen 6 ltr. Mit Spül-Stopp-Taste mit max. 600,-DM pro Wohnungseinheit.

Abwasserreinigung: der Abwasserverband Obere Aar betreibt das Sammlernetz zur Ableitung des Abwassers aus den Ortslagen in die mechanisch-biologische Kläranlage in Bleidenstadt. Das Sammlernetz ist ca. 40 km lang und wurde in den letzten 10 Jahren aufwändig saniert, so dass kein Abwasser in den Untergrund exfiltrieren und Grundwasser in die Sammler infiltrieren kann. Seit 1984 wird das Kanalsystem auf Leckagen kameraüberwacht.

Der Schmutzwasserzulauf beträgt ca. 2,8 Mio m³ pro Jahr, d.h. etwa das doppelte des Trinkwasserverbrauchs. Es besteht zusätzlicher Finanzbedarf zur Kanalsanierung. Der Fremdwasseranteil von ca. 100% muss reduziert werden.

Neben der Kläranlage gibt es 26 Regenentlastungsanlagen und 17 Regenüberlaufbecken. Die Kläranlage erfüllt alle Auflagen, die an das Einleiten von gereinigtem Abwasser in Gewässer gestellt werden und unterschreitet die gesetzlichen Überwachungswerte. Sie verfügt über ein leistungsfähiges Prozessleitsystem. Jährlich werden ca. 2.200 t. Klärschlamm kompostiert und im Landschaftsbau verwendet.

Ein Indirekteinleiter - Kataster liegt vor.

5.13. Handlungsfeld Abfall

Abfallpolitik liegt in der Zuständigkeit des Landkreises. Innerhalb städtischer Einrichtungen einschließlich der Friedhöfe wird Getrenntsammlung durchgeführt. Für Veranstaltungen steht ein Geschirrmobil zum Ausleihen von Geschirr zur Verfügung. Die städtischen Einrichtungen sind mit Mehrweggeschirr ausgestattet.

Im Stadtgebiet sind zunehmend illegale Abfallablagerungen zu beobachten. Sie werden eingesammelt und ordnungsgemäß entsorgt.

Aufgrund des Stadtverordnetenbeschlusses vom 21.08.1990 verzichtet die Stadt auf den Einsatz von PVC, ausgenommen Brunnenfilterrohre, Schutzrohre für Hausanschlussleitungen, Elektrokabel und Abwasserleitungen.

Ein Verbot der Verwendung nicht kompostierbarer Materialien im Bestattungswesen ist geplant, entsprechende Angebote in Blumenhäusern und Gärtnereien sind jedoch noch nicht vorhanden.

Im Beschaffungswesen bemüht sich die Stadt zur Zeit in Verhandlungen mit Lieferanten um preisgünstigen Ersatz von Markenartikeln und um Verpackungsvermeidung.

Eine Altlasten-Verdachtsflächendatei liegt vor.

6. Das Handlungsprogramm

Das vorliegende Handlungsprogramm enthält das Leitbild, die Ziele und die Maßnahmen/Projekte, die im Taunussteiner Agenda-Prozess erarbeitet worden sind. In dieser Reihenfolge nimmt auch der Konkretisierungsgrad zu. Die Ziele, Maßnahmen und Projekte der Agenda 21 sind nach insgesamt 13 Handlungsfeldern geordnet.

- **Leitbilder** sind übergeordnete, sehr allgemein formulierte Zielvorstellungen, die einen Identifikationswert für die Bürgerinnen und Bürger und für Politik und Verwaltung haben. Ein Leitbild soll kurz und prägnant eine wünschenswerte Situation beschreiben und dabei visionär, aber nicht realitätsfern sein.
- **Ziele** werden aus dem Leitbild abgeleitet. Sie beschreiben konkreter und detaillierter die im Leitbild formulierten Vorstellungen.
- **Maßnahmen und Projekte** dienen dazu, die angestrebten Ziele in die Praxis umzusetzen und die dafür nötigen Arbeitsschritte zu beschreiben.
- Die **Handlungsfelder**, nach denen Ziele und Maßnahmen geordnet sind, dienen lediglich einer logischen und nach Möglichkeit übersichtlichen Sortierung.

Das Kapitel gliedert sich in zwei Teile. In Teil 6.1. stehen die beschlussrelevanten Teile für die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung, nämlich Leitbild, Ziele, Schlüsselprojekte und Aussagen zur Weiterführung des Agenda - Prozesses.

Teil 6.2. enthält weitere, von den Akteuren vorgeschlagene Maßnahmen und Projekte, die in der ersten Phase bis zur Verabschiedung des vorliegenden Dokuments noch nicht als prioritär eingestuft worden sind. Sie sind dort dokumentiert, um entweder in einer späteren Phase des Prozesses ebenfalls beschlossen und umgesetzt zu werden oder um zumindest als Ideen erhalten zu bleiben, die von den Politiker / innen und Bürger/innen der Stadt nach und nach aufgegriffen werden können.

6.1. Beschlussteil

6.1.1. Das Leitbild für Taunusstein

Wir, die Einwohner/innen Taunussteins, streben weiterhin **eine Stadt im Grünen** an - **lebensfreundlich, verantwortlich und zukunftsorientiert**. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Entwicklung der Wirtschaft, der sozialen Bedürfnisse aller Einwohner/innen und die Erhaltung der natürlichen Umgebung im Einklang miteinander stehen.

Wir haben dabei besonders die langfristigen Auswirkungen von Maßnahmen im Auge, um den nachfolgenden hier lebenden Generationen eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. Wir möchten, dass jetzt und in Zukunft alle Einwohner/innen gern in Taunusstein leben und sich möglichst viele von ihnen für dieses Ziel und die Stadt mitverantwortlich fühlen.

Lebensfreundlich, das heißt

- ein menschenfreundlicher Lebensraum für Männer und Frauen, Junge und Alte, Einheimische und Zugezogene, Familien und Einzelpersonen, Gesunde und Kranke, Arme und Reiche,

- ein freundschaftliches Miteinander verschiedener Kulturen,
- gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen,
- die Erhaltung oder Wiederherstellung der Grundversorgungsmöglichkeiten in den Stadtteilen,
- umweltverträgliche Verkehrssysteme und Verkehrsentlastung,
- Förderung von Kultur als Grundlage und Medium gesellschaftlicher Entwicklung,
- ein ästhetisches Stadtbild,
- Erhaltung von historischer Bausubstanz und Naturdenkmalen,
- soziale Kontaktmöglichkeiten,
- die Pflege von Kommunikationskultur und bürgerschaftlichen Engagements,
- eine gemeinsame Taunussteiner Identität bei Wahrung der Verschiedenheiten.

Unter verantwortlich verstehen wir

- die gleichzeitige Beachtung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekte bei allen neuen städtischen Vorhaben,
- Förderung und Unterstützung Ressourcen-schonenden Verhaltens durch nachhaltige Energieerzeugung und -verwendung, Flächen schonendes Bauen, Wasser- und Gewässerschutz, Luft- und Bodenschutz,
- eine Vorbildfunktion der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger und in der Region,
- soziale Verantwortung gegenüber hilfsbedürftigen Personen und Gruppen und Zuschussvergabe nach Bedürftigkeit,
- die Beachtung globaler Verantwortung bei lokalen Aktivitäten.

Zukunftsorientiert bedeutet für uns

- Gestaltungs- und Entwicklungsspielräume für spätere Generationen zu erhalten,
- alle neuen städtischen Vorhaben unter dem Aspekt der Generationen-Gerechtigkeit zu prüfen,
- Langfristige Stadtentwicklungsplanung und zurückhaltende Siedlungserweiterung,
- Umwelt- und Naturschutz für und mit den Menschen,
- naturverträgliche Land- und Forstwirtschaft unter Wahrung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Betriebe,
- Förderung und Ansiedlung von umweltfreundlichen und zukunftssicheren Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben in einem gesunden Branchenmix zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Taunusstein stellt fest, dass das gesamte Leitbild unter Berücksichtigung der jeweiligen Realisierungsmöglichkeiten zu betrachten ist und hierbei ein Abgleich mit anderen Werten erfolgen kann oder muss.

6.1.2. Die Agenda-Ziele, gegliedert nach Handlungsfeldern

Die Ziele konkretisieren das Leitbild und sollen wie dieses der langfristigen Orientierung für Politik, Verwaltung und bürgerschaftliches Engagement dienen. Aus den Zielen werden Maßnahmen und Projekte abgeleitet.

Handlungsfeld Bildung und Kultur

- Ziel: Kulturförderung ausbauen
- Ziel: Kultureller Austausch
- Ziel: Einbeziehung neuer Medien
- Ziel: Bewusstseinsbildung für eine zukunftsfähige und umweltgerechte Entwicklung vorantreiben

Handlungsfeld Kinder, Jugendliche, Schule

- Ziel: Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche verbessern.
- Ziel: Umweltbildung, -bewusstsein in der Schule fördern
- Ziel: Einbeziehung von Jugendlichen in alle zukünftigen Aktivitäten

Handlungsfeld Gesundheit

- Ziel: gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen erhalten bzw. schaffen
- Ziel: Gesundheitsvorsorge
- Ziel: Suchtprävention
- Ziel: Erleichterung der Situation pflegender Personen

Handlungsfeld Soziales

- Ziel: Soziale Verantwortung stärken
- Ziel: Armut in Taunusstein bekämpfen
- Ziel: Schaffung eines Behindertenbeirats
- Ziel: Integration behinderter Kinder
- Ziel: Integration psychisch Behinderter
- Ziel: Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf erleichtern
- Ziel: Verbesserter (Teilzeit-) Arbeitsmarkt besonders für Frauen
- Ziel: Seniorenarbeit ausbauen
- Ziel: Umgang mit Gewalt und Gewaltprävention

Handlungsfeld Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

- Ziel: Soziale Kontakte intensivieren
- Ziel: Bürgerbeteiligung verbessern
- Ziel: Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda 21
- Ziel: Neugestaltung der Taunussteiner Stadtnachrichten
- Ziel: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Ziel: Stärkung benachteiligter Gruppen zur Wahrung ihrer Interessen

Handlungsfeld Eine Welt

- Ziel: Stärkung der globalen Verantwortung
- Ziel: Förderung des Friedensgedankens
- Ziel: Den Austausch mit den Partnerstädten und anderen Kulturen fördern
- Ziel: Ausländerkontakte ausbauen
- Ziel: Eine-Welt-Initiativen fördern
- Ziel: Integration ausländischer Mitbürger, insbesondere Frauen

Handlungsfeld Bauen, Wohnen, Siedlung

- Ziel: Bessere Integration der Stadtteile
- Ziel: Schaffung der nötigen Infrastruktur vor der Ausweisung neuer Baugebiete
- Ziel: Flächenrecycling vor Neuausweisung von Baugebieten
- Ziel: Zentrale Funktionen in Bleidenstadt, Hahn, Wehen und Neuhof entwickeln
- Ziel: In den Stadtteilen Seitzenhahn, Watzhahn, Wingsbach, Orlen, Hambach und Niederlibbach Eigenentwicklung zulassen
- Ziel: Angepasste Bauweise: maximal viergeschossiges Bauen, auf dörfliche Strukturen Rücksicht nehmen
- Ziel: Wohnen und Arbeiten räumlich zusammenführen
- Ziel: Ökologische und soziale Ziele im Siedlungsbereich integrieren
- Ziel: Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit LKW-Zulieferung über die Autobahn im Osten ansiedeln

Handlungsfeld Verkehr

- Ziel: Verminderung des motorisierten Individualverkehrs und der Auto-Pendlerströme
- Ziel: Verminderung des Gütertransports
- Ziel: Gleichberechtigte Planung für alle Arten Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, motorisierte Verkehrsteilnehmer)
- Ziel: Attraktive und sichere Fuß- und Radweg-Verbindungen schaffen/ausbauen
- Ziel: Verkehrsentslastung der zentralen Stadtteile Bleidenstadt, Hahn, Wehen
- Ziel: Verkehrsführung mit geplanten Wohn- + Gewerbegebieten optimal abstimmen
- Ziel: Verkehr so lenken, dass alle Bürger vor seinen negativen Auswirkungen optimal geschützt sind
- Ziel: Rücksicht auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer
- Ziel: Notwendigen Verkehr so schonend wie möglich abwickeln
- Ziel: Verkehrsverstöße, die die Bürger zusätzlich belasten, ahnden
- Ziel: Verkehr im Fluss halten
- Ziel: Optimierung des ÖPNV (Taktzeiten, Anbindungen, Haltestellen)
- Ziel: Aartalbahn so ausbauen, dass keine verkehrlichen Nachteile entstehen (Staus)

Handlungsfeld Arbeit, Wirtschaft, Handel

- Ziel: Ausgewogenes Verhältnis zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung herstellen
- Ziel: Sauberes Gewerbe ansiedeln
- Ziel: Gesunden Branchenmix von kleinen und mittelständischen Unternehmen erhalten
- Ziel: Umgehungen sollen die Ortskerne entlasten, aber nicht lahm legen (Gewerbe!).
- Ziel: bäuerliche Betriebe erhalten
- Ziel: Eine Dienstleistungs-/Tauschbörse organisieren

Handlungsfeld Natur und Landschaft

- Ziel: Gute und aktuelle Landschaftsplanung erarbeiten
- Ziel: Multifunktionale Bewirtschaftung des Taunussteiner Waldes aufrecht erhalten
- Ziel: Die Auen der Aar und ihrer Nebengewässer vollständig erhalten
- Ziel: Nach Struktur und Wasserqualität naturnahe Gewässer erhalten/schaffen
- Ziel: Einbindung der Siedlungen in die Landschaft

- Ziel: Erhalt großzügiger Freiflächen zwischen den bebauten Flächen
- Ziel: Landschaftsstrukturen (Hecken, Tümpel, Gärten) in Planungen einbinden
- Ziel: Bestehende Beeinträchtigungen in der Landschaft beseitigen
- Ziel: Eingriffe in den Naturhaushalt vollständig und im räumlichen Zusammenhang ausgleichen
- Ziel: Taunusstein entsprechend seinem Motto "liebenswerte Stadt im Grünen" für Bürger attraktiver machen
- Ziel: Boden vor Vernichtung oder Belastung schützen
- Ziel: Artenschutz fördern

Handlungsfeld Energie und Klimaschutz

- Ziel: Reduzierung des Energieverbrauchs
- Ziel: Effiziente Energieerzeugung und effizienter Einsatz
- Ziel: Nutzung regenerativer Energien
- Ziel: Energiekonzept
- Ziel: Klimaschutz durch Ressourcenschonung

Handlungsfeld Wasser und Abwasser

- Ziel: Trinkwasser sparen:
- Ziel: Grundwassersicherung
- Ziel: Gewässerqualität sichern

Handlungsfeld Abfall

- Ziel: Müll vermeiden, Müllaufkommen verringern.

6.1.3. Schlüsselprojekte

Die in den Agenda-Arbeitsgruppen aktiven Bürgerinnen und Bürger haben eine große Zahl von Maßnahmen und Projekten entwickelt, die sie für eine zukunftsfähige Entwicklung in Taunusstein für wichtig betrachten. Als Adressatin für die Umsetzung der Projekte ist dabei nicht nur die Stadt angesprochen. Hier sind auch andere Behörden, Institutionen und Verbände, Gewerbetreibende und die Bürgerinnen und Bürger Taunussteins insgesamt gefragt. Auch die in den Arbeits- und Themengruppen aktiven Bürger/innen wollen sich bei der weiteren Verfolgung der in der Agenda 21 niedergelegten Vorschläge engagieren.

Es gibt dabei einige Projekte mit hoher Priorität, die die Agenda - Akteure besonders herausgestellt haben. Diese Projekte sind neben dem Leitbild und den Agenda - Zielen direkt Gegenstand des Agenda-Beschlusses - die Stadt und die unterzeichnenden Verbände, Institutionen und Bürger/innen verpflichten sich damit, die Umsetzung dieser Schlüsselprojekte aktiv in Angriff zu nehmen.

Folgende Maßnahmen wurden als Schlüsselprojekte ausgewählt und sind näher beschrieben:

- Festsetzung eines Kulturanteiles von 1,5 bis 2 % des Haushaltsvolumens im Haushalt
- Bildung eines Fachausschusses für Kunst und Kultur
- Bildung eines unabhängigen, ehrenamtlichen Behindertenbeirats
- Einrichtung eines Notrufes und Notunterkunft für Frauen und Mädchen
- Umgang mit Gewalt und Gewaltprävention, z.B. anhand des Wetzlarer Modells
- Errichtung eines 'Agenda21 - Barometers'
- Kriterien für die weitere nachhaltige Siedlungsentwicklung
- Agenda - Kriterien für die Entwicklung des Baugebietes Röderfeld
- Agenda - Kriterien für die Verkehrsentwicklung
- Schutz und Weiterentwicklung der Aartalaue (Landschaftspark)
- Einführung eines Energiepasses und Weiterentwicklung zum Wärmekataster des Gebäudebestands
- Ergänzung der städtischen Förderrichtlinie
- Überprüfung der städtischen Lieferverträge (Strom, Gas)

So weit auf ein Projektblatt verwiesen wird, ist es in Kapitel 6.1.4. aufgenommen.

Handlungsfeld Bildung und Kultur:

Die Themengruppe "Kultur" betont die Bedeutung der Kultur für eine nachhaltige Entwicklung und schreibt:

"Die UNESCO kommt in ihrer Auswertung der Weltdekade der Kultur zu der Feststellung, dass Kultur als Ausgangspunkt für Entwicklung zu sehen ist und weist ihrer gesellschaftlichen Funktion einen zentralen Ort zu. Das bedeutet für die Kultur ganz klar eine höhere Gewichtung.

Die aufklärende und sensibilisierende Wirkung von Kunst und Kultur ist unverzichtbar, damit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Interessen in Frieden miteinander leben können.

Wenn wir also die Notwendigkeit von Kunst einsehen, ist der Schritt nicht groß, ihre Kontinuität zu sichern. Zur Förderung von Kunst und Kultur schlägt die TG Kultur deshalb die Festsetzung eines Kulturanteiles von 1,5 bis 2% des Haushaltsvolumens im Haushalt und die Einsetzung eines Fachausschusses für Kunst und Kultur (Arbeitsblatt Projekte Bildung und Kultur 1) vor.

Handlungsfeld Soziales:

Die seit 1994 in das Grundgesetz aufgenommene Forderung: *Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden* soll auch in Taunusstein Gültigkeit erlangen. Als wichtigstes Instrument dazu wird die Einrichtung eines unabhängigen und ehrenamtlich tätigen Behindertenbeirates angesehen.

Er soll:

- ein Diskussionsforum für die Taunussteiner Behinderten bilden
- Ansprechpartner für die Bevölkerung sein
- als Sprachrohr dienen, um auf die Belange Behinderter aufmerksam zu machen
- den politischen Gremien durch seine Stellungnahmen helfen, behindertengerechte Entscheidungen zu treffen
- durch ein Initiativrecht zukünftige städtische Planungen richtungsweisend beeinflussen
- darauf hinweisen, dass die Rücksichtnahme auf Behindertenbelange nicht die Durchsetzung von Partikular-Interessen bedeutet, sondern letztendlich der gesamten Bevölkerung zugute kommt.

Der Behindertenbeirat kann sich vor allem mit folgenden Themenbereichen befassen:

- Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen (Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen)
- Integrative Freizeitangebote für behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Barrierefreie Gestaltung öffentlich zugänglicher Gebäude
- Barrierefreie Arztpraxen sowie öffentliche Räume, Anlagen und andere allgemein zugängliche Flächen, Freizeitstätten und Sportanlagen
- Barrierefreie Verkehrsräume
- Behindertengerechter öffentlicher Personennahverkehr
- Integration Behinderter in das Arbeitsleben
- Schaffung barrierefreien Wohnraums
- Anregung und Förderung von Selbsthilfe-Initiativen
- Information der Öffentlichkeit über Belange der Behinderten
- Informationsaustausch und Kooperation mit anderen Behindertenbeiräten
- Stadtführer für Behinderte

Der Behindertenbeirat sollte aus Personen gebildet werden, die alle wesentlichen Behinderungsarten repräsentieren, insbesondere auch die nicht sichtbaren Behinderungen. Dabei ist u.a. zu denken an Sehbehinderte / Blinde, Hör- und Sprachbehinderte, Personen mit eingeschränkter Bewegungsfähigkeit / Rollstuhlfahrer, Personen mit chronischen internistischen Erkrankungen bzw. Behinderungen (z.B. Krebs, Herzerkrankungen, Allergien), chronisch psychisch Kranke bzw. Behinderte, geistig Behinderte bzw. deren gesetzliche Vertreter sowie Eltern behinderter Kinder. Es sollte möglichst auf eine ausgewogene Verteilung der Geschlechter geachtet

werden sowie auf die Einbeziehung ausländischer Mitbürger/innen. Bei manchen Behinderungen ist auch die Unterstützung durch Assistenz-Personen nötig.

Der Behindertenbeirat sollte aus einer Delegierten - Versammlung heraus gewählt werden, in die alle mit den Belangen von Behinderten befassten Taunussteiner Institutionen, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen Vertreter/innen entsenden können. Außerdem sollte auch nicht organisierten Behinderten die Teilnahme ermöglicht werden. Der Beirat kann durch nicht stimmberechtigte, sachkundige Personen ergänzt werden. Zur organisatorischen Unterstützung ist es erforderlich – ähnlich wie beim Seniorenbeirat – eine Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung einzurichten.

Die Themengruppe Frauen favorisiert folgende Projekte als Schlüsselprojekte: Notruf und Notunterkunft für Frauen und Mädchen rund um die Uhr (Arbeitsblatt Projekte Soziales 1) und Umgang mit Gewalt und Gewaltprävention (Arbeitsblatt Projekte Soziales 2), hier speziell das Wetzlarer Modell.

Handlungsfeld Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation:

Agenda 21-Barometer (Arbeitsblatt Projekte Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 1) für die Stadt Taunusstein als Kunstobjekt auf zentralem Platz erstellen, umso für alle die Fortschritte des Prozesses der lokalen Agenda 21 sichtbar zu machen.

Handlungsfeld Bauen, Wohnen, Siedlung:

Für dieses Handlungsfeld wurden zwei Schlüsselprojekte vorgelegt. Das erste (Arbeitsblatt Projekte Bauen, Wohnen, Siedlung 1) stellt Kriterien auf, nach denen die weitere Siedlungsentwicklung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu überdenken ist. Im zweiten (Arbeitsblatt Projekte Bauen, Wohnen, Siedlung 2) wird speziell die Untersuchung des Baugebietes Röderfeld nach Agenda - Kriterien angesprochen.

Handlungsfeld Verkehr:

In einer abschließenden Stellungnahme zur Abfassung des Agenda - Dokuments schreiben die Themengruppen "Wirtschaftliche Entwicklung" und "Verkehr":

Auf Grund der geographischen Lage Taunussteins und der Siedlungsentwicklung seiner zehn Stadtteile ohne dominanten Stadtmittelpunkt ist für die Schaffung und Erhaltung von Lebensqualität durch Kommunikation, die Wahrnehmung von wirtschaftlichen, sozialen und privaten Interessen in Taunusstein ein überdurchschnittliches Maß an Mobilität erforderlich. Die Aarstraße als Einzige die zentralen Ortsteile Bleidenstadt, Hahn und Wehen verbindende Verkehrsachse, die zugleich dem überörtlichen Verkehr als Durchgangsstraße dient, ist mit der Aufnahme der vorhandenen und prognostizierten Verkehrsmengen (etwa 22.000 Kfz/Tag im Jahre 2010) überfordert. Die damit einhergehenden Lärm- und Luftschadstoff-Belastungen werden die Bewohner weiterhin belasten, ihre Auswirkungen sind bisher noch nicht untersucht. Die Aarstraße zerschneidet nicht nur die Ortsteile optisch, auch die Integration von Wohnen, Einkaufen und die gefahrlose Erreichbarkeit z.B. sozialer Einrichtungen für junge und alte Menschen ist erschwert oder gefährdet. Der ständige Lärm führt bei den Anwohnern zu physischen und psychischen Belastungen. Zunehmende Staus

und die Nutzung von Wohnstraßen als "Schleichwege" bedingen eine Ausweitung und Verlagerung der Probleme sowie zunehmenden Energieverbrauch.

Von einer umwelt- und familienfreundlichen Stadt kann zumindest im Umfeld der Aarstraße in Taunusstein keine Rede mehr sein. Die historischen Ortskerne von Bleidenstadt, Hahn und Wehen werden durch verkehrliche Erschütterungen, durch Spritzwasser und durch Umnutzung zerstört. Die Erreichbarkeit, Gestaltung und Nutzung eines der wichtigsten Gebiete für eine Naherholung (das Aartal als "Bürgerpark") ist durch die zerschneidende Wirkung der Aarstraße kaum möglich.

Deshalb ist es unumgänglich, dass im Agenda-Prozess Taunussteins wichtige Entscheidungen über die "Zukünftige Verkehrsführung in Taunusstein" getroffen werden müssen. Der Entwurf des Generalverkehrsplans für Taunusstein (Büro Dorsch-Consult, 1999) zeigt die vorgenannten Verkehrsbelastungen und entsprechende Lösungen auf.

Ziel muss es unter Zugrundelegen der Agenda 21 Kriterien sein, eine soziale, ökologische und ökonomische Verkehrsführung zu erreichen, die einerseits die Vorzüge einer lebenswerten Stadt im Grünen aufrecht erhält und andererseits die Lebens- und Standortbedingungen für jetzige und zukünftige Generationen durch moderne Stadt- und Verkehrsentwicklung schafft (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 1).

Dabei wird es zunehmend auf ein aktives Stadtmarketing ankommen, das der Stadt ein positives Profil im Sinne einer "corporate identity" verleiht. Mit dem Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist die Vorstellung nicht vereinbar, die zentrale Verkehrsführung auf der Aarstraße zu belassen. Eine solche Entscheidung würde für mehr als 10% der Taunussteiner Bürger bedeuten, dass für sie die Agenda - Kriterien nicht gelten sollen. Für die Aarstraße und die wichtigsten Nebenstraßen im Bereich der historischen Ortskerne ist deshalb eine baldige Entlastung unabdingbar. Sie kann durch Trennung des Binnen- vom überörtlichen Verkehr bewirkt werden und erfordert den Bau von Umgehungsstraßen, wobei die von Dorsch-Consult überzeugend begründete nördliche Umfahrung Taunussteins den größten nachhaltigen Nutzen im Sinne der Agenda - Kriterien verspricht. Die Realisierung hat selbstverständlich modernste Erkenntnisse der Straßenbautechnik und des Umweltschutzes zu berücksichtigen und kann abschnittsweise erfolgen.

Mit der Umsetzung der vorgenannten Überlegungen könnte eine Stadtentwicklung mit nachfolgenden wesentlichen Agenda-Zielen eingeleitet werden.

- Etwa 2500 bis 3000 Taunussteiner werden von Lärm und Abgasen entlastet.
- Für die Sicherheit älterer und jüngerer Menschen würde ein Beitrag geschaffen.
- Für die zukünftige Stadtentwicklung erfolgen richtungsweisende Beiträge.
- Durch Stauvermeidung wird zur Ressourcen- und Klimaschonung beigetragen.
- Die Standortbedingungen und zukünftige Planungen für gewerbliche Betriebe in Taunusstein würden verbessert.
- Die Einkaufsmöglichkeiten entlang der Aarstraße würden besser angenommen und damit für die Bewohner und Gewerbetreibenden attraktiver. *Handwritten: sind die Hauptursache f. Autoverkehr!*
- Die Wohnqualität an der Aarstraße würde entschieden verbessert.
- Die Bestandssicherung, die Zugänglichkeit und eine bürgerfreundliche Nutzbarkeit des Aartales für Taunussteins Bewohner könnten langfristig besser gesichert und genutzt werden als durch verkehrliche Teilmaßnahmen.

- Zur Lärm und Abgasvermeidung könnten bei der Realisierung einer Umgehung modernste straßenbautechnische Erkenntnisse eingesetzt werden.
- Die alten Ortsbilder könnten erhalten und nach kulturellen, sozialen und siedlungsangepassten Kriterien entwickelt und verschönert werden.

Entscheidend ist, dass bald gehandelt wird und die notwendigen Beschlüsse für eine Realisierung gefasst werden.

Handlungsfeld Natur und Landschaft:

Das Arbeitsblatt Projekte Natur und Landschaft 1 behandelt den Schutz und die landschaftsverträgliche Weiterentwicklung der Talaue der Aar und ihrer Nebentäler im Sinne einer gemeinsamen Entwicklung von Naturschutz und Naherholung.

Handlungsfeld Energie und Klimaschutz

Die folgenden Schlüsselprojekte sollen direkt in Angriff genommen werden:

Einen Energiepass einzuführen mit dem Ziel der Ermittlung des Energiebedarfs und der Minimierung von Energieverlusten bei Gebäuden (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz 1) mit der Option auf die Weiterentwicklung zu einem Wärmekataster des gesamten Gebäudebestands.

Die Ergänzung der städtischen Förderrichtlinie (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz 2).

Die Überprüfung der städtischen Lieferverträge für Strom und Gas (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz).

6.1.4. Arbeitsblätter zu den Schlüsselprojekten

Arbeitsblatt Projekte: Bildung und Kultur 1

1. Projektbezeichnung	Bildung eines Fachausschusses für Kunst und Kultur
2. Projektziel	Beratung und Unterstützung der Stadt in Bezug auf bildende Kunst und Kunst im öffentlichen Raum (z.B. Stadtteilgestaltung, Gestaltung öffentlicher Plätze, Grünflächen, Stadtentwicklung). Koordination und Förderung kultureller Veranstaltungen.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erweiterung des "Horizontes", Sensibilisierung für eine Entwicklung, höhere Lebensqualität und größere Resonanz in der Bevölkerung.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Bildung eines Gremiums mit Mitsprache- und Vorschlagsrecht, bestehend aus Fachleuten (aus der TG Kultur und/oder von ihnen vorgeschlagene Personen) und Vertretern der Stadt.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Unterschiedliche Fachbesetzung, je nach dem zu beratenden Fachhema, wie z.B. Stadtteilgestaltung, öffentliche Plätze etc. Alle Richtungen im Bereich Kulturarbeit müssen vertreten sein.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	Nach Akzeptanz durch die Stadt: Gründung des Ausschusses in Zusammenarbeit mit der TG Kultur.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 1

1. Projektbezeichnung	Notruf und Notunterkunft für Frauen und Mädchen rund um die Uhr
2. Projektziel	Beratung und Unterbringung von Frauen und Mädchen in Notsituationen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Menschenwürdiges Leben, Hilfe bei Bedrohung, Schaffung von gewaltfreien Lebensmöglichkeiten
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Notwendig ist ein Notruf rund um die Uhr , sowie die unverzügliche Unterbringung in Notsituationen, fachliche Beratung in geschützter Umgebung und Sicherstellen von gewaltfreien Lebensbedingungen. Familiäre Gewalt muss im öffentlichen Interesse verfolgt werden. Auflagen für Gewalt ausübende Männer sind erforderlich.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Fachkräfte müssen Beratung übernehmen. Die Stadt Taunusstein muss in Verbindung mit dem Rheingau-Taunus-Kreis, unterstützt durch das Land Hessen in Zusammenarbeit mit der Polizei ein Konzept erarbeiten.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Zusammenarbeit der Frauenbeauftragten mit dem Frauenhaus Bad Schwalbach, Teilnahme am Runden Tisch "Gewalt" für Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis. Mehr Verständnis wurde erreicht, familiäre Gewalt ins öffentliche Interesse zu bringen.
7. Finanzierung	Stadt, Kreis, Land
8. Weitere Arbeitsschritte	Kontaktaufnahme mit Kreis und Land Ausloten von Realisierungsmöglichkeiten, Ansiedlung Frauenhaus (?) oder eventuell andere Beratungsstelle
9. Berücksichtigung von...	spezifischen Lebenslagen der Frauen und Mädchen durch entsprechende Beratung und Unterbringung
9.1. sozialer Nutzen	Soziale Lebensbedingungen werden gefördert
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Vermeidung von Folgekosten
9.4. Generationengerechtigkeit	Annäherung durch Projekt, indem Lebensbedingungen für die nachfolgende Generation von Mädchen bzw. Kindern verbessert werden
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Wird teilweise realisiert durch Projekt
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Angebot gilt für alle Nationalitäten und ist umfassend
9.7. Globale Auswirkungen	Außenwirkung von Maßnahmen der Kommunen auf die nächsten Ebenen mit entsprechender positiver Wirkung

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 2

1. Projektbezeichnung	Umgang mit Gewalt und Gewaltprävention
2. Projektziel	Verminderung bzw. Vermeidung von Gewalt, Einübung von gewaltfreien Handlungsalternativen, Stärkung des Präventionsrates.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Gewaltfreies Zusammenleben der verschiedenen Generationen
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Einführung des 'Wetzlarer Modells' zur Gewaltprävention (ANLAGE), Stärkung des Präventionsrates durch Einbeziehung aller relevanten Personengruppen und durch stärkere Information der Öffentlichkeit
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Frauenbeauftragte, Schulen, Kirchen, Polizei, Ordnungsbehörde und Elternhaus
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Von der Frauenbeauftragten werden seit 1991 Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse regelmäßig für Frauen und Mädchen angeboten; im Mütter- und Frauenzentrum gibt es Angebote für Jungen; Briefaktion "Gewalt an Menschen" und Diskussion mit Jugendlichen, Frauenbeauftragte in Zusammenarbeit mit einer engagierten Frau und ev. Kirchengemeinde Bleidenstadt (3/94), Internationaler Frauentag 1999 "Gewalt in der Familie"
7. Finanzierung	Stadt (ggf. Zuschüsse Kreis, Land ?)
8. Weitere Arbeitsschritte	Stärkung des Präventionsrates, Umsetzung des Programms "Klasse 2000" (Projekt Gesundheit 1), Einrichtung Notruf und Notunterkunft für Frauen und Mädchen rund um die Uhr (Projekt Soziales 1).
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Eindämmung von Gewalt, aggressions- und angstfreier Umgang miteinander
9.2. ökologischer Nutzen	Als Folge auch friedlicher Umgang mit Natur und Umwelt
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Langfristige Einsparung von Kosten, die durch Gewalt an Personen und Sachen entstehen.
9.4. Generationengerechtigkeit	Von Gewaltfreiheit profitieren alle Generationen
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	beide Geschlechter
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	...alle Kulturen
9.7. Globale Auswirkungen	Abkehr von Gewalt - friedlichere Welt

Arbeitsblatt Projekte: Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 1

1. Projektbezeichnung	Agenda 21-Barometer für die Stadt Taunusstein erstellen.
2. Projektziel	Bildliche Darstellung des Erfolges des Agenda 21 Prozesses
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Bausteine nachhaltiger Entwicklung ins Bewusstsein der Bürger rufen und so weitere Menschen zur Nachahmung anregen.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Festlegen, welche Daten dem Barometer zu Grunde liegen sollen. Gestaltung eines Kunstobjektes an einem zentralen Platz (z.B. Hahner Dreieck) durch z.B. Taunussteiner Künstler oder Schulklassen, das die Entwicklung bei ausgewählten Fortschritten dokumentiert.
1. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Für Auftragsvergabe und ausgewählte Statistiken die Stadtverwaltung. Schulen, Künstler, die durch eine Ausschreibung einen Auftrag erhalten.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Festlegen, welche Daten dem Barometer zu Grunde liegen sollen.
7. Finanzierung	Materialkosten durch Sponsoren; Arbeitskosten durch Sponsoren / Stadt.
8. Weitere Arbeitsschritte	Laufende Aktualisierung durch die Stadtverwaltung. Erfolgskontrolle: wird direkt sichtbar gemacht.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Nicht betroffen.
9.2. ökologischer Nutzen	Regt Umweltverbesserungen an.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Arbeitsbeschaffung durch Maßnahmen.
9.4. Generationengerechtigkeit	Positiv.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Nicht betroffen.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Regt künstlerische Tätigkeit über den eigentlichen Zweck hinaus an.
9.7. Globale Auswirkungen	Regt Umweltverbesserungen an.

Arbeitsblatt Projekte: Bauen, Wohnen, Siedlung 1

1. Projektbezeichnung	Voraussetzungen, Bedingungen und Ideen für eine ökologische, ökonomische Siedlungsentwicklung.
2. Projektziel	Überdenken der laufenden und in der Zukunft geplanten Siedlungen auf den Agenda - Gedanken hin
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erhaltung der Ressourcen unserer Stadt als "Stadt im Grünen". Energie- und Ressourcen schonende Bauweise bei der Planung und späteren Nutzung beachten.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Alle laufenden Planungen sind zu überarbeiten nach den Maßgaben der Agenda. - Die Flächen die als Siedlungsflächen vorgesehen sind, sollten nach folgenden Kriterien ausgesucht werden: - <u>Vorhandene Bausubstanz und das Flächenrecycling sind vorrangig vor neuer Siedlungsplanung zu nutzen.</u> - Verbindung von Arbeit und Wohnen (räumliche Nähe, Telearbeitsplätze vorbereiten) ist vor jeglicher anderen Planung zu bevorzugen. - Keine Siedlungsentwicklung ohne vorherige Anpassung der Infrastruktur, dieses beinhaltet: Straßen und Dienstleistungen wie Geschäfte, Ärzte, Kindergarten, Schule etc. - Freiflächen für zukünftig notwendige Straßen langfristig in die Planung mit einbeziehen. - Keine Siedlungsentwicklung; die den Zuzug in die Stadt vergrößert, da weiterer Zuzug allgemein nicht gewünscht wird: - Keine Siedlungsentwicklung ohne Nachweis des dringenden Bedarfs: - Aufkauf der sehr preisgünstigen Ackerflächen (bei Versteigerungen) durch die Stadt für Bodenbevorratung oder als Ausgleichsflächen für Natur erhaltende Maßnahmen oder Tauschland. - <u>Abgestimmte Planung für alle Arten von Verkehrsteilnehmern</u> (Fußgänger, Radfahrer, motorisierte Verkehrsteilnehmer, ÖPNV). - <u>Bebauung der Topographie anpassen.</u> - <u>Bebauung dem ursprünglichen Charakter der Umgebung anpassen</u> z. B. keine Reihenhäuser, keine Mietskasernen in dörfliche Strukturen setzen. - Eine höhere Bebauung als max. 4 Geschosse sollte vermieden werden. - Die im Rahmen der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung entstandenen Eingriffe in Natur- und Landschaft müssen vollständig ausgeglichen werden. - Ausgleichsmaßnahmen sollen im räumlichen Zusammenhang und zeitnah mit den Baumaßnahmen realisiert werden. - Die Einbindung von landschaftlichen Strukturen (Hecken, Tümpel, Gartenflächen) in die Planung sollte erfolgen. - Großzügige Freiflächen zwischen den bebauten Flächen. - Schaffung von kommunikativen Räumen. - Erhaltung von Frischluftschneisen in der Gesamtplanung berücksichtigen. - Anpassung der Grundstücksgröße an bisher vorhandene Strukturen

Fortsetzung: Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Flächen schonende Bebauung im Kern, großzügige Grundstücksgrößen in äußeren Bereichen, somit nur eine sinnvolle Verdichtung planen. - Generationsflexible Planung von Häusern. - Generationsübergreifende Schichtung der Bewohner von Siedlungen. - Regenwassernutzung und Zisternen als Pflicht für jedes Haus. - Doppeltes Kanalsystem - Aushub nutzen innerhalb des Baugebietes. - Vermeidung von Drainagen, - Niedrigenergiehäuser verpflichtend vorschreiben, - Passivhausbauweise wünschenswert.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerbeteiligung an den Bauleitplanungen umfassend und frühzeitig. - Inanspruchnahme der Fachkompetenzen von Universitäten und Fachhochschulen bei Planung und Entwicklung von Siedlungsgebieten. - Politische Gremien (Stadtbeiräte u.Ä.), - Verwaltung
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	<ul style="list-style-type: none"> - bisher keine erfolgt. - Bei einigen derzeit in Planung befindlichen Siedlungen wurde ein Teil der Forderungen bereits berücksichtigt. Eine weitere Überarbeitung wird empfohlen.
7. Finanzierung	- erfolgt im Rahmen der Planungsphase einer neuen Siedlung.
8. Weitere Arbeitsschritte	- Erstellung eines verbindlichen Kataloges zur Ausweisung eines Siedlungsgebietes und Erstellung eines Bebauungsplanes nach den Kriterien der Agenda unter Zuhilfenahme von innovativen Ideen (Architekturwettbewerbe, Examensarbeiten von Hochschulabgängern, Literatur).
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung von Lebensqualität, - Vorbeugen von Krankheiten seelischer, körperlicher Art, - Reduktion von Kriminalität und nachbarlichen Streitigkeiten, - Erhaltung von dörflichen Strukturen.
9.2. ökologischer Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Energie und Ressourcenschonung, - langfristige Rentabilität der Investitionen.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - langfristige, niedrige Unterhaltskosten, - Attraktivität der Stadt erhalten.
9.4. Generationengerechtigkeit	- Wohnen und Leben für alle Generationen attraktiv zu erhalten bzw. zu machen.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	- positiv
9.7. Globale Auswirkungen	- positiv

Arbeitsblatt Projekte: Bauen, Wohnen, Siedlung 2

1. Projektbezeichnung	Untersuchung der in Planung befindlichen, neu auszuweisenden Siedlungsgebiete auf die Forderungen der Agenda 21 hin; hier: Baugebiet Röderfeld, nördlichste Stadtgrenze, nur wenige hundert Meter von der Nachbargemeinde Hünstetten entfernt.
2. Projektziel	<ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung von Zersiedlung, - Vermeidung ökologischer und ökonomischer Verschwendung.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel	<ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung der Lebensqualität "Taunusstein die Stadt im Grünen", - Vermeidung von Verkehrsbelastungen (Lärm/Abgas/Unfälle), - Schonung der ökologischen und ökonomischen Ressourcen, - Begrenzung des Flächenverbrauches für Siedlungen, - Erhaltung von wertvollen landwirtschaftlichen Flächen, - Erhaltung der dörflichen Außenbereiche in Art und Struktur.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen werden erforderlich da der Ortsteil über keine Dienstleistungen vor Ort verfügt und die Infrastruktur (Straßen / Siedlungswasser / Strom) in der Planung <u>keine</u> Berücksichtigung fanden. - Keine Forcierung des Zuzuges durch unnötige Schaffung von Siedlungsgebiet im Außenbereich. - Wenn Zuzug unumgänglich, dann im Vorfeld Schaffung der notwendigen Infrastruktur und der Dienstleistungsangebote vor Ort. - Möglichkeiten nutzen die Baulücken im Kerngebiet zu schließen. - Schonung der guten landwirtschaftlichen Böden da die Möglichkeit besteht vor Ort minderwertige Böden in Südhanglage zu bebauen. - Die Bebauung der Topographie anpassen. - Eine gleichberechtigte Planung für alle Verkehrsteilnehmer zu erstellen. - Die Bebauung dem dörflichen Charakter anpassen. - Keine Reihenhausbauung. - Keinen Mietwohnungsbau, größere Höhe zum Rand ausklingen lassen. - Grundstücksgröße den bisherigen angrenzenden Grundstücken anpassen. - Die Dachformen der im alten Baugebiet vorhanden Vielfalt nutzen, um verordnete Uniformität zu vermeiden. - Vergabekriterien überdenken, Grundstücke mit Aufpreis am Rand verkaufen und mit dem Gewinn Familien im inneren Kernbereich (Hahn/Bleidenstadt/Wehen) unterstützen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> - Eine Stärkung der Bürgerbeteiligung. - Ist ein neues Baugebiet von diesem Ausmaß von den Bürgern des Ortsteiles überwiegend gewollt? - Ortsbeiräte dürfen nicht nur eine Alibifunktion haben (Abnickverein). - Mitbestimmung der Ortsbeiräte als Mittler wegen ihrer besonderen Orts und Lagekenntnisse, ein Vetorecht, das besonders die Themen beinhaltet, die die Lebensqualität vor Ort beeinträchtigen. - Beteiligung der Bürger bei den Vorschriften für die Baumaßnahmen. - Kein Diktat aus Darmstadt oder der Stadt Taunusstein
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	- keine

Fortsetzung folgende Seite

Fortsetzung Projekt Bauen, Wohnen, Siedlung 2

7. Finanzierung	<ul style="list-style-type: none"> - Kurzfristige Gewinne und Vorteile sind zu vermeiden und gegen langfristige Kosten und Nachteile der Gemeinde und der Bürger abzuwägen - Erhaltung von zumindest gleicher Lebensqualität verlangt entsprechenden finanziellen Einsatz, der hier in Form von Infrastruktur sowie Erholungs- und Ausgleichsflächen geleistet werden muss.
8. Weitere Arbeitsschritte	<ul style="list-style-type: none"> - Die genaue Untersuchung der bestehenden Planung auf die mögliche Umsetzung der Forderungen, die sich im Agenda - Prozess für das Themengebiet "Siedlungsentwicklung" ergeben haben. - Information der Öffentlichkeit. - Information der verantwortlichen Gremien. - Alternativen suchen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität, - Erhaltung der dörflichen Struktur in den Ortsteilen, - Bürger kennen sich/Vermeidung von Kriminalität, - Vermeidung von Gleichgültigkeit der Bürger durch Anonymität in den Ortsteilen, - Möglichkeiten für die alteingesessenen Bewohner, den Generationenvertrag zu erfüllen.
9.2. ökologischer Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung von guten landwirtschaftlichen Flächen. - Keine Flächenzersiedlung. - Verringerung des Ressourcenverbrauches durch die Reduktion von Wohnflächen in den Außenbereichen. - Vermeidung von zusätzlichen Verkehr (sehr weite Wege in den Kernbereich von Taunusstein mit seinen Dienstleistungsmöglichkeiten wie Post, Kindergarten, Schule, Ärzte und täglicher Einkauf)
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Langfristige Attraktivität der Stadt durch stadtdähnliche Stadtteile und dörflich strukturierte Stadtteile
9.4. Generationengerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - Flächenerhalt (landwirtschaftliche) für nachfolgende Generationen. - Die betroffenen Stadtteile werden von "alten Mitbürgern" bewohnt, die schon vor der Erschaffung der Stadt Taunusstein hier lebten, ihnen bleibt die soziale Einbindung und die Lebensqualität erhalten. - Durch Bauland für ansässige Bewohner, häufig Kinder dieser angestammten Bewohner, kann der Generationenvertrag eingehalten werden.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - positiv
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - positiv
9.7. Globale Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Umweltzerstörung wird vermieden - Erhaltung gesunder Lebensbedingungen gesichert - Sicherung von Luft-, Wasser- und Bodenqualität - Verbrauchsrate von erneuerbaren Rohstoffen wird reduziert - Eigene Interessen (wirtschaftlicher Art) werden zugunsten (Wohn- und Lebensqualität) der Bevölkerung vermieden. - Der Konsultationsprozess mit allen örtlichen Bevölkerungsgruppen wird in Gange gesetzt - Bürgerinteressen werden ernst genommen - "Expertenwissen" wird von der Verwaltung in Anspruch genommen - die Liste kann.....fortgesetzt werden.

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 1

1. Projektbezeichnung	Zukünftige Verkehrsführung in Taunusstein
2. Projektziel	Verkehrsentslastung der zentralen Ost-West-Achse "Aarstraße" zur Wiederherstellung / Erhaltung der liebenswerten Stadt im Grünen.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Minderung von Lärm und Schadstoffen als Gesundheitsschutz für die Anwohner, Ressourcenschonung durch Stauvermeidung. Verbesserung der Lebensqualität und der Standortbedingungen.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Vollständige Nordumgehung von Bleidenstadt, Hahn und Wehen entsprechend den Ergebnissen der Dorsch – Consult - Studie (Wiesbaden, 1999).
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Schnellstmöglicher Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sowie der Landes- und Bundesgremien zur Aufnahme in die Regionalplanung und den Bundesverkehrswegeplan.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Verkehrserhebungen und Planungen von Dorsch-Consult. <i>Fehlheft in Spekulation</i>
7. Finanzierung	Weit überwiegend aus Bundesmitteln.
8. Weitere Arbeitsschritte	Aufnahme in das Agenda - Dokument. Umgehende Beschlüsse der städtischen Gremien.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Höhere Wohnqualität für Anlieger, mehr Sicherheit für Kinder und ältere Menschen, <u>weniger Stress für Autofahrer.</u> <i>und um so mehr für alle anderen!</i>
9.2. ökologischer Nutzen	Verminderung von Lärm und Schadstoffen, Einsparung von Treibstoff durch Stauvermeidung, Bestandsschutz des Aartales. <i>Ad see!</i>
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Verbesserung der Standortbedingungen. Bessere Erreichbarkeit und Nutzbarkeit der Zentren in Taunusstein. Zeitersparnis ohne Stau.
9.4. Generationengerechtigkeit	Schutz junger (Kinder) und älterer Mitbürger/innen. Vorsorge für zukünftige Stadtentwicklung. <i>woher denn, ohne Autos?</i>
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Geschlechterneutral.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	-
9.7. Globale Auswirkungen	Klimaschutz durch Verminderung von CO ₂ -Ausstoß. <i>Anfang!</i>

Arbeitsblatt Projekte: Natur und Landschaft 1

1. Projektbezeichnung	Landschaftspark Aartalaue
2. Projektziel	Schutz und landschaftsverträgliche Weiterentwicklung der Talaue der Aar und deren Nebentäler.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Talauen sollen besonderen Schutz erhalten, der sowohl Naherholung als auch Naturschutz beinhaltet.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Aufnahme in den Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Bauleitplanung als schutzwürdige Fläche oder geschützter Landschafts(bestand)teil. Renaturierung von Bachlauf und Uferböschung, Schaffung, Verbesserung und Vernetzung von weiteren Rad- und Wanderwegen, Anlage von Biotopflächen und -zonen (Naturschutzsystem der unterschiedlichen Schutzintensitäten), Ankauf von bachnahen Parzellen und/oder Pflegeverträge mit Landwirten, Schaffung einer zentralen, öffentlichen Grünfläche um das Ensemble Rathaus-Kirche-Taunus (der Übergang von Anlage zu landwirtschaftlicher Fläche könnte ähnlich gestaltet sein wie die Anlagen der Herrmannsmühle), es ist beabsichtigt, wegen der Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten einer innerstädtischen Grünanlage im Taunussteiner Zentrum im Bereich Postweg-Scheidertalstraße Herrn Prof. Friedrich Barthfelder der FH Geisenheim mit seinen Studenten anzusprechen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Arbeitsgruppe Grünentwicklung der Lokalen Agenda 21 der Stadt Taunusstein zum innerstädtischen Ideenwettbewerb, alternativ Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs durch die Stadt Taunusstein.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Kontaktaufnahme zu: Prof. Barthfelder, Prof. Paul?
7. Finanzierung	a) Schaffung weiterer Rad- und Wanderwege: wenn Ankauf der bachnahen Parzellen durch die Stadt Taunusstein nicht möglich ist, finanzielle Entschädigung als Angebot für extensive Pflege durch Landwirte erwägen. b) Gestaltung und Planung der innerstädtischen Grünanlage: kostenlos durch Herrn Prof. Barthfelder oder Prof. Paul und deren Studenten.
8. Weitere Arbeitsschritte	Förderung von Patenschaften (Vereine) zur Pflege von Gehölzen und Bachlauf.

Fortsetzung folgende Seite

Fortsetzung Projekt Natur und Landschaft 1

9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Naherholungsgebiet, Zentrumsfunktion und Integrationselement für Taunusstein, "Natur zum Anfassen" für Kinder.
9.2. ökologischer Nutzen	Erhaltung und Schaffung der Vernetzung an Fluss- und Auenlandschaften Biotopvernetzung, Erhaltung der Frischluftschneise, Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten für schutzwürdige Tiere und Pflanzen, Erhalt von Überschwemmungsflächen als Hochwasserschutz für die weiterführenden Gebiete an Lahn und Rhein über die hessischen Grenzen hinaus, Signalwirkung für nachfolgende Anliegergemeinden.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Prestigegewinn und -erhaltung der "liebenswerten Stadt im Grünen" einschließlich der Förderung der Landwirtschaft.
9.4. Generationengerechtigkeit	Das größte Kapital Taunussteins, die Grünzonen, können an nachfolgende Generationen weitergegeben werden, Nutzbarkeit für alle Altersklassen.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Positiv.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Positiv.
9.7. Globale Auswirkungen	Positive Auswirkung der Vernetzung von Grünflächen auf Weltklima, Regeneration der Schadstoffbelastung durch Pflanzen ist bekannt.

Arbeitsblatt Projekte: Energie und Klimaschutz 1

1. Projektbezeichnung	Energiepass und Weiterentwicklung zu einem Wärmekataster des Gebäudebestands
2. Projektziel	Ermittlung des Energiebedarfs und -verbrauchs mit Vorschlägen zur Optimierung. Die Wärmeabstrahlung während der Heizperiode an möglichst vielen privaten und öffentlichen Bauten durch Infrarotkamera-Aufnahmen feststellen und die Eigentümer oder Besitzer durch die Information über die Ergebnisse sowie Einspar- und Förderungsmöglichkeiten zu wirtschaftlich sinnvollen Investitionen zur Verminderung der Wärmeabstrahlung anregen.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Minimierung des Energieverlustes an Gebäuden. Durch freiwillige Teilnahme der Gebäudeeigentümer sind von ihnen anschließend durchgeführte Maßnahmen zur Verlustminderung zu erwarten.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ein Gesamtkonzept entwickeln 2. Zusammenführung von EBZ, Arbeitsamt, örtlichen Gewerbebetrieben und Energieversorgern mit dem Ziel, ein Projekt nach dem Vorbild von Hamburg zu realisieren (siehe SONNENENERGIE, Heft 2/99, S. 41) 3. Einholen von Angeboten von Infrarotkamera-Eigentümern zu verbilligten Reihenaufnahmen (Ausschreibung). Anbieteradressen mit Hilfe des EBZ beschaffen. 4. Angebot der Beteiligung an einer Aktion für Taunussteiner. 5. Bei hinreichender Beteiligung die Aufnahmen machen lassen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadtverwaltung. Beteiligung von AG Energie und Klimaschutz, Gewerbeverein, Arbeitsamt, EBZ, Energieversorger.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Es wurde in Taunusstein ein (allerdings nur grobes) Wärmekataster erstellt, die Ergebnisse jedoch nicht den Gebäudeeigentümern bekannt gegeben. Ein wesentlich weitergehendes Projekt wird in Hamburg praktiziert (SONNENENERGIE, s.o.). Der Kreis Darmstadt-Dieburg sieht einen Gebäudepass für Schulen vor.
7. Finanzierung	Die Verwaltungskosten trägt die Stadt. Sie übernimmt auch eine evtl. Vorfinanzierung. Die Kosten der Aufnahmen sowie der Sanierungsmaßnahmen werden von den Gebäudeeigentümern getragen.
8. Weitere Arbeitsschritte	Nach angemessener Zeit Versand von Fragebögen an die Beteiligten zur Feststellung der geplanten und bereits durchgeführten Maßnahmen und deren Erfolg. Auf Wunsch erneute Aufnahmen. Erfolgskontrolle: Ergibt sich aus reduziertem Verbrauch nach Sanierung.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer.....	Gemeinsame Erfahrung mit Nachbarn, Bekannten, Freunden
9.2. ökologischer.....	Energieeinsparung
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Kostensparen für die Investoren, Arbeitsplätze durch die Maßnahmen
9.4. Generationen-	Nicht betroffen
9.5. Geschlechter-	Nicht betroffen
9.6. Interkultureller Gerechtigkeit	Nicht betroffen
9.7. Globale Auswirkungen	Klimaschutz

Arbeitsblatt Projekte: Energie und Klimaschutz 2

1. Projektbezeichnung	Ergänzung der städtischen Förderrichtlinie
2. Projektziel	Energieeinsparung bei Vereinen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Stärkung eines Energie-Verantwortungsbewusstseins, dauerhafte Senkung des Energieverbrauchs.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Energiespar-Auflagen bei Gewährung von Zuschüssen für investive Maßnahmen in Richtlinien aufnehmen und entsprechend beschließen. Endrate des Zuschusses erst bei Nachweis der Erfüllung der Auflagen auszahlen
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadtverordnetenversammlung Verwaltung
6. Istzustand	Vereine zahlen bei Benutzung städtischer Sportanlagen nur die Energie- und Wasserkosten, die definierte Verbrauchsobergrenzen überschreiten. Beim Neubau eigener Einrichtungen wurde erstmals bei der Jahn-Turnhalle Hahn der städtische Zuschuss an die Bedingung geknüpft, den Niedrigenergie-Standard einzuhalten sowie eine thermische Solaranlage und eine Regenwasser-Nutzungsanlage zu installieren. Die Förderrichtlinien enthalten dies jedoch noch nicht.
7. Finanzierung	Keine
8. Weitere Arbeitsschritte	Information und Beratung. Erfolgskontrolle: Vergleich von Betriebskosten.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Stärkung gemeinsamer Verantwortlichkeit
9.2. ökologischer Nutzen	Ressourcenschonung, Klimaschutz
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Einsparung von Energiekosten
9.4. Generationengerechtigkeit	Nicht betroffen
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Nicht betroffen
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Nicht betroffen
9.7. Globale Auswirkungen	Klimaschutz

Arbeitsblatt Projekte: Energie und Klimaschutz 3

1. Projektbezeichnung	Städtische Lieferverträge (Strom, Gas)
2. Projektziel	Kontinuierliche Prüfung der Energie - Lieferverträge mit den Zielen: Größere Freiheit in der Wahl der jeweils günstigsten Angebote in Bezug auf Klima-/Umweltschutz und Preis, größere Freiheit bei der Selbstversorgung, Bezug von (zertifiziertem) "grünem Strom" mit einer Mindestquote von 20%
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Durch Bezug von "grünem Strom" Unterstützung der Entwicklung / Installation neuer Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen und damit Verbesserung der Umwelt, Synergieeffekte bei der Übernahme von mehr Verantwortung durch mehr Freiheit in der Gestaltung.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Vergleichende Prüfung der Verträge und aktuellen Angebote durch unabhängige Fachleute der Energie- und Unternehmensberatung, jeweils zielentsprechende Neuabschlüsse, Personalschulung.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadtverwaltung.
6. Istzustand	Seit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes gelten Altverträge mit jahrzehntelanger Laufzeit als nichtig. Folgerichtig hat die Stadt neue Verträge mit kurzen Laufzeiten (6 bzw. 24 Monate) abgeschlossen. Dies eröffnet die Möglichkeit schneller Wahrnehmung der jeweils klima- und preisgünstigsten Angebote.
7. Finanzierung	Eventuelle Prüfungskosten sind gegen die Vorteile flexibler Angebotsnutzung abzuwägen. Mögliche Mehrkosten für "grünen" Strom sind aus Gründen der Zukunftsverantwortung der Stadt auch im Hinblick auf ihre Vorbildfunktion zu tragen, wie ja auch die Förderung von Solaranlagen, der Regenwassernutzung und des ÖPNV getragen werden.
8. Weitere Arbeitsschritte	Überprüfung, wie die Stadtverwaltung den Bezug von "grünem Strom" durch Bürger/innen unterstützen kann. Erfolgskontrolle: ergibt sich im Rahmen der kontinuierlichen Prüfung der Verträge.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Nicht betroffen
9.2. ökologischer Nutzen	Positiv bei Unterstützung der Nutzung regenerativer Energien und Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Könnte bei Bezug von "grünem Strom" kurzfristig negativ sein, sofern kein Ausgleich durch allgemeine Preissenkung dagegen steht. Je breiter jedoch die Nutzung regenerativer Energiequellen wird, desto niedriger werden ihre Kosten.
9.4. Generationengerechtigkeit	Nachfolgegenerationen profitieren durch Ressourcenschonung und Klimaschutz.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Nicht betroffen
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Nicht betroffen
9.7. Globale Auswirkungen	Positiv bei Unterstützung der Nutzung regenerativer Energien und Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung

6.1.5. Die Weiterführung des Agenda-21 Prozesses

Mit der Verabschiedung von Leitbild, Zielen und Schlüsselprojekten ist lediglich der Einstieg in den Agenda - Prozess vollzogen. Um wirklich nachhaltigen Einfluss auf die künftige Entwicklung der Stadt nehmen zu können, muss die Arbeit auf den einzelnen Handlungsfeldern fortgesetzt werden.

Als geeignete Organisationsform dieser Arbeit wird die Projektgruppe (etwa in Form des "Runden Tisches") angesehen, in der sich jeweils die besonders interessierten und/oder sachkundigen Bürger/innen zusammenfinden sollten. Die Initiative zur Einberufung von Projektgruppen sollte von den Agenda - Akteuren selbst ausgehen.

Im Interesse der Arbeitseffektivität sowie der notwendigen Akzeptanz bei Verwaltung und städtischen Gremien wird es für wünschenswert erachtet, dass an Beratungen der Projektgruppen ein(e) jeweils zuständige/r Sachbearbeiter(in) der Verwaltung teilnimmt und fehlende Informationen sachlicher wie rechtlicher Art einbringt. In Abstimmung mit der Verwaltung sollten von den Projektgruppen im Einzelfall auch externe Experten hinzugezogen werden können.

Von den Projektgruppen verabschiedete Projekte werden an die Verwaltung weitergeleitet in der Erwartung, dass sie den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Magistrat wird gebeten,

- wie seither auch für den Agenda-Folgeprozess eine/n ständige/n Ansprechpartner/in in der Verwaltung zu bestimmen;
- zu prüfen, ob darüber hinaus ein ehrenamtliches Magistratsmitglied als Betreuer des Agenda-Prozesses bestellt werden kann;
- die Arbeit der Projektgruppen wie seither zu organisieren, zu koordinieren und in sonstiger Weise zu unterstützen (insbesondere durch Bereitstellung geeigneter Sitzungsräume);
- zur internen Abstimmung der Projektgruppenarbeit jährlich ein bis zwei öffentliche Plenumstreffen der am Agenda-Prozess Beteiligten zu organisieren;
- die bisherige positive Öffentlichkeitsarbeit für den Agenda-Prozess fortzusetzen und, so weit möglich, zu intensivieren und damit Werbung und Anreize zur Beteiligung zu verbinden;
- jährlich einen Bericht über die Agenda-Arbeit und deren Ergebnisse vorzulegen.

6.2. Empfehlungsteil

6.2.1. Ziele und Maßnahmen/Projekte nach Handlungsfeldern

6.2.1.1. Handlungsfeld Bildung und Kultur

Ziel: Kulturförderung ausbauen

Kulturarbeit sollte in Taunusstein einen größeren Raum einnehmen und auch mehr gefördert werden. Neben immaterieller Unterstützung sollte auch materielle Förderung gewährt werden, entsprechend einer Empfehlung des Deutschen Städtetags in Höhe von 8% des kommunalen Haushalts. Realisierbar könnten, wie in anderen Städten üblich, ca. 1,5 - 2% sein (Schlüsselprojekt).

Maßnahmen, Projekte:

- Einrichtung eines Fachausschusses für Kunst und Kultur. Aufgabe: Beratung und Unterstützung der Stadt in Bezug auf bildende Kunst und Kunst im öffentlichen Raum (z.B. Stadtteilgestaltung, Gestaltung öffentlicher Plätze, Grünflächen, Stadtentwicklung). Koordinierung und Förderung von kulturellen Veranstaltungen. (Arbeitsblatt Projekte Bildung und Kultur 1, Schlüsselprojekt)
- Skulpturen und Objekte zur Identifikation und Verbindung der Stadtteile. (Arbeitsblatt Projekte Bildung und Kultur 2)
- Bessere Möglichkeiten für Ausstellungen, bessere Räumlichkeiten, Etat, Erhöhung der Wertigkeit und des Niveaus der Ausstellungen. (Arbeitsblatt Projekte Bildung und Kultur 3)
- Möglichkeiten der Ausstellung auch für Hobbykünstler.
- Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Schule und MachArt, um Veröffentlichungen via CD-ROM zu ermöglichen.
- Das Jugendparlament an der Kulturbörse beteiligen.
- Projekte im Bereich von Jugendaustausch.
- Öffentliche Räume unter ästhetischen Aspekten gestalten.

Ziel: Kultureller Austausch

Maßnahmen und Projekte:

- Weitere Pflege der Städtepartnerschaften.
- Partnerschaften mit Städten und Initiativen in Entwicklungsländern ausbauen.
- Veranstaltungen zum Kennenlernen verschiedener Kulturen.
- Durchführung von Veranstaltungen, die den „Eine-Welt-Gedanken“ fördern.

Ziel: Einbeziehung neuer Medien

Maßnahmen und Projekte:

- Eine Kulturseite im Internet integrieren.
- Bücherei im Internet. (Arbeitsblatt Projekte Bildung und Kultur 4)
- Einrichtung eines Internet-Cafés (Arbeitsblatt Projekte Bildung und Kultur 5)
- Eine zeitgemäße Präsentation der Stadt, die auch ein erweitertes Publikum ansprechen soll.
- Erstellung einer CD-ROM durch Jugendliche/Schüler, um das Thema Agenda 21 stärker in dieser Zielgruppe bekannt zu machen.

- Aber auch zu "alten Mitteln" greifen. Aktionen, die so stark wirken, dass sie andere anziehen und somit das Interesse für die Agenda 21 wecken: soziale Dienste, Schwimmbad-Fest, Ideen-Werbung, Auftritt der Tanzgruppe DDW, die soziale Themen anspricht und auf die Agenda 21 aufmerksam macht.

Ziel: Bewusstseinsbildung für eine zukunftsfähige und umweltgerechte Entwicklung vorantreiben

Maßnahmen und Projekte:

- Energiesparen "in" machen.
- Infostand über Energiesparen speziell für Kinder und Jugendliche. (Arbeitsblätter Projekte Energie und Klimaschutz 4)
- auf Verhaltensänderungen bei der Energieverwendung einwirken.
- auf Verhaltensänderungen im Verkehr einwirken ("mobil ohne Auto").
- Bewusstes Einkaufen fördern.
- Werbung für Müllvermeidung.

6.2.1.2. Handlungsfeld Kinder, Jugendliche, Schule

Ziel: Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche verbessern.

Maßnahmen und Projekte:

- Schulhöfe nachmittags "öffnen" und "Spielplätze" ab 12 Jahre, Bolzplätze, Inliner-Bahn etc.

Ziel: Umweltbildung, -bewusstsein in der Schule fördern

Maßnahmen und Projekte:

- Schulhof-Innengestaltung mit Ruhezeiten - hier besteht Finanzierungsbedarf (Beispiel Grundschule Wehen).
- Gewässeruntersuchung an der Aar durchführen (Beispiel Grundschule Neuhof).
- Anlage und Pflege eines Schulgartens (Beispiel IGS Obere Aar).
- Müllvermeidung ist Thema im Unterricht (Beispiel IGS Bleidenstadt).
- Gestaltung der Außenanlagen mit Teich, Kräuterspirale, Nistmöglichkeiten für Insekten an der Grundschule Bleidenstadt.
- Elterntip "ökologische Schultasche" (Beispiel Grundschule Bleidenstadt).
- Vorschlag, dass Agenda - Akteure an Schulen über Agenda 21 referieren.

Ziel: Einbeziehung von Jugendlichen in alle zukünftigen Aktivitäten

Maßnahmen und Projekte:

- Erstellung einer CD-ROM, Internet-Homepage etc. durch Jugendliche (Arbeitsblatt Projekte Kinder, Jugendliche, Schule 1).
- Einrichtung eines Jugendzentrums (Arbeitsblatt Projekte Kinder, Jugendliche, Schule 2).
- Einbeziehung von Jugendlichen in Kulturarbeit: Zusammenarbeit mit MachArt.
- Referate von Agenda - Akteuren an Schulen zum Thema Agenda 21.
- Nutzung des Café Mandela, um Jugendliche zum Thema Agenda 21 zu erreichen.
- Erweiterung der Teilnahmemöglichkeit am Jugendparlament. Statt 8. - 10. Klasse: 15 - 21 Jahre.
- Integration von Jugendlichen, die in Taunusstein wohnen, aber anderswo zur Schule gehen.

- Verbreitung des Eine-Welt-Gedankens bei Kindern und Jugendlichen.
- Förderung der Verantwortung für nachhaltige Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen.

6.2.1.3. Handlungsfeld Gesundheit

"Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht.", so formuliert es die *Europäische Charta für Umwelt und Gesundheit* im Jahr 1989 und außerdem: "Die Gesundheit des einzelnen und die von Bevölkerungsgruppen sollte eindeutig Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen haben." In diesem Sinne sind auch die gesundheitlichen Ziele für Taunusstein in einem größeren Gesamtzusammenhang zu sehen.

Ziel: gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen erhalten bzw. schaffen
Maßnahmen und Projekte:

- gesunde Luft, sauberes Wasser, Schutz vor Lärm sicherstellen,
- rauchfreie Räume in Lokalen und öffentlichen Räumen bereithalten,
- ausreichende Bewegungsräume für Menschen aller Altersstufen schaffen, sportliche Aktivitäten auch außerhalb von Vereinsstrukturen ermöglichen,
- Hallenbad als langfristiges Projekt in die städtischen Planungen einbeziehen,
- Verkehrssicherheit verbessern durch Verkehrsinseln auf Durchgangsstraßen und Tempo 30 auf allen (Seiten-)Straßen,
- barrierefreies öffentliches (und privates) Bauen,
- öffentliche Toiletten in allen größeren Stadtteilen errichten,
- Schrebergarten - Grundstücke ausweisen, besonders in Hochhausnähe und oberer Platter Straße,
- öffentliche Räume unter ästhetischen Gesichtspunkten gestalten,
- zu dichte Bebauung vermeiden.

Ziel: Gesundheitsvorsorge

Gesundheitsvorsorge sollte wegen der grundsätzlichen Bedeutung möglichst schon im Kindergarten beginnen und die pädagogischen Inhalte ergänzen, um Haltungsschäden, Fehlernährung und Suchtentwicklung vorzubeugen.

Zusätzlich zu den pädagogischen Inhalten muss schon im Kindergarten auf die Wichtigkeit der Gesundheitsprävention hingewiesen werden, speziell wegen Muskel- und Knochenerkrankungen im Kindesalter durch mangelnde Bewegungsmöglichkeit. Bei kranken Kindern sind meist die Mütter wieder belastet. Eltern sollten mit Fachleuten über gesunde Ernährung sprechen, um Mangelkrankheiten zu reduzieren.

Die strukturellen Rahmenbedingungen müssen gesundheitsfördernd und -erhaltend sein: gesunde Luft, sauberes Wasser, Bewegungsräume für alle Menschen, Lärmschutz, präventive Maßnahmen, Schutz vor Gewalttätigkeiten, Verkehrssicherheit, Förderung seelischer Gesundheit, sportliche Betätigung auch außerhalb von Vereinsstrukturen, barrierefreies Bauen.

Maßnahmen und Projekte:

- Informations - Veranstaltungen für Eltern und Erzieher/innen, z.B. durch den schulmedizinischen Dienst des Gesundheitsamtes (Kontaktperson im Gesundheitsamt des Rheingau - Taunus - Kreises: Frau Dr. Hofmann).
- Projekt "Tägliche Sportstunde" an allen Grundschulen.

Ziel: Suchtprävention

Ziel einer modernen Suchtprävention ist nicht nur der gesundheitsbewusste Umgang mit Suchtmitteln, sondern insgesamt die Stärkung der Persönlichkeit, was bereits ab Kindergartenalter anzustreben ist. Daneben ist es wichtig, die Verfügbarkeit von Suchtmitteln (insbesondere von Alkohol und Zigaretten) zu reduzieren.

Maßnahmen und Projekte:

- Aktionsprogramm "Kinder stark machen" (gegen Suchtgefahren) in Kindergärten und Sportvereinen durchführen,,
- Projekttag zum Thema "Suchtprävention" an den Schulen veranstalten
- "Klasse 2000" zur Suchtprävention und Gesundheitsvorsorge in allen Taunussteiner Schulen einführen (Arbeitsblatt Projekte Gesundheit 1),
- alkoholfreie Getränke in Gaststätten preisgünstiger anbieten als alkoholische,
- Aufstellung von Zigaretten - Automaten reduzieren.

Ziel: Erleichterung der Situation pflegender Frauen

Die Betreuung älterer oder behinderter pflegebedürftiger Angehöriger wird fast ausschließlich von – oft auch selbst schon gesundheitlich beeinträchtigten – Frauen geleistet. Daher ist es besonders wichtig, ihre Pflegebereitschaft und –fähigkeit zu erhalten, zumal sie oft noch zusätzliche familiäre und / oder berufliche Pflichten haben.

Maßnahmen und Projekte:

- Unterstützung für pflegende Frauen (Arbeitsblatt Projekte Gesundheit 2),
- bessere Informationen über professionelle und ehrenamtliche Hilfsmöglichkeiten,
- Hilfe durch Ehrenamtliche, z.B. Besuchsdienst, Fahrdienst,
- Durchführung von Pflegekursen und Info-Veranstaltungen,
- Initiierung von Selbsthilfegruppen, Gesprächskreisen und Hospiz-Hilfe,
- Erhöhte Zuschüsse für die örtlichen Tagespflege - Angebote.

6.2.1.4. Handlungsfeld Soziales

Ziel: Soziale Verantwortung stärken

Maßnahmen und Projekte:

- Unterstützung für Frauen in Schwangerschafts-Konfliktsituationen (Projekt in Planung seit Herbst 1999 in der Pfarrei St. Ferrutus).

Ziel: Armut in Taunusstein bekämpfen

Armut und Arbeitslosigkeit werden oft als Schande empfunden und deshalb verborgen. Sie führen zur Isolierung und verhindern die Teilnahme am sozialen Leben, wodurch sich oft noch zusätzliche Probleme ergeben (Gefühl der Sinnlosigkeit, fehlende Perspektive für die Lebensplanung, besonders bei Jugendlichen, fehlende soziale Unterstützung durch den Freundeskreis).

Genaue Angaben über das Ausmaß der Armut in Taunusstein sind schwer zu ermitteln. Hinweise dazu gibt die Anzahl von etwa 1500 Personen, die Sozialhilfe erhalten und somit lediglich ihr materielles Existenzminimum absichern können und von etwa 660 Arbeitslosen, davon 49 Personen unter 25 Jahren (Stand 09/1999).

Es ist immer mit zu bedenken, dass Armut nicht nur eine materielle Dimension hat, sondern - mindestens gleichwertig – auch eine soziale, d.h. sie führt oft zur Ausgrenzung vom sozialen Leben der Gemeinschaft.

Alle geplanten Maßnahmen zur Linderung von Armut müssen grundsätzlich eine weitere Stigmatisierung vermeiden, den Isolierungstendenzen entgegenwirken und möglichst Generationen übergreifend sein.

Maßnahmen und Projekte:

- Einrichtung einer Dienstleistungsbörse / eines Tauschrings: Dadurch könnten nachbarschaftliche Hilfen unentgeltlich angeboten und abgerufen werden. Die Verrechnung erfolgt über einen internen Modus, z.B. Gutschrift von "Talenten" oder Zeitpunkten. (Ansprechpartnerin: Frau Kouchha, kath. Gemeindezentrum Hahn).
- Kostenloses Bus fahren (s. auch Arbeitsblatt Projekte Verkehr 2). Wirklich Arme profitieren, ohne sich erkennen geben zu müssen. Kommt allen Bevölkerungsgruppen zugute. Entlastet auch Mütter vom Taxidienst für ihre Kinder, bezieht die kleineren Ortsteile mit ein, verbessert soziale Kontaktmöglichkeiten.
- Kontaktbörse für Hilfesuchende: für Haushaltshilfe, Gartenarbeit u.a.
- Angebote von Schrebergärten ausweiten.

Ziel: Schaffung eines Behindertenbeirats

Die vielfältigen Belange der Taunussteiner Behinderten werden bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Da es sich um komplexe und immer wieder neu zu bedenkende Themenbereiche handelt, ist ein langfristig arbeitendes Gremium, in dem Betroffene vertreten sind, am besten geeignet, hier Verbesserungen zu erreichen. (Nähere Angaben dazu unter Kapitel 6.1.3. Schlüsselprojekte).

Ziel: Integration behinderter Kinder

Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern ist ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, das allen zugute kommt. Nicht Behinderte können schon früh einen unbefangenen Umgang mit Behinderten lernen; Berührungsängste und Vorurteile werden vermieden; Einfühlungsvermögen, Toleranz und Rücksichtnahme werden eingeübt und dienen der Charakterbildung. Außerdem ist in späterem Alter keine "Wiedereingliederung" nötig, wenn zuvor keine "Sondermaßnahmen" erfolgten.

Maßnahmen und Projekte:

- Integrative Angebote für behinderte Kinder: gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder im Kindergarten, KiTa, Regelschule. (Arbeitsblatt Projekte Soziales 3)
- Angebote der (Sport-)Vereine auch für behinderte Kinder und Jugendliche öffnen

Ziel: Integration psychisch behinderter Menschen

Der Gesundungs- und Stabilisierungsprozess psychisch Kranker und Behinderter hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, ihr Selbstwertgefühl zu stärken und sie in die Gemeinschaft einzubeziehen. Oft könnten Rückfälle durch Integration und Unterstützung vermieden werden.

Maßnahmen und Projekte:

- Integration psychisch behinderter Menschen in die Gesellschaft (Arbeitsblatt Projekte Soziales 4)
- Persönliche Kontakte zwischen Behinderten und nicht Behinderten fördern.
- Einladung zu öffentlichen und kirchlichen Veranstaltungen und Einbeziehung in das Vereinsleben.
- Beschäftigungen und Wohnungen für psychisch behinderte Menschen (Arbeitsblatt Projekte Soziales 5)

- Unterstützung von Selbsthilfe-Initiativen zur Beschäftigung von psychisch Behinderten.
- Unterstützung des Integrationsprojektes "Forum Schmiede" in Hahn (Arbeitsblatt Projekte Soziales 6)
- Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Schaffung beschützender Werkstätten.
- Gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Kindergarten, Kindertagesstätte und Regelschule.

Ziel: Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf erleichtern

Wegen oft zu kurzer oder starrer Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen ist es vielen Müttern, insbesondere Alleinerziehenden, nicht möglich, berufstätig zu sein. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist es notwendig, das Betreuungsangebot insgesamt zu erweitern und zu verbessern.

Es wurde festgestellt, dass Mütter bei der Anmeldung ihres Kindes im Kindergarten oft nur unzureichend informiert werden über Zwischenlösungen wie z.B. vorübergehende Betreuung in einer anderen städtischen Einrichtung, bis ein Platz in der gewünschten Betreuungsstelle frei ist und über die Bedarfsanmeldung bei der Stadt. Es gibt offensichtlich keine Wartelisten und die Mütter werden mit ihren "Wünschen", die doch eher Ansprüche sind, allein gelassen. Auch Männer sind betroffen!

Maßnahmen und Projekte:

- Fragebogen entwerfen, der die Wünsche/Ansprüche und insbesondere die zeitlichen Bedürfnisse für die Kinderbetreuung ermittelt und der bei der Anmeldung des Kindes ausgefüllt wird.
- Längere Öffnungszeiten und verbesserte Betreuungsangebote für Kinder in Krippe, Kindergarten, KiTa, betreute Grundschule, Ganztagschule und durch Tagesmütter (Arbeitsblatt Projekte Soziales 7).
- Verlässliche Betreuungsangebote über dauerhafte Bezugspersonen (Arbeitsblatt Projekte Soziales 8).
- Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. (Arbeitsblatt Projekte Soziales 9).
- Transportmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern (Arbeitsblatt Projekte Kinder, Jugendliche, Schule 3).

Ziel: Verbesselter (Teilzeit-) Arbeitsmarkt besonders für Frauen

Maßnahmen und Projekte:

- Wohnortnahe Arbeit für Frauen (Arbeitsblatt Projekte Soziales 10).

Ziel: Seniorenarbeit ausbauen

Maßnahmen und Projekte:

- Aktionen mit bestehenden Initiativen verbinden.
- Qualitätssicherung in Betreuung und Pflege.
- Hilfen für im Alter vermehrt auftretende körperliche Behinderungen.
- Sicherstellung eines altengerechten Wohnungsangebots (Arbeitsblatt Projekte Soziales 11).
- Sicherstellung der notwendigen Betreuung, Versorgung und Pflege.
- Sicherstellung der Teilhabe am Kulturschaffen - aktiv und passiv.
- Unterstützung bei der altersbedingt eingeschränkten Mobilität, z.B. durch Komfortmobil.

- Kommunikation mit den Generationen.
- Nachbarschafts- und ehrenamtliche Hilfen.
- Materielle Absicherung der Lebensbedürfnisse.
- Begegnungsstätte für alle Generationen / Kommunikation miteinander.
- Gemeinsame Aktionen unter den Generationen, z.B. Internet-Café, Erzähl-Café.
- Beteiligung und Mitwirkung des Seniorenbeirats in den städtischen Gremien.
- Professionelles, attraktives Seniorenbüro - Leitstelle "älter werden" (Arbeitsblatt Projekte Soziales 12).
- Aktivierung des ehrenamtlichen Engagements im Alter.
- Wanderausstellung "Wohnen im Alter, am liebsten zuhause" (Arbeitsblatt Projekte Soziales 13).

Ziel: Umgang mit Gewalt und Gewaltprävention

Immer mehr Menschen, besonders auch ältere, werden durch die vermeintliche oder tatsächliche Zunahme von Gewalt im öffentlichen Leben verunsichert und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie trauen sich nicht mehr allein an einsamen Plätzen spazieren zu gehen, meiden die Dunkelheit und unübersichtliche Wege. Ebenso verlangt die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen Aufmerksamkeit und vernünftige Konzepte zur Vermeidung von Eskalation. Als Gegenstrategie wird die Erziehung zur gewaltfreien Konfliktlösung schon im Kindergarten und in der Schule angesehen.

Maßnahmen und Projekte:

- Informationsveranstaltungen für Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen mit Fachleuten.
- Training von "Schlichtern" für gewaltfreie Konfliktlösungen in Schulen und Jugendclubs als Daueraufgabe.
- Stärkung des Präventionsrates (s. Arbeitsblatt Projekte Soziales 2, Schlüsselprojekt).
- Auch künftig Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen.
- Einführung des "Wetzlarer Modells" (Arbeitsblatt Projekte Soziales 2, Schlüsselprojekt).
- Notruf und Notunterkunft für Frauen und Mädchen rund um die Uhr einrichten (Arbeitsblatt Projekte Soziales 1, Schlüsselprojekt).

6.2.1.5. Handlungsfeld Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Ziel: Soziale Kontakte intensivieren

Maßnahmen und Projekte:

- Generationen übergreifende Kommunikationsmöglichkeiten schaffen.
- Kommunikative und ästhetische (Dorf-) Plätze gestalten.
- Öffentliche Spielanlagen schaffen, z.B. Schach im Freien.
- Integration von Neubürger/innen (Arbeitsblatt Projekte Soziales 14).
- Besuchsdienst für (ausländische) Neubürger/innen einrichten.
- Besuchsdienst für Ältere und Kranke einrichten.

Ziel: Bürgerbeteiligung verbessern

Maßnahmen und Projekte:

- Frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen.
- Behindertenbeirat schaffen und bei städtischen Planungen mit einbeziehen.
- Weiterführung des Agenda 21-Prozesses unterstützen.

Ziel: Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda 21

Maßnahmen und Projekte:

- Ein Taunussteiner Agenda 21-Barometer erstellen, um Fortschritte im Umweltschutz visuell erlebbar zu machen. Als Kunstobjekt auf einem zentralen Platz. (Arbeitsblatt Projekte Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation 1, Schlüsselprojekt)
- Veranstaltungen und Vorträge zur Agenda 21 für Erzieher/innen, Lehrer/innen und Schüler/innen.
- Vorhandene Partnerschaften im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung nutzen (Städtepartnerschaften, Zusammenarbeit mit Energieberatungszentrum, Volkshochschule, Landschaftspflegeverband).
- Internet-Seite für Taunusstein erstellen und Agenda 21 zum Thema machen.
- Über Förderprogramme informieren (Umwelt-, Existenzgründungs-, soziale Förderungen).
- Bürgerbeteiligung verstärken, weitere Möglichkeiten nutzen.

Ziel: Neugestaltung der Taunussteiner Stadtnachrichten

Maßnahmen und Projekte:

- Die Stadtnachrichten als attraktive Monatszeitung gestalten, die man gerne lesen möchte, mit Monatsprogramm aller kultureller Veranstaltungen. (Arbeitsblatt Projekte Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation 3)
- Rubrik zu Energie- und Wassersparen einrichten, darin regelmäßig auf Fördergelder hinweisen.
- Stärkere Berücksichtigung von Agenda 21-Themen.

Ziel: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Maßnahmen und Projekte:

- Einbeziehung und Unterstützung Ehrenamtlicher über eine Vermittlungsstelle (Arbeitsblatt Projekte Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation 2)
- Dienstleistungs - Tauschbörse initiieren.
- Bescheinigungen über ehrenamtliche Tätigkeiten (besonders für Jugendliche) ausstellen.
- "Agentur E" zur Förderung des Nachwuchses für die Vereinstätigkeit.
- Beauftragte/r für Vereinsadministration.
- Weiterführung des Agenda-21-Prozesses.

Ziel: Stärkung der Frauen zur Wahrung ihrer Interessen

Trotz gleicher Schulbildung haben Frauen immer noch Hemmungen, in der Öffentlichkeit so deutlich auf ihre Anliegen und Forderungen hinzuweisen wie Männer. Um des lieben Friedens willen stellen sie häufig ihre Bedürfnisse zurück. Deshalb ist es generell notwendig, ihnen durch spezielle – nur auf Frauen ausgerichtete – Unterstützungsangebote zu mehr Selbstbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit zu verhelfen. Die Arbeit der Frauenbeauftragten und des Mütter- und Frauenzentrums sind hier bereits wegweisend und sollten auf jeden Fall weitergeführt und unterstützt werden.

Parallel dazu ist es erforderlich, durch geeignete Rahmenbedingungen, insbesondere durch Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Frauen sich vermehrt für ihre eigenen Belange einsetzen können.

Maßnahmen und Projekte:

- Informations- und Trainingsveranstaltungen
- Frauen-Selbstbewusstsein fördern
- Frauen fit machen für die (Kommunal-)Politik
- Angebote von Rhetorik-Kursen und Kursen zur politischen Bildung bei der VHS erweitern

6.2.1.6. Handlungsfeld Eine Welt

Ziel: Stärkung der globalen Verantwortung

Maßnahmen und Projekte:

- Informationskampagne zur sozialen und wirtschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern durchführen.

Ziel: Förderung des Friedensgedankens

Maßnahmen und Projekte:

- Friedensprojekt *Frauen fördern Frieden/Women for peace* von ausländischen und deutschen Frauen unterstützen. Dieses Projekt wurde mit der Agenda - Themen- gruppe Kultur zusammen organisiert (Eine-Welt-Gedanke) (Arbeitsblatt Projekte Eine Welt 5)
- Konzert mit Judy Raffat: "Women of the world", gewann den Musik-Preis (Internationale Agenda 21) für die beste Musik zur Gleichberechtigung.

Ziel: Den Austausch mit den Partnerstädten und anderen Kulturen fördern

Maßnahmen und Projekte:

- Partnerschaften mit Städten/Initiativen in Entwicklungsländern aufbauen. Evtl. gibt es bereits private Verbindungen, die unterstützt werden könnten.(Arbeitsblatt Projekte Eine Welt 1)
- Veranstaltungen zum Kennenlernen verschiedener Kulturen (Arbeitsblatt Projekte Eine Welt 3)
- Schulunterricht: Besucher/innen aus Dritte-Welt-Ländern in den Unterricht integrieren.
- Begegnung des Bischofs aus Jasikan in Ghana und des Bürgermeisters von Taunusstein ermöglichen.
- Besucher/innen aus Jasikan in Taunussteiner Familien aufnehmen.

Ziel: Ausländerkontakte ausbauen

Maßnahmen und Projekte:

- Café Mandela mit türkischen Abenden an der IGS Obere Aar.

Ziel: Eine - Welt - Initiativen fördern

Im Mittelpunkt aller denkbaren weitergehenden Maßnahmen muss eine Informationskampagne stehen: Was passiert in den Entwicklungsländern (z.B. Kinderarbeit, Arbeit ohne sozialen Schutz)? Wie kann geholfen werden?

Wie kann Information verbessert werden über Verbände, Stadt Taunusstein, Schulen, Kindergärten, Gewerbeverein?

Maßnahmen und Projekte:

- Gezielte Hilfsaktionen aus konkretem Anlass
- Verkauf von Eine-Welt-Produkten bei Festen. Verkauf durch gezielte Aktionen fördern. (Arbeitsblatt Projekte Eine Welt 2)
- Bei Seniorenveranstaltungen Eine-Welt-Kaffee ausschenken.
- Bei allen öffentlichen Veranstaltungen auf Eine-Welt-Produkte zurückgreifen.
- Werbeaktion für Kaffee und Tee aus fairem Anbau im Rathaus.
- Förderung des Kulturaustauschs.
- Projekt "Alle Kinder dieser Welt" (Arbeitsblatt Projekte Eine Welt 4)
- Informationen zum Thema Eine Welt für die Gesamtbevölkerung, über den kirchlichen Rahmen hinausgehend.
- Informationen über Eine-Welt-Initiativen in den Stadtnachrichten veröffentlichen.
- Theater-Projekt "Schöne Eine Welt" der Berliner Compagnie aufführen.

Ziel: Integration ausländischer Frauen

In Taunusstein leben etwa 1.400 ausländische Frauen; viele von ihnen haben sich ohne größere Schwierigkeiten in das städtische Leben integriert. Einigen ist es allerdings bisher nicht gelungen, ausreichende Deutschkenntnisse als Voraussetzung zur Integration zu erwerben. Dadurch leben sie oft sehr vom öffentlichen Leben abgeschieden und es ergeben sich auch zusätzliche Schwierigkeiten für ihre schulpflichtigen Kinder. – Über die Vermittlung von Sprachkenntnissen hinaus ist es wichtig, das Verständnis füreinander durch besseres Kennenlernen der verschiedenen Heimatländer, Kulturen und Religionen zu fördern.

Maßnahmen und Projekte (Arbeitsblatt Projekte Eine Welt 6):

- Verstärkte Kontakte und regelmäßige Treffen ausländischer und deutscher Frauen.
- Projekte zum gegenseitigen Kennenlernen der Kulturen.
- Alphabetisierungs- und Sprachkurse anbieten.
- Hausaufgaben - Betreuung für die Kinder
- Besuchsdienst für neu Zugezogene

6.2.1.7. Handlungsfeld Bauen, Wohnen, Siedlung

Ziel: Bessere Integration der Stadtteile

Taunusstein ist durch seine Zusammensetzung aus mehreren kleineren Ortsteilen und das Fehlen eines gewachsenen Zentrums zersplittert. Es mangelt an einem Zusammengehörigkeitsgefühl, durch die räumliche Distanz ist Kommunikation erschwert, Veranstaltungen in den Ortsteilen leiden unter mangelnder Beteiligung von Bürger/innen aus anderen Ortsteilen.

Maßnahmen und Projekte:

- Attraktive Veranstaltungen in unterschiedlichen Ortsteilen stattfinden lassen.
- Verbindungen der einzelnen Stadtteile durch Objekte/Skulpturen auf den dazwischen liegenden Freiflächen. Fertigung der Objekte/Skulpturen unter Einbezug von Jugendlichen und der Schweißwerkstatt der VHS.
- Mitsprache des Kulturausschusses bei der Gestaltung von Plätzen und Stadtteilen.

Ziel: Schaffung der nötigen Infrastruktur vor der Ausweisung neuer Baugebiete

Ziel wurde zeitweise missachtet, da bestimmte Baugebiete (z.B. Freitäcker) überfällig waren und von der Bevölkerung bzw. Bauwilligen massiv und viele Jahre gefordert wurden.

Ziel: Flächenrecycling vor Neuausweisung von Baugebieten

Taunusstein hat ein großes Potential an vorhandener Bausubstanz und Baulücken. Baulücken könnten allerdings teilweise nur zwangsweise geschlossen werden, da Grundstückseigentümer sie gezielt (z.B. für eigene Kinder) vorhalten.

Ziel: Zentrale Funktionen in Bleidenstadt, Hahn, Wehen und Neuhof entwickeln

Der Mangel eines natürlichen Zentrums ist nicht grundsätzlich zu beheben, tendenziell aber abzumildern. Dazu ist es erforderlich, die eingeleitete Entwicklung im Kerngebiet konsequent voranzutreiben und dort, verbunden mit verdichteter Wohnnutzung, möglichst viele zentrale Funktionen anzuordnen.

Gleichzeitig lässt sich das Ziel erreichen, innerstädtische Fahrbewegungen zu reduzieren, wenn die Bürger mehr Besorgungen im Zentrum erledigen können.

Ziel: In den Stadtteilen Seitzenhahn, Watzhahn, Wingsbach, Orlen, Hambach und Niederlibbach Eigenentwicklung zulassen

Die Arrondierung von Baugebieten findet statt und sollte, so weit Bedarf nachgewiesen ist, fortgesetzt werden.

Ziel: Angepasste Bauweise: maximal viergeschossiges Bauen, auf dörfliche Strukturen Rücksicht nehmen

Von den vorhandenen Hochhäusern abgesehen, entspricht die gegenwärtige Situation weit gehend dieser Zielvorgabe. Die Hochhäuser stammen aus den 60er/70er Jahren, weitere sind nicht geplant und nicht gewünscht.

Verdichtete Bebauung ja, aber nur in Zentren und in kleinstädtischer Struktur / Architektur.

Ziel: Wohnen und Arbeiten räumlich zusammenführen

Eine stärkere Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit trägt zu einer ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung und zur Verkehrsvermeidung bei. Eine allein am Wohnnutzen orientierte Planung erzeugt lediglich Verlagerungsdruck auf die Wirtschaft. Zur Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze und zur ausreichenden und differenzierten Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs müssen jedoch auch bestehende Betriebe Erweiterungsmöglichkeiten haben.

Maßnahmen und Projekte:

- Schaffung attraktiven Wohnraums

Ziel: Ökologische und soziale Ziele im Siedlungsbereich integrieren

Maßnahmen und Projekte:

- Überdenken der laufenden und in Zukunft geplanten Siedlungen auf den Agenda - Gedanken hin (Arbeitsblatt Projekte Bauen, Wohnen, Siedlung 1 und 2 Schlüsselprojekte).
- Belange über den Grundstücksverkauf durch die Bodenbevorratung integrieren.
- Niedrigenergiebauweise in Verträgen festschreiben, Passivhäuser anstreben.

- In Bebauungsplänen festschreiben: Firstrichtung, damit Solaranlagen installiert werden können, Regenwassernutzung, Energiebereitstellung durch z.B. Blockheizkraftwerke.
- Wärmedämmung im Altbaubestand.
- Ökologisches Bauen verpflichtend machen.
- Dach- und Wandbegrünung und Begrünung im Siedlungsbereich fördern.
- Bodenschutz: Bauaushub innerhalb der Baugebiete verwenden.
- Grünanlagen und öffentliche Plätze in den Ortskernen ausbauen, Parkplätze an die Ränder verlagern.

Ziel: Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit LKW-Zulieferung über die Autobahn im Osten ansiedeln

6.2.1.8. Handlungsfeld Verkehr

Ziel: Verminderung des motorisierten Individualverkehrs und der Auto-Pendlerströme
Maßnahmen und Projekte:

- Voraussetzungen und Anreize schaffen, um den Anteil der Personen zu erhöhen, die in Taunusstein nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen: z.B. über die Bodenbevorratung bevorzugt Bürger mit Bauplätzen versorgen, die einen Arbeitsplatz in Taunusstein haben.
- Park & Ride.
- Vermeidung der Autonutzung für kurze Wege.
- Verhaltensänderung anstreben ("mobil ohne Auto").
- Behindertengerechte öffentliche Verkehrsmittel
- Freie Busfahrt für alle: dadurch höhere Frequentierung der Busse und Entlastung der Straßen, gleichzeitiges Erreichen sozialer Ziele, höhere Kosten werden durch Einsparungen (Fahrkartenausgabe und Kontrolle, Investitionen für Straßen-Infrastruktur etc.) teilweise wieder ausgeglichen. Beispiele sind vorhanden. (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 2)
- Car-Sharing.
- Förderung von Fahrgemeinschaften.
- Einrichtung einer Mobilitätszentrale.
- Zur Vermeidung von Verkehr sollten Dienstleistungen auch in den Stadtteilen angeboten werden.

Beispiel
Hesseler

Ziel: Optimierung des ÖPNV (Taktzeiten, Anbindungen, Haltestellen)
Maßnahmen und Projekte:

- Arbeitsblätter Projekte Verkehr 3 und 4.

Ziel: Aartalbahn so ausbauen, dass keine verkehrlichen Nachteile entstehen.

Maßnahmen und Projekte:

- An Kreuzungspunkten Bahn - Straße dürfen keine zusätzlichen Staus entstehen (besonders am Hahner Dreieck), Park & Ride darf keine Parkplätze in den Ortskernen blockieren. (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 5)

Ziel: Verminderung des Gütertransports

Maßnahmen und Projekte:

- Änderung der Konsumgewohnheiten, lokale Produkte bevorzugen.

Ziel: Gleichberechtigte Planung für alle Arten Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, motorisierte Verkehrsteilnehmer)

Maßnahmen und Projekte:

- Einnahmen aus der Ahndung von Verkehrsverstößen zum Ausbau des Radwegenetzes verwenden.
- Erarbeitung von Schulwegeplänen (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 6).
- Sichere Fußgängerüberwege schaffen.

Ziel: Attraktive und sichere Fuß- und Radwegverbindungen schaffen/ausbauen

Maßnahmen und Projekte:

- Durchgängiges Radwegenetz bis Bad Schwalbach ausbauen.
- Die Kennzeichnung der Radwege kann verbessert werden, ebenso die Unterhaltung (Freischneiden von überhängenden Ästen). Oft wird auf Radwegen geparkt (Kontrolle).
- Landschaftliches Potential entlang Fuß- und Radwegen aufwerten: Grünanlage im Zentrum, Wasserspielplätze, Bachpatenschaften.
- Schaffung, Ausbau, Kennzeichnung von Radwegen entlang der zentralen Achse Taunussteins (Arbeitsblatt Projekt Verkehr 7)

Ziel: Verkehrsentslastung der zentralen Stadtteile Bleidenstadt, Hahn, Wehen

Die starke Verkehrsbelastung der Aartalstraße wird übereinstimmend als ein zentrales Problem für die Umwelt, die Gesundheit, den Städtebau und auch für Gewerbetreibende in Taunusstein angesehen. Wie eine Lösung dieses Problems aussehen kann, darin bestehen allerdings zwischen den verschiedenen Agenda-Arbeitsgruppen unterschiedliche Vorstellungen. In einer Sondersitzung zum "Konfliktthema Verkehr" war versucht worden, konsensfähige Punkte zu identifizieren und den verbleibenden Dissens herauszuarbeiten. Die Ergebnisse der Sitzung sind nachfolgend dargestellt.

Konsensfähige Forderungen:

- Die Trassen für die im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) dargestellten Varianten, auch für die langfristig realisierbaren, sollten freigehalten werden. In der Zwischenzeit sollte aber alles unternommen werden, um die "Henkelohren" (d.h. die westliche und die östliche Fortsetzung der Nordwestumgehung Hahn) zu vermeiden.
- Generell sollte die Bereitstellung von Infrastruktur der Bebauung vorausgehen (z.B. Baugebiet 'Schillberg').
- Der Umbau des Hahner Dreiecks als Sofortmaßnahme war unstrittig. Sie sollte mit programmierbarer Signalanlage zur Verkehrssteuerung und für die Sicherheit der Fußgänger ausgestattet werden, evtl. mit Busanforderung.
- Die Variante "Verbindung Postweg - Obergrund" sollte nicht gebaut werden. Konflikte: vorhandene Bebauung, Enge (Lkw), Kindergarten, Feuerwehr (wäre lösbar), Rückhaltebecken.
- In Wehen ist vordringlich eine Lösung für die Kreuzung Wilhelmstraße / Aarstraße / Mainzer Allee erforderlich. Eine Lösung wird in der Erweiterung der Straße vor dem

Rathaus mit Signalanlage gesehen. An der Kreuzung Weiherstraße wird ein Kreisel als machbar angesehen, die Fußgänger müssen berücksichtigt werden.

- Beschlüsse müssen bald gefasst werden.

+/- konsensfähig:

- Die Umgehungsstraße Hahn Nord-West vom Magistralenkopf bis zur L 3032 nach Wingsbach wird als zentrale Maßnahme bezeichnet. 2

Strittige Forderungen:

- Die Variante "Spange Aarmühlweg und Verbindung Dresdener Straße - Platter Straße" wird kontrovers diskutiert. Dagegen wird ins Feld geführt:
- Die Existenzgefährdung zweier landwirtschaftlicher Betriebe.
- Die Notwendigkeit einer Talbrücke und die damit einhergehenden Eingriffe wegen der Höhendifferenz auf der Trassenführung.
- Die Spange von der L 3032 könnte zusätzlichen Verkehr aus Hahn - Nord auf die Aartalstraße ziehen.
- Der Westteil der Strecke ist, ebenso wie das Baugebiet Freiäcker, mit großen Landschaftseingriffen verbunden.

Maßnahmen und Projekte:

- Zukünftige Verkehrsführung in Taunusstein (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 1, Schlüsselprojekt)

Ziel: Verkehrsführung mit geplanten Wohn- und Gewerbegebieten optimal abstimmen

Maßnahmen und Projekte:

- Entscheidungen über die langfristigen Verkehrsplanungen frühzeitig treffen. Bevor neue Wohn- und Gewerbegebiete ausgewiesen werden, müssen die Auswirkungen auf den Verkehr überprüft werden.
- Gewerbeansiedlung vor allem im Osten von Taunusstein wegen der BAB-Anbindung, so weit LKW-Lieferverkehr eine Rolle spielt. (Für manche Gewerbebetriebe ist allerdings nicht der BAB-Anschluss maßgebend, z.B. bei Kundenverkehr aus dem Umland).

Ziel: Verkehr so lenken, dass alle Bürger vor seinen negativen Auswirkungen optimal geschützt sind

Maßnahmen und Projekte:

- Innerorts lärmdämpfende Straßenbeläge verwenden.
- Streusalz nur an Gefahrenstellen und bei Glatteis einsetzen.
- Bei Verkehrsplanungen die Interessen der Anwohner berücksichtigen.

Ziel: Rücksicht auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer

Maßnahmen und Projekte:

- Auflistung des Gefährdungspotentials für Kinder, Senioren und Behinderte in den Straßenräumen und an den Kreuzungen und Abstellen der Defizite. (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 8)
- Sichere Verkehrswege und Kreuzungen. (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 8)
- Ausreichend breite Fußwege (Bürgersteige).
- Schwellenfreie Straßen- und Kreuzungsquerungen.

Ziel: Notwendigen Verkehr so schonend wie möglich abwickeln

Maßnahmen und Projekte:

- Verkehrserziehung in Schulen und Kindergärten in Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei ausbauen.
- Nachfahrverbot für LKW, wie an einigen anderen Stellen in Hessen realisiert (Anm.: Diese Maßnahme ist konfliktträchtig. Sie wird von manchen Teilnehmern befürwortet, von anderen abgelehnt!)
- Alternative Antriebe/Kraftstoffe einführen, bspw. im städtischen Fuhrpark.
- Grünanlagen und öffentliche Plätze in den Ortskernen ausbauen, Parkplätze an die Ränder verlagern.

Ziel: Verkehrsverstöße, die die Bürger zusätzlich belasten, ahnden

Maßnahmen und Projekte:

- Rechtliche und technische Möglichkeiten der passiven Verkehrsüberwachung stärker nutzen, besonders an Gefahrenstellen. (Arbeitsblatt Projekte Verkehr 9)
- Verstärkte Ausweisung und permanente Überwachung von Tempo-30-Zonen.

Ziel: Verkehr im Fluss halten

Maßnahmen und Projekte:

- Kreisverkehre statt Ampelkreuzungen einrichten:
 - Neuhof (B 417/B 275)
 - Wehen (Platter-/Aarstraße, falls machbar)
 - Hahner Dreieck und Bleidenstadt (Aarstraße/Magistrale, falls realisierbar)
- Machbarkeit im Einzelfall durch Kapazitätsprüfung nachweisen.
- Unnötige "Schilderwälder" entfernen.
 - Deutliche Hinweise auf Parkplätze in den Ortszentren (Parkleitsysteme) vorsehen.

6.2.1.9. Handlungsfeld Arbeit, Wirtschaft, Handel

Ziel: Ausgewogenes Verhältnis zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung herstellen

Taunusstein ist überwiegend Wohnstandort. Von der TG Wirtschaft stammen folgende Zahlen: Knapp 30% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bürger von Taunusstein arbeiten vor Ort, die übrigen sind Pendler, von denen etwa 2/3 in Wiesbaden arbeiten. Lediglich 40% der in Taunusstein angebotenen Arbeitsplätze werden von Einwohnern der Stadt besetzt.

Maßnahmen und Projekte:

- Weitere Gewerbeentwicklung in Taunusstein.
- Wohnortnahe Arbeitsplätze.
- Neue Berufszweige mit Spezialwissen zu regenerativen Energien.

Ziel: Sauberes Gewerbe ansiedeln

Das vorhandene Gewerbe kann als weit gehend umweltfreundlich gelten und trägt sich daher gut mit dem Erholungscharakter der Landschaft, der wiederum - in Verbindung mit anderen Standortfaktoren - der Stadt zu überdurchschnittlicher Wohnqualität verhilft.

Ziel: Gesunden Branchenmix von kleinen und mittelständischen Unternehmen erhalten

Maßnahmen und Projekte:

- Ansiedlung von Gewerbebetrieben an der Aarstraße anregen. Dem derzeitigen Anwohner (Eigentümer) günstige Angebote/Darlehen für Umsiedlung anbieten, um nur noch (überwiegend) Geschäfte in der ersten Reihe zu haben.

Ziel: Umgehungen sollen die Ortskerne entlasten, aber nicht lahm legen (Gewerbe!).
Taunusstein als Mittelzentrum hat Versorgungsfunktion für den umliegenden ländlichen Raum. Betriebs- und Einkaufsstätten sind nur zum Teil fußläufig und per ÖPNV, überwiegend mit Kraftfahrzeug erreichbar.

Maßnahmen und Projekte:

- Sicherung der verkehrlichen Erschließung der Einkaufsquellen.

Ziel: bäuerliche Betriebe erhalten

Ziel: Eine Dienstleistungs-/Tauschbörse organisieren

6.2.1.10. Handlungsfeld Natur und Landschaft

Ziel: Gute und aktuelle Landschaftsplanung erarbeiten

Maßnahmen und Projekte:

- Biotopvernetzung mit städtischen Flächen (Arbeitsblatt Projekte Natur und Landschaft 2)

Ziel: Multifunktionale Bewirtschaftung des Taunussteiner Waldes aufrecht erhalten

Maßnahmen und Projekte:

- Sicherung der Waldränder,
- Schutzwaldausweisungen,
- Keine Rodungen für Baugebiete oder Straßen (uneingeschränkt?),
- Verzichtserklärung der Stadt auf Biozideinsatz (uneingeschränkt?),
- Verwendung einheimischer Hölzer im Hausbau,
- Kraft- Wärmekoppelung mit moderner Holzfeuerungs-technik,
- Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen,
- Schaffung eines sanften Waldlehrpfades im Kotzbachtal,
- Anerkennung der Waldwirtschaft durch das internationale Gütesiegel (FSC) anstreben.

Ziel: Die Auen der Aar und ihrer Nebengewässer vollständig erhalten

Keine Siedlungen und Straßen in die Aue bauen. Ziel müsste räumlich näher definiert werden, um evtl. Konflikte mit Zielen der Siedlungsentwicklung zu identifizieren.

Maßnahmen und Projekte:

- Schutz und naturnahe Gestaltung der Aaraue als Landschaftspark. Naturschutz und Naherholung verbinden (Arbeitsblatt Projekte Natur und Landschaft 1, Schlüsselprojekt).

Ziel: Nach Struktur und Wasserqualität naturnahe Gewässer erhalten/schaffen

Naturnahe Gewässer sind gleichermaßen ein Beitrag zum Hochwasserschutz wie zum Naturschutz. Taunusstein könnte ein Beispiel geben für andere Kommunen an der Aar.

Ziel: Einbindung der Siedlungen in die LandschaftZiel: Erhalt großzügiger Freiflächen zwischen den bebauten Flächen

Dieses Ziel muss mit dem dazu im Widerspruch stehenden Ziel der Verdichtung, um neue Baugebiete im Außenbereich zu vermeiden, abgewogen werden. Es bestehen auch Konflikte mit sozialen Zielen, z.B. Schaffung von preiswertem Wohnraum für Familien.

Maßnahmen und Projekte:

- Waldspielplätze schaffen.

Ziel: Landschaftsstrukturen (Hecken, Tümpel, Gärten) in Planungen einbindenZiel: Bestehende Beeinträchtigungen in der Landschaft beseitigen

Maßnahmen und Projekte:

- Renaturierungskonzept erarbeiten und umsetzen.

Ziel: Eingriffe in den Naturhaushalt vollständig und im räumlichen Zusammenhang ausgleichenZiel: Taunusstein entsprechend seinem Motto "liebenswerte Stadt im Grünen" für Bürger attraktiver machen

Durch die bestehende Verkehrsüberlastung der Ost-West-Achse widerspricht die derzeitige Situation dem Taunussteiner Motto.

Maßnahmen und Projekte:

- Siehe Arbeitsblatt Projekte Verkehr 1

Ziel: Boden vor Vernichtung oder Belastung schützen

Eine Altlasten-Verdachtsflächendatei liegt vor.

Maßnahmen und Projekte:

- In Baugebieten Bauaushub innerhalb des Baugebietes verwenden

Ziel: Artenschutz fördern

6.2.1.11. Handlungsfeld Energie und Klimaschutz

Ziel: Reduzierung des Energieverbrauchs

Die Verminderung des Ausstoßes der umweltschädlichen Treibgase lässt sich am leichtesten erreichen durch eine effiziente Nutzung der eingesetzten Energieträger. Erhebliche Potenziale gehen verloren durch unzureichende Dämmung und dadurch unerwünschte zusätzliche Erwärmung der Umgebung, unnötige oder unbeabsichtigte Heizung unbenutzter Räume, eingeschaltete aber nicht verwendete Geräte, wie Fernseher ohne Zuschauer oder Stand-by-Betriebe, Glühbirnen, die mehr Wärme als Licht produzieren und vieles andere mehr.

Hier lässt sich gerade im kommunalen Bereich viel verbessern. Dabei kann man sich auf drei Schwerpunkte konzentrieren: Bessere Wärmedämmung im Gebäudebestand, Auflagen für Neu- und Umbauten und schließlich Verhaltensänderungen anstreben.

Eine günstigere Energienutzung im Gebäudebestand sowie bei Neu- oder Umbauten sollte über ein Gesamtkonzept gesteuert werden, das sowohl Vorschriften und Auflagen als auch Förderungen und Unterstützungsmaßnahmen umfasst. Dazu gehören ebenfalls situative Information und eine Vorbildfunktion der Stadt.

Maßnahmen und Projekte zur Wärmedämmung im Gebäudebestand:

- Energiepass und Weiterentwicklung zu einem Wärmekataster des Gebäudebestands (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz 1, Schlüsselprojekt)
 - Wärmedämmung im Altbaubestand unterstützen
 - Energetische Optimierung der kommunalen Gebäude
- Maßnahmen und Projekte bei Neu- oder Umbauten
- Ergänzung der städtischen Förderrichtlinien (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz 2, Schlüsselprojekt)
 - Bau von Niedrigenergiehäusern vorschreiben
 - Passivhäuser fördern
 - Einplanung von Fern- oder Nahwärmenetzen in Neubausiedlungen
 - Sportanlagen optimieren (Dämmung, Sanitäranlagen)

Das Nutzerverhalten ist eine der wichtigsten Einflussgrößen für den Verbrauch. Gerade im Gebäudebereich kann noch so gute Dämmung durch falsches Lüftungsverhalten wieder zunichte gemacht werden. Umgekehrt lässt sich durch richtiges Verhalten ohne zusätzliche Investitionen vieles erreichen, was nicht gleich mit Komfortverlust einhergehen muss. Es sollte über die Bewusstseinsbildung ein Klima geschaffen werden, in dem Energiesparen selbstverständlich wird.

Schulen und Kindergärten spielen als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Wissen und Verständnis für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Eine frühzeitige Umweltbildung prägt das künftige Verhalten entscheidend mit. Darüber hinaus kann über Kinder und Jugendliche das Verhalten der Erwachsenen beeinflusst werden.

Maßnahmen und Projekte zu Verhaltensänderungen im Energieeinsatz:

- Kinder zum Energiesparen anregen
- Informationsstand über Energiesparen (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz 4)
- Projektwoche nach dem Vorbild der Veranstaltung "Alle Kinder dieser Welt" am 6. Juni 1999
- Vorträge des EBZ im Leitungsgremium der Kindergärten. Fachinformationen sollen von Erzieher/innen pädagogisch aufbereitet und weitergegeben werden. *kaputt gemacht*
- Jugendliche zum Energiesparen anregen (Vereine, Jugendzentren, Kreisschülerrat)
- Energierundgänge an Schulen einführen. Werden auf Anfrage von den Mainkraftwerken angeboten (Ansprechpartner: Herr Reitemann). Ein Energiesparkoffer mit Messgeräten etc. steht zur Verfügung. *gute Nacht!*
- Senioren beraten Senioren. Die Information von älteren Mitbürgern über Möglichkeiten zum Energiesparen gewinnt an Glaubwürdigkeit, wenn sie durch etwa Gleichaltrige erfolgt. Dazu müsste man Senioren zur Beratung schulen.
- Handwerker, Hausmeister etc. über Energiesparmöglichkeiten weiterbilden

- Energiesparkampagne in Zusammenarbeit mit Energieberatungszentrum (EBZ) und Hess. Landesstelle für Lehrerfortbildung (HELP), Regionalstelle Wiesbaden.
- Energiesparen im kirchlichen Bereich.

Ziel: Effiziente Energieerzeugung und effizienter Einsatz

Der sparsame Verbrauch muss flankiert werden durch eine Energieerzeugung mit hohem Wirkungsgrad (Großkraftwerke erreichen oft nur Wirkungsgrade < 40%, während in Blockheizkraftwerken die Energie meist zu über 90% genutzt wird). Kraft-Wärme-Kopplung ist in vielen Fällen eine geeignete Form der Energieversorgung, vorausgesetzt, dass neben der Abnahme der elektrischen Energie auch die thermische Energie zur Kälte- oder Wärmeerzeugung genutzt wird. Bei dezentraler Versorgung mit angepasster Technologie reduziert man Transportverluste.

Maßnahmen und Projekte:

- Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung
- Neubaugebiete: Blockheizkraftwerke zur Nahwärmeversorgung
- Öffentliche Gebäude: Einsatz von Blockheizkraftwerken
- Moderne Heizsysteme
- Informationsveranstaltungen zu Energiesparen
- Beratung von Hauseigentümern, z. B. im Rahmen der Dorferneuerung in Neuhoß

Ziel: Nutzung regenerativer Energien

Zu den in Taunusstein nutzbaren regenerativen Energieträgern zählen Wind, Sonne und Biomasse (Pflanzen, Dung, etc.). Die Sonnenstrahlung kann über thermische Anlagen zur Erwärmung und damit auch zur Kühlung oder über photovoltaische Anlagen zur Stromgewinnung genutzt werden. Die Verwendung von z.B. nachwachsenden Rohstoffen ist auf vielfältige Art möglich, z. B. Holzschnitzelanlagen, Gewinnung von flüssigen oder gasförmigen Energieträgern.

Maßnahmen und Projekte:

- Solarenergie: Ausweitung der Förderung thermischer und elektrischer Solaranlagen,
- Windenergie unterstützen und fördern (geeignete Standorte nicht bebauen),
- Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen unterstützen,
- mögliche andere Energiegewinnungssysteme beobachten und ggf. in die künftige Förderung einbeziehen,
- Vorstellung vorhandener Anlagen,
- Kostendeckende Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien,
- Nutzung regenerativer Energien bei der Versorgung kommunaler Gebäude (Vorbildfunktion).

Ziel: Energiekonzept

Es sind Grundlagen zu schaffen für eine umweltgerechte und zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung in Taunusstein. Nach diesen übergreifenden Rahmenbedingungen können dann u. a. Fördermittel gezielt eingesetzt, Bebauungspläne angepasst, die Bürger umfassend informiert und die Ausstattung kommunaler Liegenschaften überprüft werden.

Maßnahmen und Projekte:

- Überprüfung der städtischen Energie - Lieferverträge (Arbeitsblatt Projekte Energie und Klimaschutz 3, Schlüsselprojekt),

- Bebauungspläne ergänzen, z. B. Dach-Südausrichtung bei Neubauten vorschreiben als Vorbereitung zur Nutzung der Solartechniken, windexponierte Standorte nicht bebauen, Auflagen zur Prüfung der Nutzung von Nahwärme, Vorlage eines Energieversorgungskonzepts bei zeitlich und räumlich zusammenhängenden Bauvorhaben.
- Konzessionsvertrag überprüfen,
- Energiemanagement einführen,
- Energiebilanz: Abwägen der aufgewandten Leistung versus nutzbarem Effekt,
- Kommunale Gebäude mit integraler Energieplanung,
- Gewerbeansiedlung mit Auflagen,
- Aufklärung,
- Lokale Energieagentur und -beratung,
- Klimakarte, Schadstoffbelastung.

Ziel: Klimaschutz durch Ressourcenschonung

Taunusstein kann durch sinnvollen Einsatz der begrenzten energetischen Ressourcen dazu beitragen, ein umweltgerechtes zukunftsfähiges Klima in der Region zu fördern.

Maßnahmen und Projekte

- Müllverwertung
- Recycling
- Tauschbörsen für Gebrauchsgüter, z. B. Möbel, Elektrogeräte

6.2.1.12. Handlungsfeld Wasser und Abwasser

Ziel: Trinkwasser sparen:

Maßnahmen und Projekte:

- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für den Wasserkreislauf, um Verhaltensänderungen zu bewirken,
- Sukzessive Erneuerung von Teilen des Rohrnetzes, um Wasserverluste zu verringern,
- Förderung der Nutzung von Regenwasser für Hauseigentümer und -besitzer,
- Installation von Regenwasser-Nutzungsanlagen in öffentlichen Gebäuden,
- Regenwassernutzung und Einsatz von Zisternen in Neubaugebieten vorschreiben.

Ziel: Grundwassersicherung

Maßnahmen und Projekte:

- Einbau von Trennkanalisation in Neubaugebieten
- Verringerung des Oberflächenabflusses
- Rückbau von Versiegelungen
- Natürliche Vorflut erhalten

Ziel: Gewässerqualität sichern

Maßnahmen und Projekte:

- Renaturierung der Fließgewässer

6.2.1.13. Handlungsfeld Abfall

Ziel: Müll vermeiden, Müllaufkommen verringern.

Maßnahmen und Projekte:

- Umweltfreundliches Beschaffungswesen.

6.2.2. Arbeitsblätter zu Projekten und Maßnahmen

Arbeitsblatt Projekte: Bildung und Kultur 2

1. Projektbezeichnung	Skulpturen und Objekte zur Identifikation und Ortsteilverbinding, z. B. auch Kreiselgestaltung in NeuhoF.
2. Projektziel	Vernetzung der einzelnen Orts - "Oasen"
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Sichtbares Zeichen der Anbindung der Ortsteile von Taunusstein, mehr Identifikation der Ortsteilbewohner mit Taunusstein.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Entwürfe und Mitwirkung von Künstlern. Realisation z.B. in den Werkstätten der VHS. Mithilfe vom Bauhof etc., Entstehung von Skulpturen auch bei Workshops im Freien, mit eingeladenen Künstlern in einem bestimmten Jahresrhythmus.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Kulturfachausschuss und Stadt.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Vorlage von 3 Objektentwürfen (Eber Schmidt), Gespräche bzgl. Zusammenarbeit mit der VHS, Anschreiben an den Ausschuss und den Bürgermeister bzgl. des Standortes "Verkehrsinsel in NeuhoF".
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	Ausschreibungen örtlich und überregional, nach Rücksprache mit Kulturfachausschuss, Mitwirkung von städtischen Gremien klären.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Sinnvolle Aufträge für die Werkstätten.
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	ja
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Bildung und Kultur 3

1. Projektbezeichnung	Möglichkeiten für niveauvolle Ausstellungen
2. Projektziel	Erziehung zum Umdenken, Erweiterung des "Horizontes", lebendige Kunstszene.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erziehung zum Umdenken und zur Toleranz, Erweiterung des "Horizontes". Sensibilisierung, Entwicklung.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Geeignete Räume anbieten, z.B. Museum oder Galerie Derix.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Museumsleiter, evtl. in Zusammenarbeit mit dem Kultur - Fachausschuss.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	Kulturetat der Stadt auch für bildende Kunst, Klärung der Möglichkeiten.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Bildung und Kultur 4

1. Projektbezeichnung	Bücherei im Internet
2. Projektziel	Kinder und Jugendliche zeitgemäßer an Literatur heranzuführen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Lesen fördert Bildung, mehr Bildung fördert Chancen auf dem Arbeitsmarkt
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Internet-Anschluss bereits beantragt
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt (Amt für Jugend, Kultur, Sport und Sozialangelegenheiten und Leiterin der Stadt- und Schulbücherei)
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	siehe 4
7. Finanzierung	Stadt Taunusstein
8. Weitere Arbeitsschritte	./.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	siehe 3
9.2. ökologischer Nutzen	siehe 3
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	siehe 3
9.4. Generationengerechtigkeit	siehe 3
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Chancengleichheit
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Chancengleichheit
9.7. Globale Auswirkungen	./.

Arbeitsblatt Projekte: Bildung und Kultur 5

1. Projektbezeichnung	Internet - Café
2. Projektziel	Heranführung an neue Technologien, bessere Informationen, Zusammenarbeit Senioren und Jugendliche
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Immer auf dem neuesten Stand der Technik
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Kontaktaufnahme, Ausstellung ist vorbestellt
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt (Amt für Jugend, Kultur, Sport und Sozialangelegenheiten), Seniorenbeirat
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Kontaktaufnahme ist erfolgt
7. Finanzierung	Stadt Taunusstein
8. Weitere Arbeitsschritte	Ergeben sich
9. Berücksichtigung von...	Durch...
9.1. sozialer Nutzen	Altersübergreifend: Jugend, Senioren
9.2. ökologischer Nutzen	./.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	Alle Altersstufen
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Ja
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Ja
9.7. Globale Auswirkungen	./.

Arbeitsblatt Projekte: Kinder, Jugendliche, Schulen 1

1. Projektbezeichnung	Jugend einbeziehen
2. Projektziel	Neue Medien für alle, gestaltet durch Jugendliche.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Generationen übergreifende Beschäftigung mit Kulturarbeit. Verständnis und Toleranz fördern.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Herstellung von CD-ROM, Homepage etc.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt, Interessenten, Arbeitsgruppe.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	Bildung einer AG.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Kinder, Jugendliche, Schulen 2

1. Projektbezeichnung	Jugendzentrum
2. Projektziel	Zentrale Jugendbegegnungsstätte für Taunusstein
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Vernetzung verschiedener Jugendaktivitäten, Qualitätssteigerung
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Erarbeitung eines Konzeptes
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadtjugendpflege unter Beteiligung von Jugendparlament
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Kontaktaufnahme ist erfolgt
7. Finanzierung	Stadt Taunusstein
8. Weitere Arbeitsschritte	Ergeben sich
9. Berücksichtigung von...	Durch...
9.1. sozialer Nutzen	Ja
9.2. ökologischer Nutzen	./.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	./.
9.4. Generationengerechtigkeit	./.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Ja
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Ja
9.7. Globale Auswirkungen	./.

Arbeitsblatt Projekte: Kinder, Jugendliche, Schulen 3

1. Projektbezeichnung	Transportmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen verbessern
2. Projektziel	Entlastung der Eltern (meistens der Mütter) vom "Taxidienst" Verkehrsentlastung durch Sammelbeförderung. Bessere Verkehrsanbindung besonders der kleineren Stadtteile.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Minderung von Lärm und Schadstoffen
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Steigerung des Verkehrsangebotes mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Gebührenfreie Benutzung für Taunussteiner Kinder und Jugendliche.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat und Stadtverordnetenversammlung
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Stadtbusverkehr Linie 1 im Stundentakt, Komfortbus
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel
8. Weitere Arbeitsschritte	Verdichtung des ÖPNV
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Minderung der privaten Fahrzeugkosten
9.2. ökologischer Nutzen	Minderung von Lärm und Schadstoffen
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Bei häufiger Inanspruchnahme des ÖPNV ; höherer Kosten/Nutzenfaktor
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Klimaschutz

Arbeitsblatt Projekte: Gesundheit 1

1. Projektbezeichnung	Klasse 2000
2. Projektziel	Präventionsmaßnahme gegen Drogen, Alkohol und Nikotin sowie gegen Computer- und Spielsucht, Hinführung zu gesunder Ernährung, Einschränkung von Süßigkeiten usw.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Einführung dieses Projektes an allen Taunussteiner Grundschulen
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Leiterinnen und Leiter der Grundschulen, Beteiligung der Elternschaft (auch an den Kosten)
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Probeweise Projekt an Grundschule Bleidenstadt
7. Finanzierung	Stadt, ab 2000 stehen im Verwaltungshaushalt Mittel zur Verfügung
8. Weitere Arbeitsschritte	Fortführung des Projektes über die erste Schulklasse hinaus
9. Berücksichtigung von...	Durch...
9.1. sozialer Nutzen	Ja
9.2. ökologischer Nutzen	Ja
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Ja
9.4. Generationengerechtigkeit	Ja
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Ja
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Ja
9.7. Globale Auswirkungen	Ja

Arbeitsblatt Projekte: Gesundheit 2

1. Projektbezeichnung	Unterstützung für pflegende Frauen
2. Projektziel	Erleichterung der Situation von pflegenden Frauen. Erhaltung der Pflegebereitschaft und -fähigkeit.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Langfristige Erhaltung der Pflegebereitschaft und -fähigkeit, nicht nur für die betroffenen Frauen, sondern auch für die nachfolgenden Jahrgänge. Weniger stationäre Unterbringung.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Verbesserte Informationen über finanzielle und fachliche Unterstützungsmöglichkeiten; Kurse für pflegende Angehörige verstärkt anbieten; ehrenamtliche Entlastungsangebote durch Besuchsdienste; nachbarschaftliche Hilfen etc.; (Selbsthilfe-) Gruppenangebote; Hospiz-Initiative; Schulprojekte.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Kirchengemeinden, Mütterzentrum, Sozialstationen, Agentur E, Seniorenbüro, Krankenkassen
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	In einigen Bereichen existieren bereits Angebote, z.B. Gruppen für pflegende Angehörige.
7. Finanzierung	Öffentliche Träger (Stadt, LWV), Krankenkassen
8. Weitere Arbeitsschritte	Problembewusstsein schaffen für Pflege in der Familie und Bedingungen für die pflegenden Frauen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Hilfestellung bei der häuslichen Pflege verbessert die Situation für Patienten und Pflegende gleichermaßen, besseres Verhältnis der Generationen untereinander.
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Häusliche Pflege reduziert die Notwendigkeit von Pflegeheim - Unterbringungen und ist meist kostengünstiger.
9.4. Generationengerechtigkeit	Hilfestellung der Jüngeren für die Älteren.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Angebote sind auch für pflegende Männer vorgesehen.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Angebote sind auch für pflegende ausländische Mitbürger/innen vorgesehen.
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 3

1. Projektbezeichnung	Integrative Angebote für behinderte Kinder
2. Projektziel	Gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Vorschuleinrichtungen und Grundschule.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Lerneffekte für alle Beteiligten: Einfühlungsvermögen, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Abbau von emotionalen Barrieren, Vorurteilen, Berührungängsten. Integration der ganzen Familien in den normalen Alltag.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Ausreichende Integrationsplätze in Krippe, KiGa, KiTa, Hort und Grundschule.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Elterninitiativen, Elternbeiräte Ansprechpartner: jeweilige Träger der Einrichtungen (Stadt bzw. Träger), Jugendamt, Frühförderstelle, Schulamt.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Vorbereitung der Bedarfsermittlung anlässlich der Veranstaltung „Alle Kinder dieser Welt“ am 06.06.1999
7. Finanzierung	Je nach Platzbedarf - Einzelheiten müssten von der Verwaltung ermittelt werden.
8. Weitere Arbeitsschritte	Weitere Konkretisierung des Bedarfs durch Ansprache mit Frühförderung und betroffenen Eltern; Öffentlichkeitsarbeit; Absprache mit städtischem Sozialamt.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Verbesserung des sozialen Zusammenlebens, geringere Isolation
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Weniger Bedarf an Sondereinrichtungen.
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Ja
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Ja
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 4

1. Projektbezeichnung	Integration psychisch behinderter Menschen in die Gesellschaft.
2. Projektziel	Herauslösung aus der Isolation und Benachteiligung.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Verbesserung der Lebensqualität und Menschenwürde. Förderung der Selbstständigkeit und Zugehörigkeit, dadurch weniger Klinikaufenthalte und Medikamentenverbrauch.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Persönliche Kontakte und Einladungen zu öffentlichen, kirchlichen und kulturellen Veranstaltungen. Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Alle gesundheits- und sozialpolitischen Institutionen, Sozialamt. Betroffene, Angehörige und Bürgerhelfer, unabhängige Fachleute.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Selbsthilfegruppen, Angehörigengruppen, Forum Schmiede (siehe Projektblatt Soziales 6)
7. Finanzierung	Städtische Zuschüsse, Spenden, Beiträge.
8. Weitere Arbeitsschritte	Abbau von Vorurteilen, Anerkennung und Unterstützung der Leistungen, Präsentation der Vielfältigen Begabungen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Beseitigung der durch Armut und Behinderung verursachten Isolation.
9.2. ökologischer Nutzen	Förderung von Eigeninitiative und Selbstständigkeit.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Längerfristige Eigenverantwortung und Eigenständigkeit, weniger Rückfälle, Klinikaufenthalte und Medikamente.
9.4. Generationengerechtigkeit	Armut und Behinderung machen nicht Halt ... vor Alt oder Jung...
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	... vor Mann oder Frau...
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	... oder vor ausländischen Mitbürgern.
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 5

1. Projektbezeichnung	Beschäftigungen und Wohnungen für psychisch behinderte Menschen
2. Projektziel	Leichte Arbeit, die von Behinderten bewältigt werden kann. Eigener Wohnraum, um Obdachlosigkeit zu verhindern.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Angstfreie Lebensgestaltung durch mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Wohnungen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt, Kirchen, Betriebe, Wohnungsamt, Vermieter.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, Betriebe, Arbeitsamt, Sozialamt.
8. Weitere Arbeitsschritte	Abbau von Vorurteilen, Anerkennung und Unterstützung der verbliebenen Leistungsfähigkeit.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Mehr Lebensqualität und Selbstbewusstsein.
9.2. ökologischer Nutzen	Mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Weniger Rückfälle, weniger Klinikaufenthalte und Medikamente.
9.4. Generationengerechtigkeit	Betroffen sind Jung und Alt...
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	... Mann und Frau...
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	... ausländische Mitbürger
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 6

1. Projektbezeichnung	Integrationsprojekt "Forum Schmiede"
2. Projektziel	Integration psychisch behinderter Menschen in die Gesellschaft; Unabhängigkeit von kirchlichen und caritativen Institutionen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Förderung der Eigenverantwortlichkeit und Zugehörigkeit; Weniger Klinikaufenthalte und Medikamente
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Einbeziehung Betroffener zur Programmgestaltung und -ausführung. Beschäftigung, die bewältigt werden kann.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Psychisch Behinderte sind im Vorstand, planen, organisieren, führen aus. Tempo und Leistung sind nicht fremdbestimmt vorgegeben. Außerdem arbeiten Angehörige und Bürgerhelfer mit.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Gründung des Forums im Januar 2000; Eintragung als gemeinnützig - mildtätiger Verein beantragt.
7. Finanzierung	Beiträge, Zuschüsse, Spenden
8. Weitere Arbeitsschritte	Öffentlichkeitsarbeit, Abbau von Vorurteilen. Präsentation vielfältiger Begabungen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Integration und Beseitigung von Isolation
9.2. ökologischer Nutzen	Stärkung der Eigenverantwortlichkeit
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	weniger Klinikaufenthalte und Medikamente
9.4. Generationengerechtigkeit	Isolation und Vorurteile machen nicht Halt vor alten und jungen Betroffenen
9.5. Geschlechtergerechtigkeit Männern und Frauen
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit und ausländischen Mitbürgern
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 7

1. Projektbezeichnung	Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf
2. Projektziel	Verbesserte Betreuungsangebote für Kinder (Krippe, KiGa, KiTa, Hort, Betreute Grundschule, Tagesmütter). Arbeitsangebote, die auf die zeitlichen Bedürfnisse der Frauen eingehen.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Teilhabe am beruflichen Leben auch für (allein erziehende) Mütter, persönliche Zufriedenheit der Frauen, besseres Familienklima.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Ausreichendes Platzangebot und verlängerte/flexiblere Öffnungszeiten (neue Modelle 2/3 Tage Woche?). Zukunftsvision: Ganztagschule Weitere Betriebskindergärten im Industriegebiet.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt Industrie Mehr Beteiligung der Eltern (Pflichtbeteiligung wie in privaten Kindergärten).
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Vorbereitung der Bedarfsermittlung anlässlich der Veranstaltung 'Alle Kinder dieser Welt' am 06.06.1999
7. Finanzierung	Je nach erforderlichem Platzbedarf, Einzelheiten müssten von der Verwaltung ermittelt werden. Einkommensabhängige Beiträge.
8. Weitere Arbeitsschritte	Konkretisierung des Bedarfs, Ansprechen von Elternbeiräten, ausführlichere Anmeldungsgespräche in den Vorschuleinrichtungen, Öffentlichkeitsarbeit, Absprache mit dem Sozialamt.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Anstreben von beruflicher Chancengleichheit auch für Mütter. Sicherung der Altersversorgung von Frauen
9.2. ökologischer Nutzen	Wohnortnahe Kinderbetreuung vermeidet lange Autofahrten.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Mütter können zum Bruttosozialprodukt beitragen, Senkung des Sozialhilfesaufwands, mehr Arbeitsplätze.
9.4. Generationengerechtigkeit	Durch steigende Rentnerzahl werden mehr aktive Arbeitnehmer benötigt.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Allein erziehende Väter sind mit einbezogen, Frauen haben ein Recht auf Berufsausübung.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Ausländische Familien sind mit einbezogen.
9.7. Globale Auswirkungen	Kinder zu haben, ist positiv zu bewerten.

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 8

1. Projektbezeichnung	Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung
2. Projektziel	Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	a) dauerhafte und verlässliche Beziehungen für Kinder (von Krippe, Hort → eine Einrichtung, Erzieherin als dauerhafte Bezugsperson) = mögliche Gewaltprävention. b) verlässliche Betreuungsangebote und Erziehungspartnerschaften für Familien.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Einführung von weiteren (siehe KiTa Taunusstraße in Neuho) altersgemischten Gruppen (allerdings große Mischung). Neue bedarfsgerechte Betreuungskonzepte.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt und Kirche als Träger von Betreuungseinrichtungen bzw. Schulen, Land, freie Träger. Qualitative Jugendplanung nach § 80 KJHG im Dialog mit den Eltern.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Laut Mathias Urban, Plan Werk Statt GmbH: 3,9 Stellen pro altersgemischte Gruppe. (Von Krippen bis Hortalter) Üblich: 2,5 - 3,0 Stellen pro Gruppe. Teurer als KiGa-Gruppe, aber günstiger als Krippengruppe
8. Weitere Arbeitsschritte	Grundlagen der bisherigen Jugendhilfeplanung erfragen. Kontakt zu Eltern vorhanden? Qualitative Planung geht über Datensammeln hinaus.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Aufbau von dauerhaften Beziehungen/Partnerschaften Kinder - Eltern - Erzieher/innen
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Qualifikationen, die Mütter in Ausbildung, Studium etc. erworben haben, kommen zum Einsatz.
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 9

1. Projektbezeichnung	Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren
2. Projektziel	Abdeckung des Betreuungsbedarfs für unter 3-Jährige Kinder
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinbarkeit von Familie und Berufsarbeit - Verlässlicher Faktor in der Entwicklung der Kinder - Versorgung der Kinder
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Schaffung von entsprechenden Räumlichkeiten und Personal, Konzeptionsplan
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt (Amt für Jugend, Kultur, Sport und Sozialangelegenheiten)
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Planungsgespräche
7. Finanzierung	Stadt Taunusstein
8. Weitere Arbeitsschritte	Einrichtung der Plätze in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden Bildung des Teams, Bereitstellung finanzieller Mittel
9. Berücksichtigung von...	Durch...
9.1. sozialer Nutzen	Integration, Chancengleichheit, Berufstätigkeit der Eltern, Sozialisation gleichberechtigt durch Familien ergänzende Erziehungsstrukturen
9.2. ökologischer Nutzen	Durch die frühe Einbindung werden möglichst frühzeitig ökologische Grundwerte durch das Fachpersonal vermittelt
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Berufstätigkeit der Eltern wird ermöglicht. Dadurch wird das Einkommen der Familien (Lebensstandard) gesichert
9.4. Generationengerechtigkeit	Siehe 3
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Chancengleichheit
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Chancengleichheit
9.7. Globale Auswirkungen	Integration

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 10

1. Projektbezeichnung	Größeres Angebot von wohnortnahen Arbeitsplätzen für Frauen
2. Projektziel	Wohnortnahe, Existenz sichernde Arbeitsplätze für Frauen, Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Existenzsicherung von Frauen. Umweltentlastung durch kürzere Fahrtstrecken.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Kontaktaufnahme mit städtischen Unternehmern (evtl. über Gewerbeverein), Stadtverwaltung und Arbeitsamt zur Information über diese Frauenforderung und zur Entwicklung von Realisierungsschritten. Flankierend: Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Kooperation mit Bürgermeister, mit zuständigen Ämtern und Einrichtungen, Vereinen, Mütter- und Frauenzentrum und Organisationen, Arbeitsamt usw. Konzeptionelle Zusammenarbeit mit Kreis- Landes- und Bundesebene.
3. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Es gibt bereits eine Reihe von Arbeitsstellen für Frauen in Taunusstein, das Angebot muss allerdings erweitert werden. Besonders wichtig ist, auf flexible Arbeitszeiten und Teilzeitangebote zu achten.
7. Finanzierung	Im Rahmen der Kooperationsmöglichkeiten (Stadt, Kreis, Land, Arbeitsamt usw.).
8. Weitere Arbeitsschritte	Weiterführende Arbeit in Richtung nachhaltiger Sicherung und Erweiterung der Angebote.
9. Berücksichtigung von...	Der jeweilige Nutzen für Frauen und Kinder sowie im Zusammenleben für Männer ist gegeben.
9.1. sozialer Nutzen	s. oben
9.2. ökologischer Nutzen	s. oben
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	s. oben
9.4. Generationengerechtigkeit	Kinder profitieren von Existenzsicherung.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Beide Geschlechter müssen Standort finden.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Gleichgewicht muss gefunden werden.
9.7. Globale Auswirkungen	Beispiele können weitergegeben werden.

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 11

1. Projektbezeichnung	Altengerechte Wohnungen: Förderung der Wohnungsanpassung für Ältere im Neubau in zentraler Lage, Seniorenwohnungen vorschreiben.
2. Projektziel	Mit Wohnungsanpassung zuhause alt werden.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Wohnen in vertrauter Umgebung.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Umfangreiche Informationen praktischer Möglichkeiten.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Die Gremien der Stadt Taunusstein.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Werden vom Seniorenbeirat aufgegriffen.
7. Finanzierung	Bei Behinderungen und anderen Voraussetzungen sind die Förderungen in jedem Einzelfall zu prüfen.
8. Weitere Arbeitsschritte	Beratung vor Ort.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 12

1. Projektbezeichnung	Professionelles, attraktives Seniorenbüro - Leitstelle "älter werden"
2. Projektziel	Zentrale Anlaufstelle für Beratung und Hilfe der Senioren in ihrer Stadt. Hauptamtliche Begleitung des Projektes für freiwilliges soziales Engagement. Geschäftsstelle Seniorenbeirat.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Bessere Integration Älterer in die kommunale Gemeinschaft. Generationen übergreifende Projekte mit dem Seniorenbeirat.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Attraktive Büroräume. Erreichbar für Behinderte auch mit Rollstuhl. In der Nähe des Busbahnhofs und des Rathauses.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Eingebunden in die bestehenden Verwaltungsstrukturen, in Verbindung mit dem gewählten Seniorenbeirat der Stadt.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Neue Strukturen Verwaltung / Ehrenamt. Seniorenclubs in den Stadtteilen / Veranstaltungsreihe im Jahr durch Verwaltung. Senioren - Kulturkreis.
7. Finanzierung	Büro und Personal sowie Räumlichkeiten durch die Stadt.
8. Weitere Arbeitsschritte	Stellenplan darauf anpassen bis Mitte 2000. Raumfrage und Ausstattung.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	durch gezielte, längere Informationen und praktische Beratung Einsparung bei Pflege, ambulant und stationär.
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	siehe 9.1
9.4. Generationengerechtigkeit	Wirkt der Vereinsamung entgegen.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 13

1. Projektbezeichnung	Wanderausstellung „Wohnen im Alter, am liebsten zuhause“ Wohnungsanpassung, kleine Maßnahme mit großer Wirkung
2. Projektziel	Selbstständigkeit bis ins hohe Alter
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Seniorengerechtes Wohnen, Entlastung der Pflegedienste
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Bei Neubauten auf seniorengerechtes Wohnen achten, ggf. bestehende Wohneinheiten umbauen
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt Taunusstein (Amt für Jugend, Kultur, Sport und Sozialangelegenheiten in Zusammenarbeit mit Amt für Stadtentwicklung), Stadtseniorenberater
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	erste Kontakte zu den Anbietern bestehen
7. Finanzierung	Ausstellung finanziert durch Stadt Taunusstein
8. Weitere Arbeitsschritte	ergeben sich nach der Ausstellung
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	für alle Generationen
9.2. ökologischer Nutzen	./.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	./.
9.4. Generationengerechtigkeit	ja
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	ja
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	ja
9.7. Globale Auswirkungen	./.

Arbeitsblatt Projekte: Soziales 14

1. Projektbezeichnung	Integration von Neubürger/innen
2. Projektziel	Eingliederung in die Bürgerschaft
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Verminderung von Vereinsamung
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Einbringung in das Vereinsleben und sonstige öffentliche Veranstaltungen
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sowie Verwaltung und Vereine
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Informationsmappe für Neubürger/innen
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel
8. Weitere Arbeitsschritte	Ausweitung der Informationen
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Integration
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Förderung des Gemeinschaftssinns und des Sozialverhaltens

Arbeitsblatt Projekte: Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 2

1. Projektbezeichnung	Unterstützung des Ehrenamtes durch eine Vermittlungsstelle
2. Projektziel	Vereine und Kulturengagierte ermutigen.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Dauerhafte Entlastung von kommunalen Körperschaften durch Freiwilligen - Einsatz.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Unterstützung durch entsprechende Vermittlungsstellen oder einen Beauftragten.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Fachberater der Stadt oder des Kreises, offizielle Bürgerbüros, Verbände des Freiwilligen - Engagements.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 3

1. Projektbezeichnung	Taunussteiner Stadtnachrichten verbessern
2. Projektziel	Eine anschauliche, informative Zeitschrift, die gern gelesen wird.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Mehr Bürger über die "Kultur" erreichen, um "Horizonte" zu erweitern für ein friedliches Miteinander. Die Einwohner Taunussteins über ansprechende Information teilhaben lassen am Leben in der Stadt. Ein Forum schaffen für den Agenda 21-Prozess. Rechtzeitige Information über öffentliche Sitzungen politischer Gremien mit verständlicher Angabe der wichtigsten Themen.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt Taunusstein in Zusammenarbeit mit dem Kulturausschuss und den Kulturtreibenden. Bei der Gestaltung den "Kulturausschuss" und die Agenda 21-Gruppen mit einbeziehen.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	Die Zusammenarbeit mit der Stadt Taunusstein klären.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Größere Beteiligung der Bürger/innen am kommunalen Leben.
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Eine Welt 1

1. Projektbezeichnung	Partnerschaften mit Städten/Initiativen in der Dritten Welt
2. Projektziel	Probleme erkennen und Verständnis wecken. Fremde Kulturen kennen lernen, gezielte Hilfe.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Langfristig muss das Leben in der Dritten Welt zu gleichen Bedingungen wie bei uns möglich sein.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Bildung einer Initiativgruppe mit Vertretern von Kirchen, Schulen, Vereinen, Gewerbe und Stadt.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Beteiligung möglichst vieler Interessengruppen.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Bisher Partnerschaften in Europa durch Stadt und Partnerschaften von Kirchen und Schulen.
7. Finanzierung	Sollte möglichst durch Veranstaltungen und Spenden finanziert werden. Zuschüsse durch die Stadt.
8. Weitere Arbeitsschritte	Benennung eines Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und Bildung der Initiativgruppe.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Hilfe vor Ort, soziale Kontakte stärken.
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Gerechter wirtschaftlicher und sozialer Ausgleich.
9.7. Globale Auswirkungen	Gerechter wirtschaftlicher und sozialer Ausgleich.

Arbeitsblatt Projekte: Eine Welt 2

1. Projektbezeichnung	Förderung des Verkaufs von Eine – Welt - Produkten
2. Projektziel	Bewusstmachen der gesamten Problematik.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Soziale Gerechtigkeit durch fair gehandelte Produkte.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Ausschank von Eine – Welt Kaffee bei Seniorenveranstaltungen, Werbeaktionen für Kaffee und Tee im Rathaus. Verkauf von Eine – Welt - Produkten bei städtischen Festen, kirchlichen und kulturellen Veranstaltungen. Medieninformation.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Mitarbeiter des Eine – Welt - Ladens und Beteiligte der TG Soziales der Agenda 21.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Verkaufsförderung durch Eine – Welt - Laden St. Ferrutius. 18 Personen arbeiten ehrenamtlich im Eine – Welt - Laden. Die Kirchengemeinde St. Ferrutius stellt kostenlos Raum zur Verfügung. Kontaktaufnahme betreffend Verkauf in Nachbar - Kirchengemeinden.
7. Finanzierung	Eigenfinanzierung.
8. Weitere Arbeitsschritte	Kontakt mit Stadt Taunusstein und den Kirchen in Taunusstein (s. Punkt 4)
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Ausgleich der Gerechtigkeit im Handel.
9.2. ökologischer Nutzen	Sorgsamer Umgang mit den Ressourcen.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Liegt beim Erzeuger, er bekommt mehr Geld.
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Wird gefördert.
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Eine Welt 3

1. Projektbezeichnung	Workshops, Veranstaltungen zum Kennenlernen verschiedener Kulturen
2. Projektziel	Verständnis und Toleranz fördern für ein friedliches Miteinander.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Verständnis und Toleranz fördern für ein friedliches Miteinander, Horizonte erweitern.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Workshops und sonstige Veranstaltungen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Verschiedene Institutionen oder auch Einzelinitiativen.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Stadt, öffentliche Hand, Gewerbetreibende und sonstige Sponsoren.
8. Weitere Arbeitsschritte	Weitere Workshops und sonstige Veranstaltungen, Kulturaustausch.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	

Arbeitsblatt Projekte: Eine Welt 4

1. Projektbezeichnung	Alle Kinder dieser Welt
2. Projektziel	Verständnis für andere Kulturkreise wecken, Integration ausländischer Mitbürger/innen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Schaffung von Verständnis für andere Kulturkreise ist eine wichtige Voraussetzung zur Friedenserziehung
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Pädagogische Angebote in Kinderbetreuungseinrichtungen
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt und externe Institutionen
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Pädagogische Angebote zu diesen Themen werden ständig in den Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Taunusstein durchgeführt
7. Finanzierung	Stadt Taunusstein
8. Weitere Arbeitsschritte	Siehe 6
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Siehe 3
9.2. ökologischer Nutzen	Siehe 3
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Siehe 3
9.4. Generationengerechtigkeit	Siehe 3
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Chancengleichheit
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Chancengleichheit
9.7. Globale Auswirkungen	Frieden

Arbeitsblatt Projekte: Eine Welt 5

1. Projektbezeichnung	Friedenswoche: Europäische Frauen fördern Frieden (16. - 23. Okt. 1999) "Women for peace"
2. Projektziel	Von jeder Teilnehmer/in (angesprochene Person) wird ein einheitlicher Brief für den Frieden an Herrn Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, verschickt.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Die "andere Hälfte der Menschheit" wird jetzt aktiv und wird erfolgreich. Wenn Mütter ihre Söhne nicht den Kriegen opfern...!!!
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Alle erforderlichen Maßnahmen sind genannt (vorhanden): Veranstaltungen, Vorträge, Feste.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Hauptsächlich Frauen.
3. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Bereits in Italien und Frankreich Erfolge! Veranstaltung am 23.10.1999: Frauen fördern Frieden.
7. Finanzierung	Siehe andere Städte. Gering, da u.a. Eigeninitiative.
8. Weitere Arbeitsschritte	Ziel: Frieden ist nicht nur möglich, sondern unausweichlich! Es wird beabsichtigt, weitere Friedensaktionen zu veranstalten. Global denken, lokal handeln!
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Weltfrieden.!! ...mal anders...!
9.2. ökologischer Nutzen	- " -
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	- " -
9.4. Generationengerechtigkeit	- " -
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Via Gleichberechtigung/-wertigkeit.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	- " -
9.7. Globale Auswirkungen	- " -

Arbeitsblatt Projekte: Eine Welt 6

1. Projektbezeichnung	Integration ausländischer Frauen
2. Projektziel	Verständnis und Toleranz zwischen den Kulturen; gutes Miteinander; Angebote und Nachfrage nach Sprachkursen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel	Verbesserung des sozialen Zusammenlebens; Einbeziehung von ausländischen Frauen in das öffentliche Leben. Positive Auswirkungen auf die Erziehung der ausländischen Kinder.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Verstärkte Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Frauen; regelmäßige Treffen; Kennenlernen der verschiedenen Kulturen; Angebote des Mütter- und Frauenzentrums speziell auch für ausländische Frauen; Sprachkurse (auch für Analphabetinnen) mit Kinderbetreuung anbieten; Angebote für Seniorinnen; Besuchsdienst für neu Zugezogene; Ausrichten eines internationalen Festes; an die Fürsorgepflicht der Betriebe appellieren bezüglich innerbetrieblichen Sprachkursen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt, Frauenbeauftragte, VHS, Seniorenbüro, Firmen, Ausländerbeirat
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Kontakte zu den Frauen des Ausländerbeirates; gemeinsame Veranstaltungen der Frauenbeauftragten mit dem Ausländerbeirat. Die Internationalen Frauentage, jährlich im März und besondere thematische Schwerpunkte 1991 Ausstellung „Japanische Frauen und Erziehung japanischer Mädchen“ und Veranstaltung „Frauen verschiedener Länder begegnen sich“, 1995 „Begegnung ausländischer und deutscher Frauen“, 1997 „Gospelkonzert“, 2000 „Unterschiedliche Darbietungen von Frauen verschiedener Kulturen“. Außerdem weitere verschiedene Veranstaltungen von der Frauenbeauftragten: „Das andere anders sein lassen, liebe Betty Mahmoody!“ (9/91), „Gegeneinander, nebeneinander, miteinander“ (2/92), Frauenkabarett „Die Türkinnen kommen“ (4/93) „Türkinnen in Deutschland“ (9/93) Theaterstück für Kinder „Geschichten aus einer Welt“, „Internationales Frauengespräch“ anlässlich der Woche ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger (9/95), Frauenkabarett „Gemein sind wir deutsch“ (9/97), Lesung mit Inci Aral „Die Zugvögel ziehen fort aus meinem Herzen“, „Türkischer Abend“ (9/99) am selben Abend Eröffnung der Kunstaussstellung des Ausländerbeirates; auf Initiative der Frauenbeauftragten findet seit 27.09.99 ein Sprachkurs für ausländische Frauen von der VHS im Mütter- und Frauenzentrum statt, ein weiterer ist in Planung.
7. Finanzierung	Kommune, Land, Institutionen, z.B. VHS, Firmen anteilig, ausl. Frauen anteilig, ehrenamtliche Arbeit, Seniorenarbeit.
8. Weitere Arbeitsschritte	Konkretisierung der Planung mit dem Mütter- und Frauenzentrum; Kontakte zu ausländischen Frauen aufbauen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Abbau von Vorurteilen, Diskriminierung, Aggressionen; miteinander statt gegeneinander, gegenseitige Achtung statt Verachtung
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Integration bedeutet Aufwertung, dadurch bessere Einbindung in unser Wirtschaftssystem ebenso wie in soziale Bereiche
9.4. Generationengerechtigkeit	Ja
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Ja
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Ja
9.7. Globale Auswirkungen	Gute Beispiele können Nachahmungseffekte auslösen

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 2

1. Projektbezeichnung	Öffentlicher Personenverkehr: freie Busfahrt für alle
2. Projektziel	Förderungsmaßnahme zur Mobilität auch für Jugendliche, sozial Schwache, Alte und Behinderte.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Beweglichkeit und Verbesserung der Lebenssituation durch Überwindung und Bewältigung von Entfernungen. Bessere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Bereitstellung kostenloser Fahrgelegenheiten mit vermindertem Zeittakt und vermehrten Haltepunkten.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Bisheriger Träger. Evtl. Arbeitgeber.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Z.B. ÖVN in Belgien, Brandenburg, Templin und Lübben, Fulda
7. Finanzierung	Bisheriger Träger. Evtl. Arbeitgeber, da auch Arbeitnehmer in den Genuss der kostenlosen Beförderung kommen.
8. Weitere Arbeitsschritte	Kontaktaufnahme und Information mit vorhandenen Betreibern.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Mobilität, Minderung von Ausgrenzungen. Menschliche Kontakte.
9.2. ökologischer Nutzen	Umweltschonend durch weniger Abgase, volle Busse. Geringere Straßenbelastung und Umweltzerstörung.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Weniger Beschädigungen im Bus, weniger Parkraum. Keine Kredite für neue Straßen - keine Schulden.
9.4. Generationengerechtigkeit	Jung und Alt zur Nutzung.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	Mann und Frau zum Vorteil.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Beteiligung ausländischer Mitbürger/innen
9.7. Globale Auswirkungen	Gutes Beispiel.

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 3

1. Projektbezeichnung	Stärkung des ÖPNV
2. Projektziel	Verminderung bzw. Vermeidung von motorisiertem Individualverkehr
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erhöhung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs. Vermeidung von Schadstoffen.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Verlagerung des Verkehrs auf Massenverkehrsmittel im ÖPNV, Erhöhung des Verkehrsangebotes bzw. Verdichtung der Taktfolge.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Landes- und Bundesbehörden
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Werbung für Bus und Bahn. Bildung von RMV und RTV. Ausbau des Stadtbusverkehrs, Ergänzung durch Komfortbussystem.
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel / Landeshaushalt
8. Weitere Arbeitsschritte	Konsequente Umsetzung von Verbesserungen (Verdichtung des Taktes und Einrichtung einer Mobilitätszentrale). Bevorrechtigung des ÖPNV auf Straßen. Verbesserung der Verkehrsführung durch Ergänzungs- bzw. Neubaumaßnahmen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Kostendämpfung durch Einsparung für Personen und Sachschäden
9.2. ökologischer Nutzen	Minimierung des Schadstoffausstoßes durch Vermeidung von Standzeiten im Stau; Verkürzung der Reisezeiten durch integralen Taktverkehr und zügigeren Verkehrsablauf.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Kostengünstige Verkehrsverbindungen. Langfristige Einsparung von Kosten für Personen und Sachschäden bei Unfällen.
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Schutz der Gesundheit, Umwelt und Natur. Steigerung der Wohnqualität.

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 4

1. Projektbezeichnung	Verbesserung der Pendlersituation
2. Projektziel	Schaffung von schnellen Verkehrsmitteln zwischen Wohn- bzw. Ballungsräumen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Reduzierung des Individualverkehrs
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Verlagerung des Verkehrs auf Massenverkehrsmittel im ÖPNV
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Landes- und Bundesbehörden
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Werbung für Bus und Bahn. Bildung von RMV und RTV.
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel / Landeshaushalt
8. Weitere Arbeitsschritte	Verbesserung der Verkehrsführung. Ausbau von bestehenden Straßen mit Bevorrechtigung des ÖPNV. Verbesserung von Schienenwegen.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Abbau der Stresssituation für Pendler in der „Rush Hour“

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 5

1. Projektbezeichnung	Ausbau der Aartalbahn
2. Projektziel	Verminderung bzw. Vermeidung von Individualverkehr
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erhöhung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs, Verminderung des Schadstoffausstoßes Stressfreie Pendlerströme zwischen Wohn- und Ballungsgebieten
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Verlagerung des Verkehrs auf Massenverkehrsmittel im ÖPNV
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Landes- und Bundesbehörden
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Werbung für Bus und Bahn.
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel / Landes-/Bundeshaushalt
8. Weitere Arbeitsschritte	Verbesserung des Schienenweges mit direkter Verbindung in die Innenstadtbezirke sowie Verdichtung der Haltepunkte. Schaffung eines integralen Taktfahrplanes.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	Vermeidung von Schadstoffen
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Schutz der Gesundheit, Umwelt und Natur. Steigerung der Wohnqualität.

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 6

1. Projektbezeichnung	Schulwegeplan
2. Projektziel	Vorgabe eines sicheren Schulweges
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erhöhung der Sicherheit für Schulkinder
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Festlegung des Schulweges über sichere Wegstrecken und gesicherte Kreuzungsbereiche
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde, Landrat als untere Verkehrsbehörde, Straßenbaulastträger und Polizei
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Bestehende Schulwegepläne, teilweise mit Schulwegmarkierung
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel / Landeshaushalt
8. Weitere Arbeitsschritte	Fortschreibung des Schulwegeplanes.
9. Berücksichtigung von...	durch....
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Vermeidung von Verkehrsunfällen mit Schulkindern

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 7

1. Projektbezeichnung	Ausbau von Rad- und Fußwegen
2. Projektziel	Trennung der Fahrwege für Benutzergruppen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Schaffung von separaten Rad- und Fußwegen
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Erstellung eines Entmischungsplanes
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Landes- und Bundesbehörden
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel / Landeshaushalt
8. Weitere Arbeitsschritte	Fortschreibung der bestehenden Konzeption
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Kostendämpfung durch Einsparung für Personen und Sachschäden
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Langfristige Einsparung von Kosten für Personen und Sachschäden bei Unfällen.
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Schutz der Gesundheit, Umwelt und Natur. Steigerung der Wohnqualität.

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 8

1. Projektbezeichnung	Gefährdung durch den Straßenraum: Auflistung des Gefährdungspotentials in den Straßenräumen und an den Kreuzungen für Kinder, Ältere, Behinderte
2. Projektziel	Verbesserung und Sicherung des Verkehrsraums. Verminderung bzw. Vermeidung von Unfällen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Sicherheit und Komfort für alle Beteiligten. Sicherung von Verkehrsflächen.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	Ausreichende Fußwege (Bürgersteige), schwellenfreie Straßen- und Kreuzungsquerungen. Eindeutige Abgrenzung von Verkehrs-, Gehweg- und Spielflächen. Schaffung von sicheren Übergängen.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Polizei und Ordnungsbehörde. Zuständige Ämter der Stadt, des Kreises, des Landes, des Bundes.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen. Schaffung von gesicherten Überwegen mittels Signalanlagen oder markierten Fußgängerüberwegen.
7. Finanzierung	Durch die jeweils zuständigen Straßenbauämter. Städtische Haushaltsmittel / Landeshaushalt
8. Weitere Arbeitsschritte	Siehe Ziffer 1. Umsetzung des Programmes der Kreisverkehrswacht (Aktion „Minus 10%“)
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Sicherheit im Straßenverkehr. Eindämmung von Unfällen.
9.2. ökologischer Nutzen	Minimierung der gesundheitlichen Schäden bzw. Folgeschäden.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Kostendämpfung von Arzt- / Krankenhauskosten sowie Arznei- und Heilmittelkosten nach Unfällen.
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Langfristige Einsparung von Kosten für Personen und Sachschäden sowie Schutz der Gesundheit.

Arbeitsblatt Projekte: Verkehr 9

1. Projektbezeichnung	Optimierung der Verkehrsüberwachung
2. Projektziel	Einhaltung der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften (StVO, StVZO)
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Minimierung von Verkehrsverstößen
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Verkehrskontrollen als erzieherische Maßnahme bei Verkehrsverstößen bzw. bei Zuwiderhandlung bestehender Verkehrsvorschriften
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Bürgermeister als Ordnungsbehörde und Polizei
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Sicherung eines nahezu geordneten Verkehrsablaufes durch regelmäßige Verkehrskontrollen und Geschwindigkeitsmessungen.
7. Finanzierung	Städtische Haushaltsmittel
8. Weitere Arbeitsschritte	Aufrechterhaltung der Kontrollen
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	
9.2. ökologischer Nutzen	
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Geordneter Verkehrsablauf im Interesse der Sicherheit für Menschen

Arbeitsblatt Projekte: Natur und Landschaft 2

1. Projektbezeichnung	Kommunales Flächenmanagement
2. Projektziel	Biotopvernetzung mit städtischen Flächen
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erhaltung der biologischen Vielfalt
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Erstellung des Landschaftsplanes der Stadt Taunusstein
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Stadt Taunusstein (Zusammenarbeit der Liegenschaftsverwaltung und des Amtes für Stadtentwicklung). Pflege durch Landwirte und LPV, tlw. Stadt.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	Systematische Prüfung städtischer Flächen bzw. zum Ankauf anstehender Flächen hinsichtlich der Aussagen in Fachplänen und ihres Bestandes. Verpachtung entweder als LN-Fläche oder Bereitstellung für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Pflege entweder durch LPV oder Landwirte, Bereitstellung für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.
7. Finanzierung	Kommunal
8. Weitere Arbeitsschritte	
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	Erhaltung / Steigerung des Erlebniswertes der Landschaft, des Wohlbefindens und der Identität der Menschen (Heimatgefühl).
9.2. ökologischer Nutzen	Sicherung / Steigerung der biologischen Vielfalt, Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschen.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	
9.4. Generationengerechtigkeit	Erhaltung / Steigerung der Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	
9.7. Globale Auswirkungen	Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Arbeitsblatt Projekte: Energie und Klimaschutz 4

1. Projektbezeichnung	Informationsstand über Energiesparen
2. Projektziel	Besonders bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen Interesse wecken für den Nutzen des Energiesparens durch spielerische Tätigkeiten und Hintergrundinformationen.
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Energiesparende Lebensweise verinnerlichen.
4. Erforderliche/vorgeschlagene Maßnahmen	Infostand speziell für Kinder gestalten an Orten und zu Zeiten, an denen unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden können, z.B. Kerb, Markt, Gewerbefest usw.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	Themengruppe Energie und Klimaschutz Weitere Bürger und bei Übernahme von Konzepten evtl. Unterstützung von Pädagogen, die die Konzepte erarbeitet haben.
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	
7. Finanzierung	Sponsoren, z.B. Gewerbeverein, Energieversorger.
8. Weitere Arbeitsschritte	Vorhandene Konzepte zur Umweltschutzarbeit mit Kindern übernehmen. Anfragen, z.B. beim Naturschutzzentrum Hessen, Ökoinstitut.
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer	Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden eingebunden.
9.2. ökologischer	Anregung zu energiesparender Lebensweise.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	Arbeitsbeschaffung durch Sparmaßnahmen.
9.4. Generationen-	Positiv.
9.5. Geschlechter-	Nicht betroffen.
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	Nicht betroffen.
9.7. Globale Auswirkungen	Positiv.

7. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August 2000

**Lokale Agenda 21 für Taunusstein TOP III/10 (Drs.: 00/117);
Handlungsdokument 'LA 21 der Stadt Taunusstein'**

StVVorsteherin Senne stellt zuerst die beiden Ergänzungsanträge des **StVen. Best-
Theuerkauf** getrennt zur Abstimmung:

Antrag/Beschlussempfehlung:

1. zu Beschlussempfehlung zur lfd. Nr. 1 (der Tabelle Schlüsselprojekte):

Es soll eine Haushaltsstelle „Kunst im öffentlichen Raum“ mit einem Betrag von 20.000,00 DM geschaffen werden.

Abstimmung: dafür: 16 dagegen: 14 Enthaltungen: 1
Beschluss-Nr. 68/2000

2. zu Beschlussempfehlung zur lfd. Nr. 2 (der Tabelle Schlüsselprojekte):

Der im Projektblatt 2 angeregte Fachausschuss soll als Arbeitskreis unter Einbeziehung sachkundiger Bürger/innen initiiert werden.

Abstimmung: dafür: 17 dagegen: 12 Enthaltungen: 2
Beschluss-Nr. 69/2000

Danach stellt sie den Antrag des **StVen. Grundstein** zur Abstimmung:

Antrag/Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat zur zukünftigen Verkehrsführung in Taunusstein in der Sitzung am 17.12.1999 mit der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes bereits Beschlüsse gefasst, die nunmehr weiterverfolgt werden müssen.

Abstimmung: dafür: 23 dagegen: - Enthaltungen: 8
Beschluss-Nr. 70/2000

Anschließend stellt sie zur Abstimmung:

Antrag/Beschlussempfehlung:

Dem Beschluss des Haupt-, Finanz und Wirtschaftsausschusses vom 16.08.2000

1. Das Handlungsdokument 'LA21 der Stadt Taunusstein' (s. Anlage 9 zum Sitzungsprotokoll) wird zur Kenntnis gekommen.
2. Dem Kapitel 6.1 – Beschlussteil des Dokumentes – mit Leitbild, Zielen, Schlüsselprojekten und den Aussagen zur Weiterführung des Agenda - Prozesses – wird wie folgt zugestimmt:
 - Das Leitbild – Kapitel 6.1.1. – wird beschlossen.
 - Die Agenda - Ziele – Kapitel 6.1.2 – werden als Ziele beschlossen.
 - Die in den Kapiteln 6.1.3 und 6.1.4. beschriebenen Schlüsselprojekte sind in beigefügter Tabelle (Anlage 10 zum Sitzungsprotokoll) zusammengestellt und werden entsprechend der in Spalte 4 abgegebenen Empfehlung beschlossen. Bei der Umsetzung der Projekte sind grundsätzlich die Agenda – Akteure zu beteiligen.
 - Die Fortführung des Agenda - Prozesses – Kapitel 6.1.5. – wird beschlossen. Für externe Beratungsleistungen wie die Durchführung von moderierten Plenumsveranstaltungen und für Motivationsgespräche bei potenziellen Akteuren (Vereine, Verbände, Schulen etc.) sowie die begleitende Pressearbeit sind Mittel in Höhe von DM 20.000,00 / Jahr bereitzustellen.

wird unter Einbeziehung der vom

- | | | |
|---|---|------------------------------------|
| <ul style="list-style-type: none">- Magistrat, Sitzung 08.05.2000/TOP 3- Ausschuss für Soziales, Sitzung 08.08.2000/TOP 1- Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, Sitzung 08.08.2000/TOP 1 | } | Anlage 11 zum
Sitzungsprotokoll |
|---|---|------------------------------------|

und der heute beschlossenen Änderungen/Ergänzungen zugestimmt.

Abstimmung:**dafür: 26****dagegen: -****Enthaltungen: 5****Beschluss-Nr. 71/2000****Anmerkung:****Gesetzliche Mitgliederzahl: 45****Anwesend: 31**

**Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August 2000 zu den Schlüsselprojekten
(Kapitel 6.1.3. und 6.1.4. des Dokumentes)**

1	2	3	4
lfd. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
1	<u>Bildung und Kultur</u> Festsetzung eines Kulturanteiles von 1,5 bis 2 % des Haushaltsvolumens im Haushalt	Kapitel 6.1.3., S. 6 + 7 Die aufklärende und sensibilisierende Wirkung von Kunst und Kultur ist unverzichtbar, damit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Interessen in Frieden miteinander leben können. Die Notwendigkeit von Kunst impliziert die Sicherung ihrer Kontinuität. Deshalb wird die Festsetzung eines Kulturanteiles von 1,5 – 2 % des Haushaltsvolumens im Haushalt vorgeschlagen.	„Die Stadt Taunusstein finanziert derzeit die Kultur direkt mit mindestens DM 1 Mio/a (Museum, Kulturförderung, Stadt- und Schulbücherei sowie Zuschüsse für Musikschule und VHS) sowie indirekt über die Bereitstellung von Hallen und Räumlichkeiten für Kulturveranstaltungen. Die Agenda – Akteure werden aufgefordert, gemeinsam mit dem Kulturausschuss (s. lfd. Nr. 2) projektbezogene Vorschläge hinsichtlich der Wünsche von Künstlern/innen zu erarbeiten. Es soll eine Haushaltsstelle ‚Kunst im öffentlichen Raum‘ mit einem Betrag von DM 20.000,-- geschaffen werden.“
2	<u>Bildung und Kultur 1</u> Bildung eines Fachausschusses für Kunst und Kultur	Projektblatt – Ziffer 4 Bildung eines Gremiums mit Mitsprache- und Vorschlagsrecht, bestehend aus Fachleuten (LA21-Themengruppe Kultur und/oder von ihnen vorgeschlagene Personen) und Vertretern der Stadt.	„Der Ausschuss für Soziales der StVV wird beauftragt, seine Tätigkeiten auf den Kunst- und Kulturbereich auszudehnen und einen Arbeitskreis unter Einbeziehung sachkundiger Bürger/innen zu initiieren. In der nächsten Legislaturperiode soll der Ausschuss darüber hinaus in ‚Ausschuss für Soziales, Kultur und Kunst‘ umbenannt werden.“

1	2	3	4
lfd. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
3	<u>Soziales</u> Bildung eines unabhängigen, ehrenamtlichen Behindertenbeirates	Kapitel 6.1.3., S. 7 + 8 Bildung eines unabhängigen und ehrenamtlichen Behindertenbeirates mit Personen, die alle wesentlichen sichtbaren wie unsichtbaren Behindertenarten repräsentieren, als Diskussionsforum, Ansprechpartner, Sprachrohr und Beratungsinstrument für die politischen Gremien und mit Initiativrecht. Die Bildung des Beirates soll aus einer Delegiertenversammlung heraus erfolgen. Zur organisatorischen Unterstützung ist die Einrichtung einer Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung erforderlich.	„Die Verwaltung ist schon jetzt im Gespräch mit einigen Behindertenvertretungen, z.B. VdK, Lebenshilfe, Rheumaliga. Aufgrund der Strukturen in Taunusstein hinsichtlich der zu wählenden Ansprechpartner wird der Sozialausschuss beauftragt, sich der praktischen Probleme unter Hinzuziehung sachkundiger Bürger/innen anzunehmen.“
4	<u>Soziales 1</u> Einrichtung eines Notrufes und Notunterkunft für Frauen und Mädchen	Projektblatt – Ziffer 4 Einrichtung eines Notrufes rund um die Uhr, unverzügliche Unterbringung in Notsituationen, fachliche Beratung in geschützter Umgebung, Sicherstellung gewaltfreier Lebensbedingungen, Verfolgung familiärer Gewalt im öffentlichen Interesse, Auflagen für Gewalt ausübende Männer.	„Die Einrichtung eines Notrufes und Notunterkunft für Frauen und Mädchen wird im Rheingau – Taunus – Kreis als dringend erforderlich erachtet. Die Magistrat wird beauftragt, an den Kreis heranzutreten, um eine Einrichtung dieser Art zu fordern, hierbei ist eine finanzielle Beteiligung durch die Stadt nicht auszuschließen. Es wird darüber hinaus empfohlen, das Thema im Rahmen der Bürgermeisterdienstversammlungen zu besprechen.“

1	2	3	4
lfd. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
5	<u>Soziales 2</u> Umgang mit Gewalt und Gewaltprävention anhand des Wetzlarer Modells	Projektblatt – Ziffer 4 Einführung des ‚Wetzlarer Modells‘ zur Gewaltprävention (Gewalt in der Schule), Stärkung des Präventionsrates durch Einbeziehung aller relevanten Personengruppen und durch stärkere Information der Öffentlichkeit, Umsetzung des Programms ‚Klasse 2000‘, Einrichtung Notruf und Notunterkunft (s. lfd. Nr. 4).	„Die Thematik wird bereits intensiv im Präventionsrat diskutiert. Der Rat hat eine AG mit Vertretern von Beratungsstellen, Schulen und Kreis sowie der Polizei gegründet, u.a. wird besprochen, wie Lösungen auch in nicht-bürokratischer Form möglich sind. Hier können auch Erkenntnisse des ‚Wetzlarer Modells zur Gewaltprävention‘ (Gewalt an der Schule) einfließen. Die Ergebnisse sollen der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Das Projekt ‚Klasse 2000‘ wird in diesem Schuljahr gem. StVV-Beschluss flächendeckend in allen Grundschulen eingeführt. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.“
6	<u>Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 1</u> Errichtung eines Agenda21 – Barometers zur bildlichen Darstellung des Prozesses	Projektblatt – Ziffer 4 Ermittlung der Indikatoren, Gestaltung eines Kunstobjektes an einem zentralen Platz zur Dokumentation ausgewählter Fortschritte durch Taunussteiner Künstler oder Schulklassen, laufende Aktualisierung durch die Stadt.	„Dem Projekt ‚Errichtung eines Agenda21 – Barometers‘ auf einem zentralen Platz wird zugestimmt. Die Agenda – Akteure sind aufgefordert, gemeinsam mit dem Kulturausschuss und sachkundigen Bürgern/innen Vorschläge über Inhalte (Indikatoren) und Gestaltung eines solchen Barometers zu erarbeiten und der Verwaltung zu unterbreiten.“

1	2	3	4
lfd. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
7	Bauen, Wohnen, Siedlung 1 Voraussetzungen, Bedingungen und Ideen für eine ökologische, ökonomische Siedlungsentwicklung und die Untersuchung in Planung befindlicher Siedlungsgebiete auf die Forderungen der Agenda 21 hin; <u>hier</u> : Baugebiet Röderfeld.	Projektblatt – Ziffer 4 Alle laufenden und zukünftigen Siedlungsplanungen sind auf die Maßgaben der Agenda zu überprüfen, dies beinhaltet: - Nutzung vorhandener Bausubstanz und Flächenrecycling vor neuer Planung, - Verbindung von Arbeit und Wohnen, - <u>keine</u> Siedlungsentwicklung ohne Anpassung von Infrastruktur (Straßen und Dienstleistungen), mit weiterem Zuzug, ohne Nachweis des dringenden Bedarfs, - eine integrierte abgestimmte Verkehrsplanung, - Art und Form der Bebauung unter Berücksichtigung der Topografie und der Umgebung, - vollständiger Ausgleich der Eingriffe zeitnah und in räumlicher Nähe, - Schaffung großzügiger Freiflächen, - Frischluftschneisen, - <u>Auflagen zur Energieeinsparung und Ressourcenschonung,</u> - die Notwendigkeit geplanter Baugebiete, z.B. 'Röderfeld', - die Vermeidung von Zersiedlung, - die Begrenzung des Flächenverbrauchs, - die Erhaltung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, - die Wahrung des dörflichen Charakters ländlicher Stadtteile.	<p>„Die Anregungen und Forderungen des Projektes ‚Zukünftige Siedlungsentwicklung‘ werden heute schon bei Planungen der Stadt weit gehend beachtet und werden auch in Zukunft beachtet.</p> <p>Das Baugebiet ‚Röderfeld‘ mit ca. 21 Bauplätzen entsteht im Rahmen des Bodenbevorratungsprogrammes der Stadt aufgrund eines nachgewiesenen Bedarfes. Laut Vergabekriterien haben in Niederlibbach Wohnende eine höhere Priorität bei der Zuteilung von Grundstücken. Die Grundsätze der Baulandpolitik gelten jedoch für das gesamte Stadtgebiet.</p> <p>Vor Aufstellung des Bebauungsplanes wurde für den Bereich eine Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP) durchgeführt mit dem Ergebnis, dass gegen eine Bebauung keine Bedenken bestehen. Die Anforderungen der UEP wurden im Bauleitplanverfahren berücksichtigt.</p> <p>Die Ver- und Entsorgung und die Erschließung sind gesichert. Dienstleistungsangebote unterliegen marktwirtschaftlichen Regeln, eine Abfrage kann planerisch nicht geregelt werden. Die vorgesehene Bebauung ist der Topografie und der Umgebung angepasst unter der Prämisse, mit der Ressource Boden sparsam umzugehen.</p> <p>Die Rechte der Ortsbeiräte werden beachtet, der Vorwurf einer nicht ausreichenden Beteiligung wird zurückgewiesen.</p> <p>Die Bürgerbeteiligung ist gesetzlich garantiert und wird seitens der Verwaltung ernst genommen.“</p>

1	2	3	4
Ifd. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
8	<u>Bauen, Wohnen, Siedlung 2</u> Untersuchung der in Planung befindlichen, neu auszuweisenden Siedlungsgebiete auf die Forderungen der Agenda 21 hin; hier: Baugebiet Röderfeld.	Der Bebauungsplan ‚Röderfeld‘ soll auf die Agenda – Ziele hin überprüft werden: - Die Notwendigkeit des geplanten Baugebietes, - die Vermeidung von Zersiedlung, - die Begrenzung des Flächenverbrauchs, - die Erhaltung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, - eine gleichberechtigte Verkehrsplanung, - die Vermeidung von Verkehrsbelästigungen, - im Vorfeld Schaffung der notwendigen Infrastruktur und Bereitstellung von Dienstleistungsangeboten, - die Art und Form der Bebauung unter Berücksichtigung der Topografie und der Umgebung	„Das Projekt Nr. 8 wird durch Übernahme der ersten 4 Spiegelstriche aus Spalte 3 und der Hinzufügung eines neuen Spiegelstriches ‚die Wahrung des dörflichen Charakters ländlicher Stadtteile‘ in das Projekt Nr. 7 <u>Bauen, Wohnen, Siedlung 1</u> integriert.“
9	<u>Verkehr 1</u> Zukünftige Verkehrsführung in Taunusstein	Projektblatt – Ziffer 4 Vollständige Nordumgehung von Bleidenstadt, Hahn und Wehen entsprechend den Ergebnissen der Dorsch-Consult Studie (Fortschreibung VEP).	„Die Stadtverordnetenversammlung hat zur zukünftigen Verkehrsführung in Taunusstein in der Sitzung am 17.12.1999 mit der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes bereits Beschlüsse gefasst, die nunmehr weiter verfolgt werden müssen.“
10	<u>Natur und Landschaft 1</u> Landschaftspark Aartalau	Projektblatt – Ziffer 4 Aufnahme in FNP, Landschaftsplan und Bebauungspläne als schutzwürdige Fläche oder geschützter Landschaftsteil, Gewässerrenaturierung, Anlage von Biotopflächen und –zonen, Anlage Rad- und Wanderwege, Flächenankauf, Schaffung einer zentralen öffentlichen Grünfläche um das Ensemble Rathaus / Kirche / Bürgerhaus Taunus unter Hinzuziehung der FH Wiesbaden.	„Das Projekt ‚Landschaftspark Aartalau‘ wird befürwortet. Das Vorhaben ist unter Berücksichtigung erforderlicher verkehrlicher Maßnahmen gem. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes vom 17.12.1999 (s. Lfd. Nr. 9) bauleitplanerisch unter Hinzuziehung eines externen Fachverständes zu entwickeln.“

1	2	3	4
Ild. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
11	Energie und Klimaschutz 1 Energiepass und Weiterentwicklung zu einem Wärme-kataster des Gebäudebestandes	Projektblatt – Ziffer 4 Entwicklung eines Gesamtkonzeptes, Zusammenführen unterschiedlicher Institutionen mit dem Ziel einer Projektrealisierung nach Hamburger Modell, Angebotseinholung bei Fachbüros (Infrarot-Aufnahmen), Angebot der finanziellen Beteiligung und Durchführung bei entsprechender Nachfrage.	„Die Verwaltung wird beauftragt: 1. Zur Frage der Erstellung eines Gesamtkonzeptes hinsichtlich der Ermittlung des Energiebedarfes und -verbrauches einen externen Sachverständigen hinzu zu ziehen. 2. Fachbüros für die Durchführung von Infrarot-Aufnahmen und die Kosten hierfür zu ermitteln. 3. Die Verfügbarkeit und Höhe von Zuschüssen zu klären. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt wird nicht ausgeschlossen.“
12	Energie und Klimaschutz 2 Ergänzung der städtischen Förderrichtlinie	Projektblatt – Ziffer 4 Energiespar-Auflagen bei Gewährung von Zuschüssen für investive Maßnahmen in Richtlinien aufnehmen.	„Das Projekt wird befürwortet. Bei Gewährung von städtischen Zuschüssen an Vereine bei Neu-, Um- bzw. Erweiterungsbauten vereinseigener Anlagen sind Auflagen zur Energieeinsparung und Ressourcenschonung zu erfüllen. Dies betrifft den Einsatz regenerativer Energien, von BHKW, die Wärmedämmung und die Niedrigenergiebauweise sowie die Nutzung von Niederschlagswasser. Die ‚Richtlinien zur Förderung der Vereine und Vereinigungen in Taunusstein‘ (Teile 1 – 3) v. 07.08.1992 sind entsprechend zu überarbeiten.“

1	2	3	4
lfd. Nr.	Schlüsselprojekt Bezeichnung	Zusammenfassung des Projektblattes	Beschluss
13	<u>Energie und Klimaschutz</u> <u>3</u> Überprüfung der städtischen Lieferverträge (Strom, Gas)	Projektblatt – Ziffer 4 Vergleichende Prüfung der städtischen Energie-Lieferverträge und aktuellen Angebote durch unabhängige Fachleute der Energie- und Unternehmensberatung, jeweils zielentsprechende Neuabschlüsse, Personalschulung. Bezug von (zertifiziertem) ‚grünem Strom‘ mit einer Mindestquote von 20 %.	„Im Herbst 1999 hat die Stadt die Stromverträge neu verhandelt und sich mit einer Preisverbesserung von 15 % bis zum 30.06.2001 vertraglich an die MKW gebunden (Ausnahme: Main-Power-Vertrag für kleinere Stromverbrauchsanschlüsse wie z.B. Kindergärten mit Kündigungsfrist von 6 Monaten). Die MKW räumte hierbei diese Vergünstigungen rückwirkend zum 01.01.1999 ein. Vor Neuabschluss städtischer Lieferverträge erfolgt erneute Prüfung. Der Kauf von ‚Grünem Strom‘ ist eine politische Entscheidung, da dieser Strom nach derzeitiger Marktlage teurer ist als andere Stromquellen. Auf die HGO wird verwiesen.“

Arbeitsblatt Projekt: Bauen, Wohnen, Siedlung 1 in der Fassung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August 2000.

1. Projektbezeichnung	Voraussetzungen, Bedingungen und Ideen für eine ökologische, ökonomische Siedlungsentwicklung.
2. Projektziel	Überdenken der laufenden und in der Zukunft geplanten Siedlungen auf den Agenda - Gedanken hin
3. Zugehöriges Nachhaltigkeitsziel:	Erhaltung der Ressourcen unserer Stadt als "Stadt im Grünen". Energie- und Ressourcen schonende Bauweise bei der Planung und späteren Nutzung beachten.
4. Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Alle laufenden Planungen sind zu überarbeiten nach den Maßgaben der Agenda. Die Flächen, die als Siedlungsflächen vorgesehen sind, sollten nach folgenden Kriterien ausgesucht werden: - Nutzung vorhandener Bausubstanz und Flächenrecycling vor neuer Planung, - die Notwendigkeit geplanter Baugebiete (z.B. Röderfeld) überprüfen, - Verbindung von Arbeit und Wohnen (räumliche Nähe, Tele – Arbeitsplätze vorbereiten) ist vor jeglicher anderen Planung zu bevorzugen, - <u>keine</u> Siedlungsentwicklung <u>ohne</u> vorherige Anpassung der Infrastruktur (dies beinhaltet: Straßen und Dienstleistungen wie Geschäfte, Ärzte, Kindergarten, Schule etc.), <u>mit</u> weiterem Zuzug (weiterer Zuzug allgemein nicht gewünscht), <u>ohne</u> den Nachweis des dringenden Bedarfs, - Freiflächen für zukünftig notwendige Straßen langfristig in die Planung mit einbeziehen, - Ankauf der sehr preisgünstigen Ackerflächen (bei Versteigerungen) durch die Stadt für Bodenbevorratung oder als Ausgleichsflächen für Natur erhaltende Maßnahmen oder Tauschland, - integrierte, abgestimmte Planung für alle Arten von Verkehrsteilnehmer¹ (Fußgänger, Radfahrer, motorisierte Verkehrsteilnehmer, ÖPNV). - Art und Form der Bebauung der Topographie und dem ursprünglichen Charakter der Umgebung anpassen (z.B. keine Reihenhäuser, keine Mietskasernen in dörfliche Strukturen setzen), eine höhere Bebauung als max. 4 Geschosse sollte vermieden werden, - den dörflichen Charakter ländlicher Stadtteile wahren, - Anpassung der Grundstücksgröße an bisher vorhandene Strukturen, Flächen schonende Bebauung im Kern, großzügige Grundstücksgrößen in äußeren Bereichen, somit nur eine sinnvolle Verdichtung planen, - Schaffung großzügige Freiflächen zwischen den bebauten Flächen, - Erhaltung von Frischluftschneisen in der Gesamtplanung berücksichtigen. - Vermeidung von Zersiedlung, - Begrenzung des Flächenverbrauches,

Fortsetzung: Erforderliche/ vorgeschlagene Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, - Vollständiger Ausgleich der im Rahmen der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung entstandenen Eingriffe in Natur- und Landschaft, Ausgleichsmaßnahmen sollen im räumlichen Zusammenhang und zeitnah mit den Baumaßnahmen realisiert werden, - die Einbindung von landschaftlichen Strukturen (Hecken, Tümpel, Gartenflächen) in die Planung sollte erfolgen, - Schaffung von kommunikativen Räumen, - Generationen flexible Planung von Häusern, - Generationen übergreifende Schichtung der Bewohner von Siedlungen, - Regenwassernutzung und Zisternen als Pflicht für jedes Haus, - Doppeltes Kanalsystem, - Nutzung des Bodenaushubes innerhalb des Baugebietes, - Vermeidung von Drainagen, - Niedrigenergiehäuser verpflichtend vorschreiben, - Passivhausbauweise wünschenswert.
5. Verantwortlichkeit und Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerbeteiligung an den Bauleitplanungen umfassend und frühzeitig. - Inanspruchnahme der Fachkompetenzen von Universitäten und Fachhochschulen bei Planung und Entwicklung von Siedlungsgebieten. - Politische Gremien (Stadtbeiräte u.ä.), - Verwaltung
6. Vorarbeiten, bisherige Erfolge	<ul style="list-style-type: none"> - Bisher keine erfolgt. - Bei einigen derzeit in Planung befindlichen Siedlungen wurde ein Teil der Forderungen bereits berücksichtigt. Eine weitere Überarbeitung wird empfohlen.
7. Finanzierung	- Erfolgt im Rahmen der Planungsphase einer neuen Siedlung.
8. Weitere Arbeitsschritte	- Erstellung eines verbindlichen Kataloges zur Ausweisung eines Siedlungsgebietes und Erstellung eines Bebauungsplanes nach den Kriterien der Agenda unter Zuhilfenahme von innovativen Ideen (Architekturwettbewerbe, Examensarbeiten von Hochschulabgängern, Literatur).
9. Berücksichtigung von...	durch...
9.1. sozialer Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung von Lebensqualität, - Vorbeugen von Krankheiten seelischer, körperlicher Art, - Reduktion von Kriminalität und nachbarlichen Streitigkeiten, - Erhaltung von dörflichen Strukturen.
9.2. ökologischer Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Energie und Ressourcenschonung, - langfristige Rentabilität der Investitionen.
9.3. wirtschaftlicher Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - langfristige, niedrige Unterhaltskosten, - Attraktivität der Stadt erhalten.
9.4. Generationengerechtigkeit	- Wohnen und Leben für alle Generationen attraktiv zu erhalten bzw. zu machen.
9.5. Geschlechtergerechtigkeit	
9.6. Interkulturelle Gerechtigkeit	- positiv
9.7. Globale Auswirkungen	- positiv

8. Zusammenfassung

Im Oktober 1997 fasste die Stadtverordnetenversammlung in Taunusstein den Beschluss, zusammen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Lokale Agenda 21 zu erarbeiten.

Frau Dipl. Biol. Christa Lethmate wurde mit den Aufgaben der Agenda - Beauftragten betraut, verschiedene Mitarbeiter/innen der Verwaltung erhielten die Zuständigkeit für die Begleitung der Arbeitsgruppen mit Bezug zu ihrem Fachgebiet. Das Büro memo-consulting aus Seeheim - Jugenheim erhielt den Auftrag der Moderation und Begleitung des Agenda - Prozesses.

Im Oktober 1998 kamen ca. 200 Taunussteiner/innen zur Auftaktveranstaltung, bei der neben Musik und Unterhaltung ein erster Ideenworkshop zur Gestaltung des Prozesses stattfand.

Es bildeten sich drei Arbeitsgruppen (AG) mit anfangs acht Themengruppen (TG), von denen sich später einige zusammenschlossen. Ihre Themen: Kultur; Soziales; Frauen; Wirtschaftliche Entwicklung; Verkehr; Grünentwicklung; Siedlungsentwicklung; Energie und Klimaschutz.

In Arbeitskreissitzungen mit Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurde der Prozess konstruktiv begleitet und eigene Ideen entwickelt.

memo-consulting stellte in mehreren Vorträgen in Schulen und bei örtlichen Vereinen die Agenda - Aktivitäten vor und warb um Mitarbeit. In der regionalen Presse wurde regelmäßig über den Fortgang der Agenda berichtet.

Zu einem besonders konfliktgeladenen Thema, der Verkehrsentwicklung, wurde in einer gesonderten öffentlichen Veranstaltung versucht, konsensfähige und strittige Aspekte herauszuarbeiten.

In den jeweils sechs moderierten AG-Sitzungen und dazwischen zahlreichen selbst organisierten Treffen und Diskussionen wurden ein Leitbild, ein Zielkatalog, Schlüsselprojekte, ein Katalog weiterer Maßnahmen und Projekte sowie Beschlüsse zur langfristigen Weiterführung des Agenda - Prozesses erarbeitet.

Parallel zur Erarbeitung des Agenda - Dokuments wurden einige Ideen bereits Wirklichkeit - etwa ein Treffen ausländischer und deutscher Frauen im Mütterzentrum, eine Veranstaltung "Alle Kinder dieser Welt" oder eine erste Ausgabe der städtischen Förderbroschüre.

Zur "Halbzeit" stellten die Arbeitsgruppen in einem öffentlichen 1. Plenum ihre bis dahin vorliegenden Arbeitsergebnisse der Öffentlichkeit vor. Im 2. Plenum wurden die Ergebnisse mit den verantwortlichen Kommunalpolitiker/innen diskutiert.

Im Herbst 1999 etablierte sich zudem ein Agenda - Stammtisch, bei dem sich die Gelegenheit bot, Arbeitsgruppen übergreifend zu diskutieren.

Um die Jahreswende 1999/2000 wurde der Entwurf des Agenda - Dokuments in einem intensiven Abstimmungsprozess zwischen memo-consulting und den Akteuren in eine endgültige Form gebracht. Das Ergebnis dieser Abstimmung wurde dann in einem 3. Plenum öffentlich vorgestellt und mit wenigen Änderungen und Korrekturen so beschlossen.

Der Beschlussteil des vorliegenden Dokumentes wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Taunusstein in ihrer Sitzung am 29. August 2000 beschlossen.

9. Literatúrauswahl zum Thema Nachhaltigkeit, Agenda 21, Taunusstein

- **Apel, H.** et al. (Hrsg.) (1998): Wege zur Zukunftsfähigkeit - ein Methodenhandbuch.
- **Balser, H., Schrewe, H., Lotz, T., d'Amour, B.** (1999): Gewalt in der Schule - das Wetzlarer Modell der Regionalen Gewaltprävention.
- **Blatter, J.** et al. (1991): Umwelt und Öffentlichkeitsarbeit. Deutsches Institut für Urbanistik.
- **Bonus, H.** (1984): Marktwirtschaftliche Konzepte im Umweltschutz. Stuttgart.
- **Breuel, B.** (Hrsg.) (1999): Agenda 21: Vision nachhaltige Entwicklung. Buchreihe der EXPO 2000, Band 1. Campus-Verlag - Frankfurt/New York.
- **BUND, Misereor** (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Birkhäuser Verlag.
- **Claus, F.** et al. (1993/94): Umweltkonflikte – Vermittlungsverfahren zu ihrer Lösung. Blottner.
- **Claussen, B.** et al. (1996): Zukunftsaufgabe Moderation. Herausforderung in der Raum- und Umweltplanung. VAS-Verlag für Akademische Schriften.
- **Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)** (1996): Umweltberatung für Kommunen – Lokale Agenda 21.
- **Dorsch-Consult** (1999): Stadt Taunusstein - Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan. - Wiesbaden.
- **Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestages** "Schutz des Menschen und der Umwelt" (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn.
- **Evangelische Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz** (Hrsg.) (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Gemeinsame Texte 9.
- **Kohler/Arndt** (Hrsg.) 1992: Bioindikatoren für Umweltbelastungen. Markgraf.
- **Kuhn, Suchy, Zimmermann** (ICLEI) (1998): Lokale Agenda 21 Deutschland. Springer.
- **Lumma, K.** (1992): Strategien der Konfliktlösung. Windmühle Verlag, Hamburg.
- **ÖKOM Verlag** (Hrsg.) (1998): Zukunftsfähiges München.

- **Rat von Sachverständigen für Umweltfragen:** Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung. Metzler-Poeschel-Verlag, Stuttgart.
- **Renner, J.** (1999): Schulbus, Disco, Kirchenbank: Aspekte der Lebensgestaltung Jugendlicher zwischen 14 und 16 Jahren. Ergebnisse einer Schüler/innenbefragung in der Mittelstufe der integrierten Gesamtschule Obere Aar in Taunusstein - Hahn im Rahmen des Projekts "Schulnahe Jugendarbeit". - Dezernat Jugend im Bischöflichen Ordinariat Limburg.
- **Schmidheiny, S.** (1993): Kurswechsel: Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt.
- **Selle, K.** (Hrsg.) (1996): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Bauverlag, Wiesbaden, Berlin.
- **Seniorenbeirat in der Stadt Taunusstein** (1994): Grundsätze für eine Seniorenpolitik in Taunusstein.
- **Seniorenbeirat in der Stadt Taunusstein** (1995/1996): Bestandsaufnahme aller Angebote und Einrichtungen für Senioren in Taunusstein.
- **Seniorenbeirat in der Stadt Taunusstein** (1998): Kriterien für altengerechtes Wohnen.
- **SONNENENERGIE**, Heft 2/1999, S.41.
- **Stadt Hamm** (1997): Lokale Agenda 21 von Hamm. 2. Fassung.
- **Stadt Taunusstein** (Hrsg.) (1999): Förderprogramme der Stadt Taunusstein.
- **v. Weizsäcker; E. U.** (1999): Das Jahrhundert der Umwelt. Vision: Öko-effizient leben und arbeiten. Buchreihe der EXPO 2000, Band 4. Campus-Verlag - Frankfurt/New York.

Akteure im Taunussteiner Agenda - Prozess

(Teilnehmer/innen aus der Verwaltung in Klammern)

Bartels, Dr. Klaus
 Becker, Ratreë
 Beckers, Hanns
 Behimehr, Omid
 Behr, Erika
 Behr, Mechthild
 Behr, Rudolf
 Behrensen, Uwe
 Best-Theuerkauf, W.
 Beyer, Theo
 Billy, Jürgen
 Breitsch, Simone
 (Buchta, Ulrike)
 Buscher, Heide Lore
 (Czymai, Rita)
 Daab, Hans-Ulrich
 Dickes, Lothar
 Dickes-Völker, Doris
 Dietrich, Jörg
 Ehmke, Elisabeth
 Etges, Doris
 Fischer, Wolfgang
 Freund, Willy
 Frohn, Thomas
 (Garkisch, Ernst)
 Georg, Helmut
 Goetz, Christiane
 Goldmann, Ewald
 Gotscher, Elke
 Graeve, Dr. Rolf
 Graffe, Maria
 Große-Schulte, H.-D.
 Hachenberg, Jürgen
 Häußner, Marianne
 Heilhecker, Amelie
 Heinz, Elke
 Hertling, Volker
 Himstedt, Eike
 (Hofmann, Gerhard)
 Höhn, Frank
 Höhn, Heidi
 Karl, Simone
 Kandemir, Gülhan
 Karnitzschky, Roya
 Kiem, Ulli
 Kienle, Beate
 (Klein, Tania)
 Kouchha, Cläremie

Krieger, Sharmala
 Lempertz, Uwe
 (Lethmate, Christa)
 Lösto, Angelika
 Lunk, Beate
 Meinecke, Christian
 Mink, Gabi
 Mühlischlegel, Bärbel G.
 Nicolai, Rosemarie
 Noß, Thomas
 Petter, Dietmar
 Pfeffermann, Andrea
 Purg, Darinka
 Pütz jr., Ferdinand
 (Reinhardt, Ute)
 Reitemann, Thomas
 Roohani-Burrack, S.
 Rosenow, Olaf
 Rosenthal, Gudrun
 Rosentreter, Christine
 Rother, Ingeborg
 Schäfer, Doris
 Schillai, Ingeborg
 Schmid, Ingrid
 Schmidt, Eberhard
 Schmidt, Inge
 Schmitt, Helen
 Schneider, Thomas
 Schneiderle, Anita
 (Scholles, Dr. Ulrich)
 Schumacher, Teresa
 Schwarz, Andrea
 Schweitzer, Annette
 Seck, Rainer
 Sepanlou, Abbas
 (Stockmann, Dr. Ulrich)
 Strübe, Vera
 Stuhr, Anja
 Thormann, Dr. August
 Thormann, Gudrun
 Tiebing, Silke
 Tiedge, Wolfgang
 Tirgar, Zarafschan
 Töreyen, Leyla
 Treber, Edgar
 van Aaken, Ursula
 Vogel, Hans-Jörg
 Voll, Michael

Weck, Manfred
 Weilacher, Thomas
 Weinstock, Sabine
 Weller, Jürgen
 Wille, Diana
 Wolfermann, Helga
 Wolfermann, Heinz
 Woogk, Günther
 Zwerger, Hermann

Hartmut Balser, Hartmut Schrewe, Tobias Lotz, Bernd d'Amour

Schulpsychologe

Gewalt in der Schule - das Wetzlarer Modell der Regionalen Gewaltprävention - Anstöße aus großen und kleinen Netzwerken

Einführung

"Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem" - diese generelle gesellschaftliche Diagnose des Bundespräsidenten gilt auch für den Bereich der Eindämmung des Gewaltverhaltens. Ursachen als auch Lösungsvorschläge sind hinreichend bekannt, aber es fehlt eine Strategie der verbesserten, sozial-intelligenten Umsetzung.

Was kann ich selbst als Lehrer oder Schulleiter im Rahmen meiner Erziehungs-, Unterrichts-, bzw. Beratungsaufgabe tun? Wie kann ich etwas bewegen? Was kann ich zusammen mit anderen besser tun? Unsere vorläufige Antwort zu diesen Fragen: Ich kann selbst einiges bewegen. Effektiver kann dies allerdings zusammen mit anderen geschehen.

Das Projekt "Schule ohne Gewalt" - dargestellt in dem Buch "Regionale Gewaltprävention - Strategien und Erfahrungen" (Balser, H.; Schrewe, H. & Wegracht, R., 1997) - hat sich aus einem pädagogischen Tag an einer Schule regional gebildet. Strategien und Vorhaben zur Gewaltprävention wurden im Laufe des Projektes in allen 12 Projektschulen entwickelt. Die spezifischen Gründe für den Beginn gewaltpräventiver Vorhaben waren:

1.) Aus einer Befragung von 100 Schulen ging hervor, daß 85% der Lehrer mit dem gewalttätigen Verhalten der Schüler nicht mehr ohne Hilfen zurecht kommen.

2.) Eine Analyse der Lebens- und Schullaufbahnen Jugendlicher Gewalttäter ergab Hinweise für die Richtung der Gewaltprävention:

a) Gewaltverhalten der Schüler hat sich sukzessive in kleinen Schritten entwickelt. Es gab nicht den "geborenen" Gewalttäter.

b) Bei allen analysierten Jugendlichen waren familiäre Belastungen bzw. Störungen der Selbstwertentwicklung zu finden. Allerdings vermittelten etwa 50% der Schüler einen unbelasteten Eindruck nach außen - ihre tatsächliche Verfassung ergab sich erst nach intensiver Befragung.

c) Die Eltern der betreffenden Jugendlichen hatten oftmals frühzeitige Hilfe beantragt. Da aber die medizinischen, psychologischen und pädagogischen

Beratungseinrichtungen weder untereinander, noch mit der Schule vernetzt waren und nur isoliert mit den Jugendlichen arbeiteten, schlugen diese

Hilfemaßnahmen fehl.

3.) Eine dynamische Arbeitsgruppe (bestehend aus Eltern, Lehrern und Schülern und unterstützt vom Psychologischen Dienst) hat während eines Pädagogischen Tages erstmals Bewegung in die Schule und Projektentwicklung gebracht. Es hat sich gezeigt, daß die Entwicklung dieser so entstandenen Teilprojekte an Grundschulen, Gesamtschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien aus einer regen Kooperation zwischen dem Projektteam und schuleigenen Problemlösungsvorschlägen hervorging. Dabei war von großer Bedeutung, daß sich Kollegien nicht unreflektiert in Einzelmaßnahmen stürzten, sondern sich um eine "Orientierungslandkarte im Kopf" bemühten (siehe dazu das Kapitel "Systemisches Grundmodell").

Abbildung wird nachträglich eingefügt

Abb. 1: Ebenen des Gewaltverhaltens

Abb. 1 zeigt zwei unterscheidbare Ebenen gewalttätigen Verhaltens. Dabei ist es notwendig, sowohl die Alltagsaggression (Ebene A) abzubauen, als auch diese gar nicht erst entstehen zu lassen (Prävention). Ebenso muß auf bestehendes, manifestes Gewaltverhalten (Ebene B) konsequent reagiert werden (Intervention). Unsere Erfahrungen haben diesbezüglich gezeigt, daß nur bei einem Überwiegen präventiver Maßnahmen viele Mitstreiter in Schulen und Institutionen gefunden werden können.

Das systemische Grundmodell:

Zu einer "Orientierungs-Landkarte" für Vorhaben gegen Gewalt gehört auch das systemische Grundmodell. Dieses ist aus der Analyse der Schul- und Lebenslaufbahnen gewalttätiger Schüler und Versuchen, deren Verhalten in positive Richtungen zu lenken, entstanden. Das systemische Arbeitskonzept sucht optimale Anschubpunkte für eine positive Entwicklung (Prävention) bzw. für die Umkehrung einer negativen Entwicklung (Intervention). Der Ansatz geht davon aus, daß das Selbstwertgefühl eine zentrale Rolle bei der Verhaltensentwicklung von Menschen spielt und beinhaltet eine systemisch interaktive Sicht von potentiellen Störungen während dieser Entwicklung. Entwicklung und Förderung des Selbstwertgefühls steht also im Zentrum dieses Konzeptes und baut dazu auf die Kooperation aller Beteiligten im Lebensumfeld des auffälligen Schülers.

Die Arbeit in kleinen und großen Netzwerken - Die Projektbausteine:

Nicht punktuell gewaltpräventive Vorhaben, sondern die Verschränkung der Arbeit auf verschiedenen Ebenen bringt die Arbeit in der Gewaltprävention voran.

Gemeint ist hierbei die Verzahnung von:

- schulinterner Kooperation durch gemeinsame Aktivitäten von Schülern, Eltern und Lehrern
- schulübergreifende Kooperation (Schule, Schulverwaltung, schulpsychologischer Dienst, Universität, Polizei,

Kommunalverwaltung)

· sowie Orientierung am ganzheitlich lernenden Schüler.

Abbildung wird nachträglich eingefügt

Abb. 2: Abbau von Bedrohungen und Belastungen und Aufbau von Bestätigungen auf Individual- und Systemebene als grundlegende Arbeitsrichtungen des Projektes.

In Schule und Region sind nun unterschiedliche Bausteine der Gewaltprävention entwickelt worden. Dazu einige Beispiele: Wetzlarer Bewegungswerkstatt:

Es wurde erfolgreich erprobt, wie in Schule Bewegung (festgelegte freie Bewegungs- und Spielzeiten im täglichen Stundenplan) als stabilisierender Faktor für Unterricht und Pause eingesetzt werden kann. Der Baustein umfaßt auch die Lehrerfortbildung für Schulen, die dem Projekt nicht angehören.

Elternakademie:

Der stärkste Fortbildungswunsch im Rahmen des Projektes ging von Eltern aus. In handlungsorientierten Angeboten (wie Rollenspielen) zu alltäglichen Erziehungsfragen und Problemlösungen bildeten sich Eltern und Lehrer mit Hilfe einer Theaterpädagogin und anderen Fachleuten fort. Die Hälfte der Elternschaft einer Schule wurde erreicht.

Trouble Line:

Ein Schülertelefon. Die "Trouble Line" ist eingerichtet bei der Polizei und wurde durch das Projekt finanziert. Ein von Schülern gestaltetes Plakat und ein Aufkleber machten die "Trouble Line" in der Region bekannt. Sie bietet Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit bei Erpressung, Verletzung, Bedrohungen und sonstigen Delikten, sich polizeilich-kompetenten Rat, Beistand und Hilfe zu holen. Die "Trouble Line" wurde durch einen Arbeitskreis aus Polizisten, Schulleitern und Psychologen gebildet.

Coaching für Schüler (frühe Hilfen für Schüler durch Studentenpatenschaften):

StudentInnen der Psychologie und Pädagogik betreuen innerhalb dieses Bausteins ein bis zwei Stunden pro Woche einen Schüler. Die Betreuungen finden zu Hause, innerhalb der Familie des Schülers statt und haben zum Ziel, durch Hausaufgabenhilfen, Gespräche und gemeinsame Aktivitäten dessen Selbstwertgefühl zu stärken. Diese Arbeit wird alle 6 bis 8 Wochen durch einen "Runden Tisch" unterstützt, an dem Lehrer, Eltern, Betreuer, Schulpsychologen sowie nach Bedarf der Schüler selbst teilnehmen. Die Betreuungsstudenten erhalten darüber hinaus eine kontinuierliche Supervision durch Schulpsychologen.

Konfliktlösungen lernen:

Lehrer werden durch entsprechende Fortbildungen zu Streitschlichtern ausgebildet. Dies befähigt sie, Konflikte zwischen Schülern so zu lösen, daß die Schüler selbst auf die Lösung des Konfliktes kommen. Dies hat dazu geführt, daß sich Schüler in schwierigen Situationen selbst als

Streitschlichter zur Verfügung gestellt haben.
Insgesamt wurden 32 Teilprojekte in folgenden Bereichen entwickelt:

- 1) Berufliche Kooperation und Vernetzung (schulintern/schulübergreifend)
- 2) Curriculum Selbstwertförderung
- 3) angemessene Konfliktlösungen lernen
- 4) Gemeinsame Eltern- und Lehrerfortbildung
- 5) Elternakademie/Elternfortbildung
- 6) Studentenpatenschaften - Coaching für Schüler
- 7) Hilfen für hyperaktive Kinder durch Kooperation von Eltern und Experten
- 8) Veränderter Unterricht - Veränderte Freizeit (z.B. Skulpturenpark)
- 9) Bewegungswerkstatt, Bewegungsfortbildung
- 10) Schule als Lebenswelt gestalten
- 11) Schulentwicklung in kleinen Schritten

Es hat sich gezeigt, daß im Alltag von Schule immer wieder in unterschiedlichen Bereichen die Gewaltproblematik auftaucht und Lösungen gesucht werden, z.B. durch:

- Störungen von außen am Disco-Abend einer Schule
- Gewalttätigkeiten am Schulkiosk
- Konflikte zwischen Schülergruppen unterschiedlicher Nationalität
- Rechtsextreme Vorkommnisse
- Eine schwierige Klasse und unterschiedliche Eltern- und Lehrerinteressen
- Konflikte zwischen Schülergruppen in der Freizeit wirken auf die Schule zurück
- Gewalt innerhalb von Mädchengruppen
- Gewalt im und am Schulbus und auf dem Schulweg.

Es wurde deutlich, daß arbeitsfähige gewaltpräventive Teams auch für aktuelle Problemlagen schnelle Lösungen finden können. Ein besonderer Vorteil lag in der Beteiligung unterschiedlicher Institutionen und Berufsrollen.

Fazit der regionalen Gewaltprävention in Wetzlar:

Durch die Arbeit in großen und kleinen Netzwerken ist es uns gelungen, mit präventiven Projektbausteinen Schülerverhalten signifikant zu verändern. Durch konsequente Reaktion konnte auch bei manifestem Gewaltverhalten eine signifikante Verbesserung erreicht werden. Dies war uns nur dadurch möglich, da die präventiven Aktionen überwogen.

Arbeit im bundesländerübergreifenden Netzwerk:

Es war der Wunsch vieler Präventionsprojekte in Deutschland darüber nachzudenken, welche gemeinsamen Erfahrungen vorhanden sind und Schulen generell zur Verfügung gestellt werden können. Nicht jeder muß das Rad neu erfinden. Nicht jeder kann (oder will) Erprobtes übernehmen. Aber vielleicht ist schon die Übermittlung von vermeidbaren Fehlern für ein neues Projekt hilfreich.

Der Systemische Ansatz (Balser, H., 1993) war entscheidend

dafür, daß der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie uns beauftragte, die Ergebnisse von 20 deutschen und 2 europäischen Projekten zusammenzuführen.

Unter dem Tagungsthema "Schule der Verständigung, der Toleranz und der Lebensperspektive für Schülerinnen und Schüler" trafen sich 22 Projekte und Experten aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen, um im Erfahrungsaustausch zu erarbeiten, welche helfenden Aktivitäten und Ressourcen sich in Schulgemeinden und Regionen bewähren.

Die Veröffentlichung der Tagungsergebnisse soll dazu beitragen, daß die bisherigen Erfahrungen eine breitere Wirkung entfalten. Damit ist die Frage verbunden, wie sich schulische Aktivitäten zur Gewaltprävention anstoßen lassen und welche Hemmnisse dabei zu überwinden sind.

In den vorliegenden Kapiteln wird zunächst analysiert, inwieweit die Gewalt von Kindern und Jugendlichen ein Problem für die Politik darstellt. Es schließt sich dann die Problemsicht aus einer Region an.

In einem weiteren Beitrag wird erarbeitet, inwiefern Gewaltprävention mit Schulentwicklung verschränkt ist und welche Dimensionen sich aus dem Vernetzungsgedanken ergeben.

Daran anschließend stellen Projekte ihre Ziele, Arbeitsweisen und Erfahrungen vor. Die einbezogenen Modellversuche werden zum größten Teil von der Bund-Länder-Kommission gefördert. 20 Projekte stammen aus den alten und neuen Bundesländern, zwei Projekte aus dem europäischen Ausland. Die Modellversuche werden nach ihren Schwerpunkten gegliedert: Einige beschäftigen sich mit dem umfassenden Thema der Schulentwicklung, andere setzen an der Lehreraus- und weiterbildung an. Mehrere Modellversuche befassen sich hauptsächlich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, während andere den Schwerpunkt Berufsschule und Berufsausbildung gewählt haben. Sportliche und kreative Angebote sind ebenfalls mögliche Wege der Gewaltprävention. Projekte aus Dänemark und aus Frankreich ergänzen die Darstellung durch ihre Erfahrungen.

Von den Universitäten in Bielefeld und Gießen werden neue wissenschaftliche Ergebnisse zum Thema Gewalt vorgestellt. Die Erfahrungen der Projekte werden unter folgenden Gesichtspunkten zusammengefaßt: Hat das Ziel, weniger Gewalt zu erreichen, eine reelle Chance? Welche Rollenproblematik ergibt sich in der Gewaltprävention? Welche Grundprobleme entstehen bei der Projektentwicklung? Welche Möglichkeiten der Vernetzung von Projektaktivitäten nach innen und außen gibt es?

Im letzten Kapitel werden die Erfahrungen der Projekte auf ein mögliches Schulprogramm zur Gewaltprävention bezogen.

Wichtig ist uns dabei, daß Schulen Anregungen für die Erstellung eines eigenen Schulprogramms finden können. Über die Vernetzungstagung, die von der Landesbildstelle Hessen aufgezeichnet wurde, existiert ein Kurzvideo, das von den jeweiligen Kreisbildstellen entliehen werden kann. In dem Buch "Schulprogramm Gewaltprävention" (Balser H.; Schrewe, H. & Schaaf, N., 1997) werden detailliert die Erfahrungen der einzelnen Projekte beschrieben, die sich auf folgende Arbeitsfelder beziehen:

Gewaltprävention durch

- 1) Organisationsentwicklung durch regionale Vernetzung und Hilfe von Kooperationspartnern
- 2) Kommunikation und Kooperation in der Schule verbessern
- 3) Ganzheitliche Beachtung des Erziehungsauftrages (Kind in den Mittelpunkt)
- 4) Entwicklung von Unterricht, Projektmethoden
- 5) Schule als Lebensraum gestalten
- 6) Freizeit nutzen
- 7) Berufliche Bildung und berufliche Perspektiven nutzen
- 8) Beziehung zu Fremden ausbauen (Konzepte für Verständigung und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus)
- 9) Medien reflektieren
- 10) Umgang mit und Prävention von sexueller Gewalt

Von allen 22 Projekten sind Praxismaterialien entstanden.

Diese können aus dem Buch "Schulprogramm Gewaltprävention" entnommen werden.

Aufbau eines Netzwerkes "Gewaltprävention":

Im Rahmen der Aktion "Schulen ans Netz" werden Schulen aus den Bundesländern Berlin, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Hessen für ein gemeinsames Netzwerk der Gewaltprävention in die Förderung aufgenommen und mit PCs ausgestattet.

In einem neuen, gemeinsam Modellversuch, der o.a.

Bundesländer zum Thema "Neue Medien nutzen:

Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung" sollen SchülerInnen - unterstützt von Lehrern und Eltern -

Erfahrungen in der Gewaltprävention der einzelnen Bereiche (s.o.) ins Internet einspeisen. Somit kann jede Schulgemeinde die Ergebnisse der Internetpräsentationen abrufen. Zu den gewaltpräventiven Bereichen bilden sich länderübergreifende Schülerarbeitsgruppen, die ihre Ergebnisse in eine mehrsprachige Internetzeitung einbringen, um so den Zugang auch für europäische Schulen zu ermöglichen. Beispielsweise könnten Schulen aus Nordrhein-Westfalen (Dortmund), Hessen (Wetzlar) und Sachsen (Hoyerswerda) sowie eine Schule aus Berlin ihre Erfahrungen von Konzepten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ins Internet einbringen. Die beteiligten Schulen können dies durch persönliche Treffen oder über Internet-Videokonferenzen realisieren.

Der zweijährige Modellversuch soll auch erreichen, daß Sponsoren, die sich bereits an attraktiven lokalen Projekten beteiligt haben, das "Netzwerk Gewaltprävention" auch nach 1999 weiter mittragen.

Erste Informationen können Interessierte bereits über die bestehende Internet-Adresse erhalten:

<http://www.verantwortung.de>

oder über die e-mail-Verbindung:

lotz@verantwBernd@ssahelp.ldk.he.schule.de

schrewe@dgbv.de

Balser.Hartmu@t-online.de

Es zeigt sich schon jetzt in der Vorlaufphase des neuen Projektes, daß die neuen Medien über weitgehende Möglichkeiten des Austausches verfügen. Ein Chat-Forum über den im Hessischen Fernsehen gezeigten Film "...immer in die Schnauze" soll die Entwicklung einleiten.

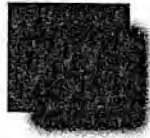
Literatur:

Balser, H.; Schrewe, H. & Schaaf, N. (1997): Schulprogramm Gewaltprävention. Neuwied: Luchterhand.

Balser, H.; Schrewe, H. & Wegracht, R. (1997): Regionale Gewaltprävention - Strategien und Erfahrungen. Neuwied: Luchterhand.

Balser, Hartmut (1997): Systemische Problembewältigung Wetzlar: GWAB

schule ohne gewalt



Schulische Gewaltprävention erfolgt durch Kooperation aller Beteiligten und Maßnahmen zur Steigerung des Selbstwertgefühls.

1. Allgemeine Angaben

Modellversuch: "Entwicklung von Bewältigungsstrategien zum Thema: Gewalt in der Schule in einer ländlichen Region Mittelhessens"

Ort: Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis, Brühlsbachstr. 2a, 35578 Wetzlar

Beteiligte Schulen: 5 Grundschulen, 2 Gesamtschulen und eine berufliche Schule

Leiter: Hartmut Balser

Laufzeit: 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1996

2. Ausgangsproblematik

Vor dem Hintergrund einer Befragung an Schulen und Institutionen der Jugendhilfe - durchgeführt im Auftrag der Kreisverwaltung und des Staatlichen Schulamtes - entstand in den Schulgemeinden der Wunsch, Gewaltverhalten an Schulen systematisch anzugehen und vorbeugende Maßnahmen zu entwickeln. Das Projekt hat sich 1991 aus einer Schule heraus entwickelt, in der der Schulpsychologe einen Pädagogischen Tag der LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen begleitete. Hieraus erwuchs eine Arbeitsgruppe, die die Grundstruktur des Modellversuchs konzipiert hat.

3. Die zwei Pfeiler des Projektes: Systemisches Grundmodell und Kooperation

Aus der Analyse der Lebens- und Schullaufbahnen einiger Schüler und den Versuchen, das Verhalten in eine positive Richtung zu lenken, entwickelte sich unser systemisches Arbeitskonzept. Der systemische Ansatz geht davon aus, daß das Selbstwertgefühl eine zentrale Rolle bei der Verhaltensentwicklung von Menschen spielt und beinhaltet die interaktive Sicht von Störungen. Das Konzept setzt an der Entwicklung und Förderung des Selbstwertgefühls an und baut auf die Kooperation der Beteiligten. Dabei gehen wir davon aus, daß ein negatives Selbstwertgefühl entsteht, wenn die Summe der Bedrohungen und Belastungen, die ein Mensch langfristig erfährt, die der Bestätigungen übertrifft. Die Bestätigungen, die aus regulären Arbeits- oder Kontaktfeldern kommen, reichen häufig zur Stabilisierung des Selbstwerts nicht mehr aus. Daher suchen betroffene Schüler schnell verfügbare Bestätigungen aus gesellschaftlich nicht regulären Erfolgfeldern wie Gewalt gegen Personen oder Gegenstände, oder aber sie ziehen sich zurück.

Der Prozeß der negativen Selbstwertentwicklung stellt somit bei Schülern eine wesentliche Grundlage für die Gewaltbereitschaft dar. Der präventive Ansatz des Modells hat demnach die Stärkung des Selbstwertgefühls zum Zentrum, das die

Voraussetzung für ein angemessenes Bewältigungsverhalten darstellt. Es gibt 3 verschiedene Arbeitsrichtungen, den Selbstwert zu stabilisieren bzw. dem Schüler eine Perspektive zu eröffnen:

1. Auf der Systemebene wird versucht, den Schülern neue Erfolgfelder zu erschließen. Dies gilt für Schule, Familie und Freundeskreis sowie die Verbindungen zwischen diesen Systemen.
2. Auf der Ebene des Individuums müssen Ressourcen so mobilisiert und gefördert werden, daß das Individuum mit Bedrohungen umzugehen lernt sowie Erfolge wahrscheinlicher werden.
3. Verstärkung aus illegalen Erfolgfeldern soll verhindert werden.

Geht man davon aus, daß Störungen einer Einzelperson in einem Bezugssystem mitbegründet sind, können Lösungen nicht von isolierten Aktionen erwartet werden. Deshalb sollte die Schulgemeinde den kooperativen Umweg gehen und die Zusammenarbeit von allen an Schule Beteiligten (Eltern, Lehrer, Schüler...) an einem Tisch ermöglichen.

Das Projektteam leistet die Schul- sowie Schulamtsübergreifende Vernetzung des Projekts. Schulamt, Schulen, Universität und Kommune arbeiten dabei zusammen. Das Projektteam berät die grundlegende Konzeption, koordiniert die schulübergreifenden Aktivitäten und hält die Verbindung zu den Schulteams wie auch zu anderen regionalen Arbeitsgemeinschaften. Das jeweils für die Schulgemeinde zuständige Schulteam, bestehend aus Lehrern, Eltern Schülern, Schulleitung sowie Projektpsychologen, koordiniert und entwickelt die Projektarbeit in den Schulen.

4. Die Projektmaßnahmen

Im Folgenden werden einige der Maßnahmen des Projektes aus Grund-, Gesamt- und Berufsschulen erläutert.

Veranstaltungen zur Konfliktlösung

1. Kommunikation in Konfliktsituationen: eine LehrerInnenfortbildung: Ziel der Fortbildung ist es, LehrerInnen in Gesprächsführung weiterzubilden und sie zur Anwendung des Mediations-Modells zu befähigen. Ein aus dieser Fortbildung hervorgegangenes Unterrichtskonzept „Vom Umgang mit Konflikten“ soll SchülerInnen weiterbilden. Nach der Erprobungsphase von einem Jahr wird die Fortbildung als Abrufangebot für Schulen in der Außenstelle Wetzlar des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung angeboten.
2. Schlichtungsstelle an einer Berufsschule: Die Schlichtungsstelle ist zuständig für Streitigkeiten zwischen Schülern, wobei mit Hilfe mindestens einer neutralen Person eine für beide Seiten annehmbare Konfliktlösung zustande kommen sollte. Drei Lehrer, ein Sozialarbeiter und eine Psychologin wurden zu Schlichtern ausgebildet. Um auch Schüler für das Projekt zu gewinnen, wurde eine Projektwoche zur Schulung zum Schlichter genutzt.

Veränderter Unterricht

1. Fahrradwerkstatt: Ausgehend von der Vorstellung, daß Schülerinnen und Schüler möglichst eigenverantwortlich und selbständig im Unterricht tätig sein sollen, wurde - ermöglicht durch Spenden - eine Fahrradwerkstatt eingerichtet. Momentan wird die Werkstatt als Wahlpflichtfach angeboten, jedoch mit dem

- Ziel, sie auf den Nachmittag auszudehnen.
2. Entspannung: In Form einer Arbeitsgruppe werden mit SchülerInnen Entspannungsübungen durchgeführt. Die zunächst von Schulpsychologinnen geleitete Gruppe wird mittlerweile von Lehrerinnen weitergeführt.



Bewegungsförderung: eine "unruhige" Schule

1. Tägliche Bewegungszeit: In einer Grundschule stehen jeder Klasse täglich ca. 20 Minuten zur Verfügung, die von Lehrerinnen und Lehrern individuell in den Unterricht eingebaut werden können, um Ermüdungs- und Überforderungserscheinungen sowie Spannungen entgegen zu wirken. Für dieses Angebot stehen besondere Materialien zur Verfügung, wie z.B. Bälle, Rollbretter, Stelzen oder Tischtennisschläger. Diese Geräte können auch während der Pausen genutzt werden.
2. Motopädagogik: Motopädagogik in der Schule stellt ein Unterrichts- bzw. Förderprinzip der Erziehung durch Bewegung dar, das individuell am aktuellen Entwicklungsstand des Kindes ansetzt. In einer Grundschule bestehen seit 1993 drei Motopädagogikgruppen, die sich einmal wöchentlich nachmittags treffen, um spielerisch Defizite aufzuarbeiten. In Spielsituationen werden dort mit Alltags-, Sport und Psychomotorikmaterialien Erfahrungen im Körper-, Material- und Sozialbereich durch Bewegung und Wahrnehmung gewonnen. Die verantwortliche Grundschullehrerin bietet eine Fortbildung im Hessischen Institut für Lehrerfortbildung an, um diesen Ansatz in weitere Schulen hineinzutragen.

Schulgestaltung

1. Bistro: Unter dem Aspekt des sich Wohlfühlens im Lebensraum Schule war ein vordringlicher Wunsch der SchülerInnen die Einrichtung eines Bistros, das in Eigenregie geplant und gestaltet wurde und als Treffpunkt zum Klönen und Entspannen einlädt.
2. Pausenradio: Das Pausenradio ist ein von Schülern selbständig organisiertes und

durchgeführtes Projekt, das zweimal wöchentlich während der großen Pause mit Musik und Information auf Sendung geht. Ein Team aus interessierten Schülern kümmert sich um die Technik, arbeitet die Beiträge aus und moderiert.

Veranstaltungen für Eltern

Elternakademie: Das „Elterngespräch Aktuell“ stellt ein Forum zum Erfahrungsaustausch dar, in dem eine ganze Bandbreite von Themen Platz hat. Folgende Schwerpunkte wurden bisher von den Eltern selbständig oder mit Hilfe externer ReferentInnen bearbeitet: a) Umgang miteinander (Generationskonflikte), b) Medien-Konsum (Gewalt-Darstellungen), c) Suchtverhalten im weiteren Sinne (Prävention), d) Streß (Theorie und Entspannungsübungen); Zielsetzung ist eine aktive offene Arbeit innerhalb der Schulgemeinde.

Abende zum Thema Hyperaktivität: Eltern, Lehrer, Kinderärzte und Psychologen suchen gemeinsam nach Wegen des Umgangs mit hyperaktiven Kindern und Möglichkeiten der Prävention. Den Auftakt bildete eine Vortragsveranstaltung, in der von Kinderärzten, Lehrern und Projektpsychologen Theorie und Praxis der Hyperaktivität angesprochen wurden. In weiteren Treffen werden Möglichkeiten des Umgangs mit hyperaktiven Kindern (Regeln setzen, positive Verstärkung) praktisch geübt, Bewegungs- und Entspannungsübungen erprobt und Nachmittagspläne zur Reduzierung der Belastungen von hyperaktiven Kindern am Nachmittag erarbeitet. Ziel des Projektes ist es, daß sich aus dieser Arbeit heraus ein Verein oder Kreis bildet, der die Gruppe selbständig weiterträgt.

Kooperation mit der Polizei: Trouble line

Polizei, Projekt und Schulen bilden eine Arbeitsgruppe, um kriminelle Delikte von Jugendlichen konstruktiver anzugehen. Bei der Polizei wurde ein Telefonanschluß eingerichtet, bei dem sich Anrufer Rat holen, ihre Beobachtungen berichten und Ängste äußern können. Die Trouble line hat durch Plakate und Medien schnell einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht und wird von Schülern, Eltern und Lehrern gut angenommen.

Studentenpatenschaften für Schüler

Studenten der Psychologie oder Pädagogik betreuen verhaltensauffällige und/oder lerngestörte Kinder und Jugendliche im Rahmen eines Praktikums oder für eine Vergütung durch das Sozialamt. Dabei wird analog zur systemischen Problemlösung versucht, an den Erfolgfeldern des Schülers anzuknüpfen und diese auszubauen. In regelmäßigen Abständen treffen sich Eltern, Klassenlehrer, Betreuungsstudent, Schulpsychologe und evtl. der betroffene Schüler am „Runden Tisch“, um gemeinsam Maßnahmen zum Selbstwertaufbau zu entwickeln.

6. Erfahrungen und Perspektiven

Eine wichtige Erfahrung war, daß die Namensgebung des Projektes „Schule ohne Gewalt“ sich als problematischer als erwartet erwies, da Schulen es vermieden, mit dem Begriff der Gewalt in Verbindung gebracht zu werden. Unterschätzt wurde auch die Zeit, die von der Planung bis zur Umsetzung von Maßnahmen verstrich. Auch die Evaluationsmaßnahmen stellten sich als relativ aufwendig heraus.

Bewährt hat sich die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Dies bezieht sich sowohl auf die Kooperation von Schülern, Eltern und Lehrern, als auch auf die Vernetzung verschiedenster Institutionen in der Region. Besonders solche Maßnahmen erwiesen

sich als erfolgreich, die zusammen mit den Beteiligten langfristig entwickelt wurden.

Wie aus der Literatur bekannt ist, ist allerdings für Veränderungen in Schulen nicht nur die Zustimmung, sondern auch die aktive Mitarbeit der Schulleitung erforderlich. Bei fehlender Unterstützung müssen viele zusätzliche Energien aufgewandt werden, um anvisierte Arbeitsvorhaben umzusetzen.

Für die Psychologen ist - wie sich herausstellte - eine begleitende Supervision sowohl organisatorisch als auch inhaltlich von großer Bedeutung.

In der letzten Phase des Modellversuchs, in der wir uns zur Zeit befinden, ist es uns besonders wichtig, bewährte Maßnahmen an den Modellschulen zu erhalten und die Möglichkeit zu schaffen, sie auch auf andere interessierte Schulen zu übertragen. Darüber hinaus streben wir einen neuen Modellversuch an, der die verstärkte Verantwortungsübernahme durch Schüler und eine Intensivierung der Kooperation verschiedenster Projekte in Deutschland bzw. Europa zum Ziel hat.

*Erstellt von der Internet-AG der Goetheschule Wetzlar - Sponsered by PSL Lingen
and Apple-Computers*

Last modified: 30.05.1998



Trouble Line

[sl.htm](#)Fehler! Textmarke nicht definiert.[sl.htm](#)

Polizei und Schulamts gemeinsam gegen Gewalt - Arbeitsgruppe richtet Notruf für Opfer und Zeugen ein (Frankfurter Rundschau vom 16.01.96, S. 23)

Jugendlichen Gewalttätern "die Macht und die Mitläufer" wegzunehmen und notfalls mit polizeilichen Mitteln gegen sie vorzugehen, ist das Ziel einer Arbeitsgruppe, die sich bei der Wetzlarer Polizei gebildet hat. Gemeinsam wollen Polizei und Staatliches Schulamts jetzt gegen Kriminalität am Schulzentrum in Wetzlar ankämpfen.

Eine "Trouble line"

Angeregt durch das bundesweite Modellprojekt "Schule ohne Gewalt" an der Lahntalschule in Atzbach (Lahn-Dill Kreis), will man nun an dem Schulzentrum, in dem an drei Institutionen annähernd 3500 Jugendliche unterrichtet werden, "präventiv und repressiv" aktiv werden. Vier Beamte der Kripo Wetzlar arbeiten hierfür mit dem Jugendkoordinator des Polizeipräsidiums Siegward Roth sowie mit Schulleitung, Eltern und Behörden eng zusammen. Installiert wurde deshalb ein telefonischer Notruf, die "trouble line": dorthin sollen sich Betroffene wenden können, die Opfer oder Zeugen von Gewalt geworden sind. "Wir verstehen dies als ein Hilfsangebot", sagte Polizeipräsident Manfred Meise. Die "AGGAS" (Arbeitsgruppe gegen Gewalttäter an Schulen) sieht er als eine Möglichkeit, die verschiedenen Ansätze in der Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Jugendlichen zu bündeln: "Es gibt genügend Behörden, die sich damit beschäftigen, ohne voneinander zu wissen."

Spätestens nach Bekanntwerden einer Befragung über "Gewalt in Schule und Öffentlichkeit", die der Lahn-Dill-Kreis für seinen Bezirk vor mehr als drei Jahren veranlaßt hatte, steht dieses Thema bei Verantwortlichen von Schule und Polizei ganz oben auf der Tagesordnung. Die Studie räumte gründlich auf mit dem Mythos, Gewalt sei im Grunde vorrangig ein Problem der Metropolen und auf dem Land weniger ausgeprägt. Im Gegenteil: Für die Mehrheit der befragten Pädagogen zählen körperliche, psychische und verbale Gewalt sowie gegen Sachen zum Schulalltag. Daß es dennoch mehr als drei Jahre gedauert hat, ehe mit der Bildung dieser Arbeitsgruppe ein "deutliches Signal" (Meise) gesetzt werden konnte, überrascht denn auch nicht: Peter Gress, Leiter der Wetzlarer Käthe-Kollwitz-Schule, berichtete von den Schwierigkeiten, Vorurteile gegenüber anderen Behörden und Institutionen abzubauen. "Das ist ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen funktionieren kann", ergänzte Hartmut Schrewe, der Leiter des Wetzlarer Schulamtes. Natürlich sei seit längerem bekannt, daß es an dem Schulzentrum, wo ein zentrales Oberstufengymnasium sowie zwei Berufsschulen zusammengefaßt sind, einen "Markt" gebe für "illegale Geschäfte, etwa mit Drogen", so Gress. "Viele Lehrer haben das nicht gesehen oder wollten das nicht sehen". Er sprach von einer "Mauer des Schweigens", die aufgebaut worden sei. Im Augenblick sei die Lage nicht besser, nur vertuscht, die Leute gingen raffinierter vor.

"Da muß was passieren", bilanzierte der Schulleiter. Mittlerweile sei man zu der Einsicht gelangt, daß pädagogische Maßnahmen allein nicht ausreichen. Ähnlich argumentierte auch Hartmut Balser, Psychologe und Leiter des Modellvorhabens "Schule ohne Gewalt": Aus "Lebenslauf-Analysen" gewaltbereiter Jugendlicher weiß er, daß Prävention oft nicht funktioniere, weil Behörden untereinander nicht kooperiert hätten.



Die Arbeitsgruppe sei ein "Beispiel vernetzter Hilfe". Nicht Bestrafung, sondern Unterstützung stehe dabei im Vordergrund. Straftaten, so Balser, dürften keine Erfolge und Anerkennung nach sich ziehen.

Zugleich gelte es aber auch, die "positiven Seiten der Straftäter" auszubauen und deren mangelndes Selbstwertgefühl, das bisweilen durch Gewalt kompensiert werde, zu stärken. Die Schule, so der Polizeipräsident, werde durch die Kooperation nicht zum verlängerten Arm der Strafbehörde.

Siegward Roth, Hauptkommissar und vor seiner Tätigkeit beim Polizeipräsidium in ähnlicher Funktion am Regierungspräsidium Gießen tätig, kennt die Situation an Schulen schon lange. Seit Jahren gebe es Hinweise auf Drogenhandel oder Gewalttaten - nicht nur in Wetzlar. Wo er hinkomme, sei er auf ein "Klima der Angst und des Schweigens" gestoßen. Erpressungen, Mißhandlungen, Diebstähle und Belästigungen seien in solch beklemmenden Situationen weder aufzuklären, noch könne den "Opfern" angemessen geholfen werden. Bislang, räumte Roth ein, sei das Organisationsnetz innerhalb der Polizei dafür auch nicht ausgerichtet gewesen.

Gewalt wird nicht toleriert

Die Arbeitsgruppe, die sich an ein vergleichbares Projekt der Polizei in Wiesbaden orientiert, hofft nun, daß sie künftig von Schülern, Lehrern und Eltern über kriminelle Vorkommnisse auch in Kenntnis gesetzt wird. "Wir wollen kein irgendwie geartetes Denunziantentum fördern, sondern den Schülern mit unserer Präsenz zeigen, daß wir Gewalt nicht tolerieren", sagte Horst Nies, Chef der Wetzlarer Schutz- und Kriminalpolizei.

Falls das Vorhaben, wie erwartet wird, auf ein positives Echo stößt, soll es auch von anderen Schulen übernommen werden. Das Schulzentrum in Wetzlar, so Schulamtsleiter Schrewe, sei nicht "Hort schlimmster Kriminalität", sondern "Beispiel innerhalb einer Region".

[sl.htm](#)Fehler! Textmarke nicht definiert.[sl.htm](#)

Am Freitag stellte Polizeipräsident Meise Ergebnisse der Arbeitsgruppe «Gewalttäter an Schulen» (AGGAS) vor (Wetzlarer Neuen Zeitung (WNZ) vom 12.10.96)

Trouble-Line wurde 102mal angewählt, die Polizei bearbeitete 70 Strafanzeigen Wetzlar (lu). «Gackern, aber keine Eier legen» - dieser Vorwurf wurde nicht zuletzt der Polizei beim Thema Gewalt an Schulen gemacht. Aber auch Lehrer, Eltern und Schulbehörden ahnten zwar etwas von kriminellen Vorfällen im schulischen Umfeld, eine Mauer des Schweigens schützte jedoch den mutmaßlich kleinen Täterkreis und machte es schwer, ordnend einzugreifen. Mittlerweile jedoch sind den Worten Taten gefolgt. Es gelang nämlich, Behörden wie Polizei, Schulträger, Schulamt, Justiz und kommunale Träger zum Verlassen eingefahrener Gleise zu bewegen und sie an einen Tisch zu setzen. Die Folge langer Vorgespräche, eines intensiven Meinungsaustauschs und dem Abbau von Vorurteilen war die Gründung der Arbeitsgruppe «Gewalttäter an Schulen»(AGGAS), die seit Januar mit großem Erfolg für ruhigere Verhältnisse auf den Schulhöfen im Altkreis Wetzlar und darüber hinaus sorgt.

Gestern stellte Polizeipräsident Manfred Meise, gemeinsam mit dem Wetzlarer Dienststellenleiter Horst Nies, dem Jugendkoordinator des Polizeipräsidiiums Gießen und der Leiter von AGGAS, Helmut Lenzer, die Arbeitsergebnisse für das erste Halbjahr vor.

Die Trouble-Line mit der Ruf-Nummer (06441) 22820 wurde 102mal genutzt. Hier hatten Schüler und Eltern die Möglichkeit, ihre Kenntnisse oder auch Probleme anonym mitzuteilen. Für Polizeioberkommissar Lenzer ergaben sich aus den Anrufen 52



Ermittlungshinweise. Insgesamt wurden von Januar bis zu den Sommerferien 70 Strafanzeigen bearbeitet, darunter Erpressungen, Raubüberfälle, Körperverletzungen, Verstöße gegen Waffengesetz und Betäubungsmittelgesetz sowie eine Entführung. Von den 70 Straftaten konnte die Polizei 64 aufklären. Davon wurden 43 Untaten durch 19 nichtdeutsche Tatverdächtige und 21 durch 17 deutsche Tatverdächtige begangen. Sie alle wohnen in Wetzlar oder in der näheren Umgebung. Wie rabiāt und brutal die Täter vorgehen, veranschaulichte AGGAS-Leiter an mehreren Fall-Beispielen: Über einen Zeitraum von sechs Monaten brachte ein 14-jähriger mit Schlägen, Drohungen und Erpressung einen Mitschüler dazu, ihm 800 Mark und Zigaretten zu geben. Erst intensive Gespräche mit den geschädigten Eltern, die aus Angst vor Repressalien geschwiegen hatten, führten zu Anzeige, Festnahme und Vorführung des Täters vor den Jugendrichter.

Ein 18-jähriger Berufsschüler lauerte einem Mitschüler auf, bedrohte ihn mit einer Pistole und verlangte Geld und Kleidung. Als das Opfer sich weigerte, schlug der Täter mit der Waffe zu und erpreßte ein monatliches Schutzgeld von 20 Mark. Zudem drohte er: «Wenn Du mich anzeigst, bringe ich Dich um.» Auch hier führten anonyme Hinweise und ausführliche Gespräche mit AGGAS zur Verhaftung.

Auch präventiv war die Arbeitsgruppe im Einsatz und verhinderte eine Schlägerei zwischen Türken und russisch-deutschen Aussiedlern. Stattdessen kam es, moderiert von einem Sozialarbeiter, zum Streitgespräch mit den Rädelsführern. Es stellte sich heraus, daß unterschiedliche Mentalitäten und Verständigungsprobleme (die Türken sprechen perfektes Deutsch, während die Aussiedler zwar einen deutschen Paß, aber nur einen kleinen deutschen Wortschatz haben) zu dem Konflikt führten.

Obwohl die Bilanz einem Streifzug durch das Strafgesetzbuch gleicht, warnten Meise und seine Kollegen davor, das Thema Gewalt an Schulen zu dramatisieren. Wichtig sei es, den Schutzmantel der Verschwiegenheit zu zerstören, um einer kleinen Zahl von Intensivtäter die Grenzen aufzuzeigen und der großen Mehrheit einen ordnungsgemäßen Schulbesuch zu ermöglichen.

Wie Lenzer und Jugendkoordinator Roth erläuterten, ergeben sich die Motive für die große Gewaltbereitschaft und die kriminelle Energie aus vielen Faktoren. Das sind zum einen Mentalitätsunterschiede bei den vielen ethnischen Gruppen, die es mittlerweile an der Schule gibt. Andere Jugendliche sehen keine Perspektiven, fühlen sich benachteiligt. Die Polizeiexperten unterstrichen auch, daß die Taten zwar auf Schwerkriminelle hinweisen, die meisten Täter sich aber im Einzelgespräch, abgelöst von Clique und Umfeld, als schwach und orientierungslos erweisen. Oft stammen sie aus sozial schwierigen Verhältnissen, ihnen fehlt das «warme Nest» einer intakten Familie.

Generell habe sich das Unternehmen «AGGAS» bewährt. Das Wetzlarer Modell könne landesweit als Prävention gegen Gewalt an Schulen empfohlen werden.

[sl.htm](#)Fehler! Textmarke nicht definiert.[sl.htm](#)

Ein Leitbild für Taunusstein

Lokale Agenda 21 beginnt am 4. Oktober mit Auftaktveranstaltung

TAUNUSSTEIN (mg) „Das Durchbrechen zu den Bürgern“ zur Schaffung eines Leitbildes für Taunusstein ist nach Ansicht von Bürgermeister Gerhard Hofmann das Ziel der Lokalen Agenda 21, die am 4. Oktober mit einer Auftaktveranstaltung in Hahn nun auch in der größten Stadt im Kreis losgehen soll. Dazu hat die Stadt den Diplom-Ingenieur Joachim Fahrwald (Seeheim-Jugenheim) als Moderator verpflichtet, er soll in dem auf rund zweieinhalb Jahre angelegten Prozeß auch ein besonderes Auge darauf haben, daß die Politik und die in die öffentliche Entscheidungsfindung sowieso eingebundenen Gruppierungen und Verbände nicht die Oberhand gewinnen.

Mit der Lokalen Agenda 21 öffne sich die Stadt, so Hofmann. Es sei deshalb besonders wichtig „die Menschen zu erreichen, die bisher nicht im Meinungsprozeß der Stadt beteiligt sind“. Weshalb der Rathauschef auf eine „positive Erwartungshaltung in der Bürgerschaft“ setzt. Seine Idealvorstellung: „Der Bürger, der seine Meinung sagt, als Indikator für einen Umdenkungsprozeß in der Politik“.

Unangetastet bleibt trotz allem das Recht der Stadtverord-

netenversammlung auf die abschließenden Beschlüsse. In einer Art „Rundum-Beteiligung“, die viel breiter sei als alles bisher dagewesene, sollen Meinungen und Ideen zur künftigen Stadtentwicklung gesammelt werden. Dabei müssen drei wichtige Säulen des Agenda-Prozesses immer beachtet werden: die Ökologie, die Ökonomie sowie Soziales und Kultur.

„Aktiv für unsere Zukunft in Taunusstein“ lautet das Motto der Auftaktveranstaltung am 4. Oktober von 11 bis 17 Uhr im Bürgerhaus „Taunus“ sowie im Foyer des Rathauses in Hahn. Nach einer thematischen Einführung soll ein Ideenworkshop (11.45 bis 12.45 Uhr) die „Gestaltung des Agenda-Prozesses in Taunusstein“ anreißen, von 14.30 bis 15.30 Uhr ist eine Podiumsdiskussion zum Thema „Anforderungen an den Agenda-Prozeß in Taunusstein“ geplant.

Eine von Stadtverwaltung, Unternehmen, Vereinen und Verbänden vorbereitete Ausstellung soll aufzeigen, was es in Taunusstein alles schon gibt (etwa Radwege, Kindergärten oder die Wasserversorgung), was demnächst passieren soll, wer schon aktiv für Nachhaltigkeit eintritt und wie man sich am Agenda-Prozeß beteiligen kann. Immerhin läßt sich die Stadt das zweieinhalbjährige Unternehmen rund 120 000 DM kosten. Davon zahlt das Land allerdings 80 000 DM.

Als Anlaufstelle fungiert in der Stadtverwaltung Christa Lethmate als Agenda-Beauftragte. Sie vermittelt Kontakte zum Moderator, hofft auf ein Gelingen der Lokalen Agenda in vier Phasen.

Quelle:
Wiesbadener Kurier
Vom 05.09.1998

Acht Agenda-Arbeitsgruppen

Taunussteiner Agenda 21 nimmt die Arbeit auf/ Soziale Kontakte stärken

TAUNUSSTEIN - „Wir sind begeistert über das Engagement vieler Taunussteiner Bürger.“

Die anfangs drei Arbeitsgruppen haben sich schon in acht Themengruppen aufgespalten, um die Fülle der Aufgaben zu bewältigen, die sie sich vorgenommen haben“, berichtet Joachim Fahrwald vom Büro memo-consulting, das mit der Moderation des Agenda-Prozesses beauftragt ist.

Beeindruckt ist die Moderatoren auch von der Ernsthaftigkeit, mit der die Taunussteiner an die Arbeit gehen. In allen Arbeitsgruppen nahm die Diskussion um ein Leitbild breiten Raum ein.

Nicht blinder Aktionismus solle im Vordergrund stehen – die Projekte, um die sich die Teilnehmer an der Agenda kümmern wollen, sollen sich in ein abgestimmtes Konzept einfügen.

„Wie stelle ich mir die Stadt in 100 Jahren vor?“, fragte beispielsweise ein Bürger. „Wie sehen die Arbeitsplätze der Zukunft aus, worauf müssen wir uns langfristig einstellen?“

lautete ein andere Frage. So schwierig solche Fragen zu beantworten sind, so wichtig ist es doch, gerade im Rahmen einer Agenda 21 über den Tag hinaus zu blicken. Und davon sind besonders die jüngeren Menschen betroffen, die den Agenda-Aktiven besonders am Herzen liegen.

So wurde in der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung nachgefragt, wie man denn auch Taunussteiner Kinder an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen kann.

In der AG Energie und Klimaschutz will man sich unter anderem um die Schulen kümmern, nicht nur als Gebäude, sondern als Lernort, an dem junge Menschen Erfahrungen sammeln könnten, die sie „mit nach Hause nehmen“.

Ein Teilnehmer berichtete, wie z.B. die bloße Messung von Stromverbräuchen von Geräten im Standby-Betrieb im Unterricht schon dazu führen kann, daß vielen das Problem unnötigen Stromverbrauchs überhaupt erst bewußt wird. Und das Problembewußtsein ist der erste Schritt zu umweltfreundlichem Verhalten.

Die sozialen Kontakte zu stärken ist eines der Ziele der

AG Ökologische Bildung, Soziales und Kultur.

Und das nicht nur in Taunusstein selbst, sondern auch nach außen – sei es über die Unterstützung der Eine-Welt-Arbeit oder über den kulturellen Austausch mit den Partnerstädten.

Dabei könnten auch die Erfahrungen mit der Agenda-Arbeit ausgetauscht werden, die Dokumente von Rio sind schließlich von über 170 Staaten der Erde unterzeichnet worden.

Wegen der großen Zahl von Themengruppen ist es kaum mehr möglich, allen Interessierten sämtliche Termine und Treffpunkte bekanntzugeben. Die folgenden sieben Themengruppen treffen sich zu Beginn des neuen Jahres: Soziale Fragen, Frauen, Kultur, Wirtschaftliche Entwicklung, Grünentwicklung, Siedlungsentwicklung, Verkehr, Energie und Klimaschutz.

Wer sich für die Teilnahme interessiert, ist in den Gruppen herzlich willkommen. Termine und Treffpunkte sind über das Agenda-Büro bei Frau Lethmate zu erfahren unter Telefon 061218/241-266.

Quelle:
Untertaunus
Wochenblatt
Vom 06.01.1999

Lokale Agenda 21 für Taunusstein

Erste Arbeitsgruppensitzungen waren erfolgversprechend

Unter reger Beteiligung der BürgerInnen von Taunusstein haben mittlerweile die ersten Treffen der Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21 stattgefunden. Nachdem man sich in den Gruppen auf einige Regeln für eine effektive Arbeitsweise verständigt hatte, gab Joachim Fahrwald, verantwortlicher Moderator des Agenda-Prozesses, noch einmal für alle eine kurze Einführung in die Thematik Agenda 21. Grundlegendes Prinzip sei das der Nachhaltigkeit oder auch Zukunftsfähigkeit, das die Stadt und ihre BürgerInnen gemeinsam auf ihre kommunale Entwicklung anwenden wollen.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß die Beschlüsse der Agenda-Gruppen für Politik und Verwaltung eine nicht zu übergehende Entscheidungsgrundlage darstellen werden, auch wenn sie keine direkte Bindungswirkung haben. Schließlich sei die Stadt eine Selbstverpflichtung zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 eingegangen.

Welche Ideen haben wir zur weiteren Entwicklung von Taunusstein? Über welche Bereiche haben wir Informationsbedarf? Dies waren die beiden wichtigsten Fragen, über die bei den ersten Treffen diskutiert wurde. Erfreulich war das große Engagement der Beteiligten, die eine Fülle von Vorschlägen einbrachten.

Verkehrsprobleme hatten in der Gruppe Stadtentwicklung einen breiten Raum eingenommen. Die Abgas- und Lärmemissionen, die Zerschneidung der Stadt, die Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern wurde beklagt, andererseits wurde festgestellt, daß Taunusstein für viele „Schlafstadt“ sei und jeder auch mit zu dem Problem beitrage. Letztlich müsse

man erkennen, worauf man lokal Einfluß nehmen kann und was eine Auswirkung der Funktion der Stadt in der regionalen Arbeitsteilung sei. Ansonsten müsse man Wald und Grünflächen erhalten und ausbauen und angesichts von Fehlentwicklungen der Vergangenheit die Stadt und ihre Infrastruktur unter Nachhaltigkeitsaspekten weiterentwickeln.

Schon im Namen führt die Agenda-Gruppe Ökologische Bildung, Soziales, Kultur ein breites Themenspektrum. Entsprechend breit war auch das Interesse der erschienenen Bürgerinnen und Bürger. Zum Thema Frauenfragen bildete sich auf Anhieb eine Unterarbeitsgruppe, die parallel, aber in ständigem Kontakt zur Agenda-Gruppe arbeiten wird. Ansprechpartnerin ist hier Marianne Häußler sowie die Agendabeauftragte Christa Lethmate. Aus der Fülle der übrigen Themen kristallisierte sich schließlich heraus, daß Bildung und kulturelle Projekte, Eine-Welt-Arbeit, Suchtprobleme, Behinderte und Nichtbehinderte sowie die Seniorenarbeit Schwerpunkte der weiteren Beschäftigung sein sollen. Dabei wurde klar, daß man im Rahmen der Agenda 21 die eingefahrenen Gleise verlassen und neue, gemeinsame Wege gehen will.

Energie und Klimaschutz ist der Titel der dritten Agenda-Gruppe. Hier gab Anja Stühr vom Energie-Beratungszentrum Rheingau-Taunus (EBZ) eine kurze Einführung über die Aufgaben ihrer Institution. Sie stellte hieraus, daß die Beratung für Taunussteiner BürgerInnen kostenlos ist und bot sich an, für nähere Informationen und zur Unterstützung der Agenda 21 zur Verfügung zu stehen.

Effizienter Energieeinsatz, die Nutzung regenerativer Energi-

en und die Förderung umweltbewußten Verhaltens wurden als Ziele dieser Agenda-Gruppe benannt. Die Vorschläge dazu reichten von der Förderung der Niedrigenergiebauweise, Wärmedämmung bei der Altbauseanierung, Förderung der Solarenergie bis zu Energiesparwettbewerben an Schulen. Heinz Wolfermann, Agenda-Teilnehmer aus Taunusstein schlug vor, dabei die einzelnen Energieverbraucher, vom Verkehr über die Haushalte und die Industrie bis hin zu den Schulen u. a. systematisch nach Möglichkeiten der Energieeinsparung zu untersuchen und dort anzufangen, wo man sich den größten Erfolg verspricht. Dr. U. Scholles von der Stadtverwaltung erläuterte, daß bei Neubaugebieten der Einsatz von umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken generell geprüft werde, ihr Einsatz aber oft nicht sinnvoll sei, da man für die dabei produzierte Wärme keine Abnehmer finde.

Eine sektorale Betrachtungsweise von Problemen müsse auf jeden Fall überwunden werden - soweit war bereits Konsens in allen Arbeitsgruppen festzustellen. Dazu sei auch eine Vernetzung der Agenda-Gruppen untereinander wichtig.

Bei den nächsten Treffen soll der weitere Ablauf der Agenda-Arbeit festgelegt werden, um im Verlauf des kommenden Jahres konkrete und konsensfähige Ergebnisse erarbeiten zu können. Die Termine dazu sind: AG Stadtentwicklung 15.12., 19:30 Uhr, AG Ökologische Bildung, Soziales, Kultur: 9.12., 18:30 Uhr, beide im Bürgerhaus Taunus, AG Energie und Klimaschutz am 16.12., 19:30 Uhr im Rathaus, Raum 010.

Interessierte BürgerInnen sind herzlich willkommen.

Quelle:
Taunus-
steiner
Nachrichten
vom
Dezember
1998

Einige Zielkonflikte schon erkennbar

Plenumsveranstaltung zur Agenda 21 gut besucht / Engagierte Taunussteiner Bürger

chr. TAUNUSSTEIN - „Aktiv für unsere Zukunft in Taunusstein - machen sie mit!“, diese Aufforderung nahmen und nehmen in Taunusstein erstaunlich viele Bürgerinnen und Bürger ernst. Seit über einem halben Jahr beteiligen sie sich an der lokalen „Agenda 21“, der Aufstellung eines Arbeitsprogramms für die zukünftige Gestaltung und Entwicklung der Stadt. Gut 100 Besucher kamen am Donnerstagabend in den „Taunus“ nach Hahn, als die ersten Arbeitsergebnisse der Arbeitskreise und Themengruppen vorgestellt und diskutiert wurden.

Daß seit Formierung der ersten Agenda-Gremien engagierte und zudem auch inhaltlich erfolgreiche Arbeit geleistet wurde, konnte man schon beim Betrachten der Informations-Steile feststellen. In der einzelnen Gruppe selbst ihren Themenschwerpunkt und erste Stichpunkte und Vorschläge vorstellten. Als dann die Sprecher der in drei Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßten sieben Themengruppen ihre bisher entwickelten Vorstellungen in jeweils fünfminütigen Kurzvorträgen erläuterten, kam nicht eine Sekunde Langeweile auf. Mit Interesse verfolgten die Zuhörer - unter ihnen auch eine ganze Reihe von Schülern - die stark komprimierten Vorschläge der einzelnen Gruppen.

Noch keine Endergebnisse

Es sind erste konkretisierte Vorstellungen und Denkanstöße, noch keine fertigen, ausdiskutierten Handlungskonzepte, stellte der den Taunussteiner Agenda-Prozess begleitende Moderator Jürgen Fahrwald von Memo-Consulting (Seehausen-Heim) klar. Er verwies darauf, daß dies das erste Zusammentreffen der Arbeits- und Themengruppe ist, daß noch viel Arbeit zu leisten ist, um aus den Einzelvorstellungen und den bereits jetzt absehbaren Interessenkollisionen ein homogenes Handlungskonzept zu erarbeiten.

Am Abend bereits deutlich. So hält beispielsweise die Arbeitsgruppe Verkehr den Bau einer großen Nordumgehung zur Verkehrsentslastung der großen Stadtteile an der Aartal-Achse für notwendig und erhält dabei auch von der Themengruppe „Wirtschaftliche Entwicklung“ Schützenhilfe. Die Themengruppe „Grünentwicklung“ dagegen macht sich für die vollständige Erhaltung der Aue der Aar und ihrer Nebenge-

wässer stark, fordert für diese Bereiche nicht nur vollständigen Verzicht auf Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, sondern darüber hinaus die Beseitigung bestehender Beeinträchtigungen und Renaturierungskonzepte. Festgestellt wird auch, daß das Grün-Potential in Taunusstein quasi unter Wert gehandelt wird.

Weitere Themen waren die Gestaltung der sozialen Infrastruktur der Stadt, Förderung

von Arbeit und Wohnen zur Reduzierung der Pendlerströme, die wirtschaftliche und wohnbäuliche Entwicklung, aber auch das Einsparen von Energie.

Politiker hörten zu

Das „Dach“ der Themengruppen sind die drei Arbeitsgruppen „ökologische Bildung, Soziales, Kultur“, „Stadtentwicklung“ und „Energie und Klimaschutz“. Die Sprecher der Themengruppen forderten die bisher passiven Zuhörer wiederholt dazu auf, sich aktiv an der weiteren Diskussion zu beteiligen, ihre Ideen in den Prozess einzubringen.

Unter den aufmerksamen Zuhörern befanden sich einige Kommunalpolitiker, unter ihnen der Erste Stadtrat Ernst Garkisch (CDU) und Stadtverordnetenvorsteherin Marlies Senne (SPD) sowie der Vorsitzende des gewichtigen Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, Wolfgang Best-Theuerkauf (Grüne).

Bürgermeinung gefragt

Auf eine Anmerkung aus dem Plenum erklärte Stadtrat Garkisch, daß sich die Politiker ganz bewußt weitgehend aus der Agenda-Diskussion herausgehalten haben. Hier sei ausdrücklich das Engagement der Bürger gewünscht, um Ideen und Instrumente zur zukunftsfähigen Gestaltung der Stadt zu entwickeln. Das schliesse nicht aus, daß sich auch die Kommunalpolitiker schon mit einer Reihe der angesprochenen Problemen intensiv beschäftigt hätten. Einige der von den Agenda-Aktiven angesprochenen Punkte seien für die Politiker sehr interessant und brächten neue Aspekte in laufende Diskussionen.

Langer Atem und Toleranz

Stadtverordnetenvorsteherin Marlies Senne zeigte sich beeindruckt vom Engagement doch so vieler Bürger und freute sich über diese Unterstützung der Politik von unten her. Senne sprach den Wunsch aus, daß der Agenda-Prozess fortgesetzt werden sollte. Dem fügte Stadtrat Garkisch in seinem Schlußwort noch hinzu, daß man dafür einen langen Atem haben und „dicke Bretter bohren“ müsse. Eindrücklich appellierte er an Alle, in der gewiß kontroversen, mit Zielkonflikten befrachteten Diskussion Toleranz walten zu lassen.



Quelle: Aar-Bote vom 01.05.99

Kostenlose Busse in Taunusstein?

Zwischenergebnisse zur Lokalen Agenda 21 / Große Umgehung soll Verkehrsprobleme lösen

TAUNUSSTEIN (hs) Ein halbes Jahr ist es nun her, daß der Lokale Agenda-Prozeß in Taunusstein begonnen hat. Nach einer Auftaktveranstaltung im Oktober haben sich über 60 Helfer zusammengefunden, um in drei Arbeitsgemeinschaften konkrete Projekte für ihre Stadt auszuarbeiten. Was dabei herausgekommen ist und welche Ideen sie zur Verbesserung von Taunusstein haben, präsentierten sie im Bürgerhaus in Hahn. Und das vor vollem Haus: Über 100 interessierte Bürger waren erschienen, so daß rasch die Stühle knapp wurden.

Dabei betonten alle Gruppen, es handle sich nur um Zwischenergebnisse, doch die konnten sich sehen und hören lassen. Die Themengruppe „Soziale Fragen“ möchte nicht nur eine Informationskampagne zur Situation der Menschen in den Entwicklungsländern starten, sondern fordert

auch, daß das Busfahren in Taunusstein kostenlos werden soll. Für eine bessere Versorgung mit Kindergärten und Horts plädierte die Themengruppe „Frauen“, und aus dem Bereich der Kultur erregte besonders der Vorschlag Aufsehen, die einzelne Stadtteile durch Skulpturen auf den Grünflächen zu verbinden.

Die weitreichendsten Folgen für die Stadt und ihre Finanzen könnten jedoch die Vorschläge der AG werden, die sich mit dem Thema Stadtentwicklung auseinandersetzt. Im Bereich der Siedlungsentwicklung wünschen sich die Taunussteiner eine verbesserte Infrastruktur sowie eine stärkere Beteiligung an den Bauleitplänen. Auch die Rad- und Fußwege sollten sicherer werden. Die Themengruppe „Grünentwicklung“ hat sich besonders den Auen der Aar angenommen: „Dort darf es keine Sied-

lungsentwicklung oder Verkehr geben“, so die Forderung. Statt dessen sollte man das Potential durch Rad- und Fußwege besser nutzen. Besonders kühn war der Vorschlag zur Entlastung der Ost-West-Achse zwischen Wehen und Bleidenstadt: Die Gruppe „Verkehr“ schlug die große Nordumgehung vor, ein Plan, der sicherlich nicht überall auf Gegenliebe stoßen wird.

Einen größeren Anteil von Gewerbebetrieben, die auch neue Arbeitsplätze bringen sollen, ist das Hauptziel der Themengruppe, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Taunussteins auseinandergesetzt hat. „Dazu gehört aber auch, daß man Arbeitswilligen die Möglichkeit gibt, sich hier niederzulassen“, so die AG. Ein Umdenken in Sachen Energie und Klimaschutz will die gleichnamige AG erreichen, indem sie sich den Kindergärten und Schulen, aber

auch den Seniorenclubs zuwendet.

Stadtverordnetenvorsteherin Marlies Senne zeigte sich beeindruckt über die fachkundigen Ausführungen der AGs. „Viele davon haben wir in der Stadtverordnetenversammlung schon einmal diskutiert, und die Vorschläge zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind.“ Der nächste Schritt wird nun sein, die Vorschläge innerhalb der Arbeitsgemeinschaften weiter zu konkretisieren, um sie dann der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluß vorlegen zu können.

Wer bei diesem Prozeß dabei sein möchte: Alle Gruppen freuen sich über „Quereinsteiger“, die ihre Arbeit unterstützen. Daß das Interesse daran groß ist, zeigte nicht zuletzt die lebhafteste Diskussion, die nach der Vorstellung der Pläne zwischen den AGs und den Besuchern entstand.

Quelle: Wiesb. Kurier
vom 03.05.99

Sondersitzung Verkehr

TAUNUSSTEIN (red) Während der Erarbeitung der Lokalen Agenda 21 in Taunusstein ist die Verkehrssituation insbesondere an den Durchgangstraßen als ein zentrales Problem für eine zukünftige Entwicklung in der Stadt herausgestellt worden. Nachdem kürzlich durch das Büro Dorsch Consult der Verkehrsentwicklungsplan vorgestellt worden ist, bietet die Stadt mit Unterstützung durch memoconsulting, das Moderationsbüro im Agenda 21 Prozeß, eine Diskussionsveranstaltung zur Verkehrssituation am heutigen Samstag, 14 bis 18 Uhr, in der Stadthalle Orlen an. Die Akteure im Agenda 21 Prozeß und interessierte Bürger sind dazu eingeladen.

Quelle: Wiesb. Kurier
vom 28.08.99

Der Agenda-Prozeß geht jetzt in die „heiße Phase“

Quelle:

Aar-Bote

Vom

08.07.99

Themengruppen basteln an Taunussteins Zukunft / Zweites Plenum

TAUNUSSTEIN - Der Taunussteiner Agenda-Prozeß ist im Aufwind: Auch in der fünften Sitzungsrunde zur Lokalen Agenda 21 konnten die Moderatoren Joachim Fahrwald und Gerhard Eppler in allen drei Arbeitsgruppen wieder neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Besonders die AG Ökologische Bildung, Soziales und Kultur war durch Teilnehmerinnen aus der Gruppe der ausländischen Frauen verstärkt worden:

Dies sei im laufenden Prozeß bereits ein greifbares Ergebnis, sei doch die Integration ausländischer Mitbürger ein ausgesprochenes Ziel des Agenda-Prozesses, wie Eppler feststellte. In der AG Stadtentwicklung waren erstmals auch Landwirte vertreten, was von den Aktiven als bedeutungsvoller Zuwachs für die Wahrung breiter Bürgerinteressen betrachtet wird.

Mittlerweile sei die gewünschte Broschüre durch die Stadtverwaltung zusammengestellt worden, die alle Fördermöglichkeiten für Regenwassernutzung und Energiesparmaßnahmen enthält. Die Broschüre ist kostenlos im Rathaus erhältlich.

Im Rahmen des Aktionstages „Alle Kinder dieser Welt“ (der Aar-Bote berichtete) hatten Agenda-Aktive eine Umfrage gestartet, mit der sie den Bedarf an flexiblen oder längeren Öffnungszeiten ermitteln wollen -

Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf.

Die Agenda komme jetzt in die „heiße Phase“, wie die Moderatoren feststellten. Jetzt gelte es, die Ergebnisse der vergangenen Sitzungen zu sichern und zu Papier zu bringen. Dieses Agenda-Dokument soll dann Grundlage sein für die Arbeit an einem zukunftsfähigen Taunusstein. Daß dabei noch viele Fragen offen bleiben, sei gar nicht zu vermeiden, so Moderator Eppler. Dies sei aber kein Mangel, sondern im Gegenteil Aufforderung zur gezielten Weiterarbeit.

In den Arbeitsgruppen wie auch in den nachfolgenden Themengruppen werden nun die Ziele der Agenda-Arbeitsgruppen systematisch gesammelt und die Maßnahmen und Projekte zu deren Umsetzung aufgeschrieben. Auch ein Arbeitskreis der Stadtverwaltung arbeitet an Agenda-Themen. Diese Be-

schreibungen werden die wesentlichen Elemente des Agenda-Dokuments darstellen. Aus den gesammelten Zielvorstellungen wolle man dann ein Leitbild für Taunusstein entwickeln - eine Vorstellung, wie sich Taunussteiner Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt in Zukunft wünschen. Visionär solle es sein, dabei aber nicht realitätsfern, war man sich einig.

Die Themengruppen werden sich darüber hinaus über die Weiterführung des Agenda-Prozesses nach dem Ausscheiden der Moderatoren Gedanken machen. Möglich sei die Gründung eines Vereins und der nötigen Infrastruktur, um die im Agenda-Dokument niedergelegte Ziele und Projekte in Angriff nehmen zu können.

Bevor das Dokument der Stadt zum Beschluß vorgelegt wird, wollen die Teilnehmer es Anfang September in einem weiteren Agenda-Plenum mit den Politikerinnen und Politikern diskutieren. Diesmal wird das Schwerkraft des Plenums auf der Vorstellung der Ergebnisse in kleinen Gruppen liegen, und die Aktiven sind bereits gespannt auf die Anregungen von Seiten der Politik.

Als weitere Veranstaltung ist eine „Konfliktsitzung“ Ende August geplant, in der ein wichtiges und kontrovers diskutiertes Taunussteiner Thema behandelt werden soll. Voraussicht wird es um die Frage der künftigen Verkehrsführung in Taunusstein gehen.

Auch Landwirte dabei

Mehr Agenda-Teilnehmer / Neue Broschüre

TAUNUSSTEIN (red) Auch in der fünften Sitzungsrunde zur Lokalen Agenda 21 konnten Joachim Fahrwald und Gerhard Eppler, Moderatoren des Taunussteiner Agenda-Prozesses, in allen drei Arbeitsgruppen wieder neue Teilnehmerinnen begrüßen. Besonders die AG Ökologische Bildung, Soziales und Kultur war durch Teilnehmerinnen aus der Gruppe der ausländischen Frauen verstärkt worden.

Dies sei im laufenden Prozeß bereits ein greifbares Ergebnis, sei doch die Integration ausländischer Mitbürger ein ausgesprochenes Ziel des Agenda-Prozesses, stellte Eppler fest. In der AG Stadtentwicklung waren erstmals auch Landwirte vertreten, für die Wahrung breiter Bürgerinteressen ein bedeutungsvoller Zuwachs, wie Eppler betont.

Als weitere, greifbare Erfolge

konnte er mitteilen, daß mittlerweile die Broschüre durch die Stadtverwaltung zusammengestellt worden ist, die alle Fördermöglichkeiten für Regenwassernutzung, sparsame Energienutzung und anderes enthält. Die Broschüre ist kostenlos im Rathaus erhältlich und wurde in der AG Stadtentwicklung bereits verteilt.

„Alle Kinder dieser Welt“, eine Veranstaltung der Taunussteiner Kinderbetreuungseinrichtungen, war ebenfalls sehr erfolgreich im Sinne der Agenda, wie sich Taunussteiner Bürger kürzlich überzeugen konnten. Agenda-Aktive hatten dabei eine Umfrage gestartet, mit der sie den Bedarf an flexiblen oder längeren Öffnungszeiten ermitteln wollen - Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf - auch dies ein erdärtes Ziel der Agenda vor Ort.

Quelle:

Wiesb. Kurier

Vom 07.07.99

Beim Verkehr besteht noch Dissens

Lokale Agenda 21 - Prozess in Taunusstein geht weiter / Unterstützung von allen Seiten

TAUNUSSTEIN - Etwa ein Jahr ist der Lokale Agenda 21 - Prozess in Taunusstein nun bereits im Gange. Die acht Themengruppen haben eine Vielzahl von Vorschlägen für eine zukunftsfähige Entwicklung in Taunusstein erarbeitet. In zwei Plenumsveranstaltungen ist der Stand der Bearbeitung bereits der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen präsentiert worden.

Zum letzten Plenum Anfang September hätten die aktiven Bürgerinnen und Bürger sich zwar eine größere Beteiligung der Politik gewünscht. Man war aber im großen und Ganzen nicht unzufrieden - wird doch der Agenda-Prozess insgesamt von allen Fraktionen unterstützt, was durchaus nicht in allen Städten der Fall sei. Die Resonanz bei den Politikern sei auch Ansporn, sich weiter mit den Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung auseinanderzusetzen.

Beim sechsten vom Büro memoconsulting aus Seeheim-

Jugendheim moderierten Sitzungszyklus ging es nun um die Zusammenführung der Ergebnisse. Aus den gesammelten Anregungen war ein Entwurf eines Leitbilds erarbeitet worden, der an alle Arbeitsgruppen verteilt wurde und der in den nächsten Themengruppensitzungen diskutiert werden wird. Auch die Gliederung des Agenda-Dokuments stand zur Diskussion. Mehrheitlich war man der Meinung, dass man sich an der kommunalen Haushaltssystematik orientieren solle, dadurch sei auch jedem in der Verwaltung klar, wer wofür zuständig sei. Dies, obwohl es eigentlich auch Aufgabe der Taunussteiner Agenda 21 sei, alle dazu anzuregen, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken.

Neben dem Leitbild und den konkreten formulierten Zielvorstellungen ging es auch um die Identifizierung von Schlüsselprojekten, also wichtigen Anliegen der Arbeitsgruppen, die nach Möglichkeit bald auf

den Weg gebracht werden sollen. Auch dies wird noch Thema in den folgenden Themengruppenbezeichnungen sein.

Bei den bisher vorliegenden Maßnahmen- und Projektvorschlägen war aufgefallen, dass die Bearbeitungstiefe sehr unterschiedlich ist. Manche sind bis ins Detail beschrieben, bei anderen liegt nur ein Vorschlag auf dem Tisch, ohne nähere Ausführungen. Dies sollte sich im Agenda-Dokument wieder finden, meinten die Teilnehmer. Es sei kein Mangel, sondern ein Ansporn für die weitere Arbeit. Auch dort, wo noch kein Konsens erreicht sei, solle der Dissens so festgehalten werden, beispielsweise beim Thema Verkehr. Auch dies spiegle den Diskussionsstand wieder und zeige Aufgaben für die künftige Diskussion.

Der Agenda-Prozess solle, so die Meinung aller Beteiligten, auch nach dem schrittweisen Rückzug der Unterstützung durch das beauftragte Moderationsbüro laufen. Dass dies in

„abgespeckter Form“ auch von der Stadt weiter unterstützt werde, hatte Bürgermeister Hofmann ja beim zweiten Agenda-Plenum versprochen. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich bisher in der Agenda 21 engagiert haben, sind entschlossen, dies auch weiter zu tun. Auch wenn es, wie manche anmerkten, in diesem Jahr mit einem immensen ehrenamtlichen Aufwand verbunden war. Dieses Engagement zwischen den Arbeitsgruppen war gleich ein Vorschlag gekommen der inzwischen auch realisiert wurde, zumindest probeweise: ein Agenda 21 - Stammtisch. Wenn sich der Stammtisch bewährt, soll er als regelmäßiges Treffen weitergeführt werden.

Zur Weiterführung und zur Verbesserung des Austauschs zwischen den Arbeitsgruppen war gleich ein Vorschlag gekommen der inzwischen auch realisiert wurde, zumindest probeweise: ein Agenda 21 - Stammtisch. Wenn sich der Stammtisch bewährt, soll er als regelmäßiges Treffen weitergeführt werden.

Quelle: Aar-Bote vom 20.11.1999

Stammtisch zur Agenda-21

TAUNUSSTEIN (red) Ein Austausch zwischen den verschiedenen Arbeits- und Themengruppen im lokalen Agenda 21-Prozess in Taunusstein findet zu selten statt. Dies war eine Erkenntnis bei der letzten Sitzung der AG Ökologische Bildung, Soziales und Kultur im Bürgerhaus Taunus. Jede der acht Themengruppen arbeite mehr oder weniger für sich an Vorschlägen für eine zukunftsfähige Entwicklung in der Stadt, hieß es, dabei sollten doch konsensfähige Vorschläge für die Stadt als Ganzes herauskommen.

Vorschlag aus der Gruppe: Ein Agenda-21-Stammtisch soll eingerichtet werden, wobei dem man sich über Lösungsvorschläge für Taunussteiner Probleme in lockerer und kreativer Atmosphäre unterhalten kann. Der erste Stammtisch soll probeweise stattfinden am 16. November um 19 Uhr im Nichtraucherraum des Nostalgie-Cafés in Hahn, Aarstraße 26. Eingeladen sind alle Teilnehmer der Agenda-Arbeitsgruppen und natürlich alle Interessierten. Wenn sich der Stammtisch bewährt, soll er als regelmäßiges Treffen weitergeführt werden.

Plenum beschloss Agenda 21

Leitbild und Zeitkatalog sollen nun in Gremien intensiv beraten werden

red. TAUNUSSTEIN - In einer dritten Vollversammlung der Agenda-21-Akteure in Taunusstein stand die endgültige Abstimmung des Agenda-Dokuments auf der Tagesordnung. Hauptgegenstand der Diskussion waren dabei vier Punkte: ein gemeinsames Leitbild, ein Zeitkatalog, Schlüsselprojekte und schließlich die langfristige Weiterführung des Agenda-Prozesses.

Seit Anfang Dezember liegt den Aktiven im Agenda-Prozess der Entwurf der Agenda 21 für Taunusstein vor. Entstanden ist das Dokument als Arbeitsergebnis eines über einjährigen Diskussionsprozesses zahlreicher Taunussteiner Bürger, moderiert und begleitet vom Büro memoconsulting aus Seeheim-Jugendheim. In der Zwischenzeit hatten die Akteure Gelegenheit, Änderungswünsche für einen überarbeiteten Entwurf vorzubringen, der nun endgültig beschlossen werden sollte.

Lebhaft ging es zu bei der

Abstimmung, nicht zuletzt auch wegen eines in letzter Minute von Akteuren ausgeteilten Papiers mit Änderungsvorschlägen. Was muss aufgenommen werden, weil es inhaltlich wichtig ist, und was muss weggelassen werden, weil der Text sonst zu umfangreich und schwer lesbar wird? Neben einigen textlichen Änderungen entzündete sich daran an den meisten Stellen der Konflikt.

Am Ende aber konnte in allen Punkten Einvernehmen erzielt werden, wie auch Bürgermeister Gerhard Hofmann erfreut feststellte. Der versprach eine intensive Beratung der Agenda in den politischen Gremien und eine detaillierte Beschlussfassung etwa in der Mitte des Jahres.

Auch für die Weiterführung des engagiert geführten Diskussionsprozesses wolle die Stadt sorgen, stehe sie doch gegenüber den beteiligten Bürgern in der Pflicht. Was die Umsetzung der Projektvorschläge angeht, versprach Hof-

mann, auch dabei die Agenda-Arbeitsgruppen aktiv zu beteiligen, was mit Applaus quittiert wurde.

Joachim Fahrwald, einer der begleitenden Moderatoren, äußerte sich am Ende befriedigt über das Ergebnis. Gerade die kontrovers geführte Diskussion zeige, dass es gelungen sei, in Taunussteiner Agenda-Prozess Themen anzusprechen, die die Menschen bewegten. Und es habe sich von sozial und ökologisch Interessierten bis zur Wirtschaft ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen beteiligt. Dies sei das Besondere am Taunussteiner Agenda-Prozess, von dem er hoffe, dass die lebhaft und konstruktive Diskussion weiter anhalte.

Dazu trage auch der Agenda-Stammtisch bei, der am Donnerstag, 24. Februar, um 19.30 Uhr im Café Plüsch in der Scheidertalstraße in Hahn wieder zusammenkommt. Alle interessierten Taunussteiner Bürger sind dazu eingeladen.

Quelle: Aar-Bote vom 21.02.2000